

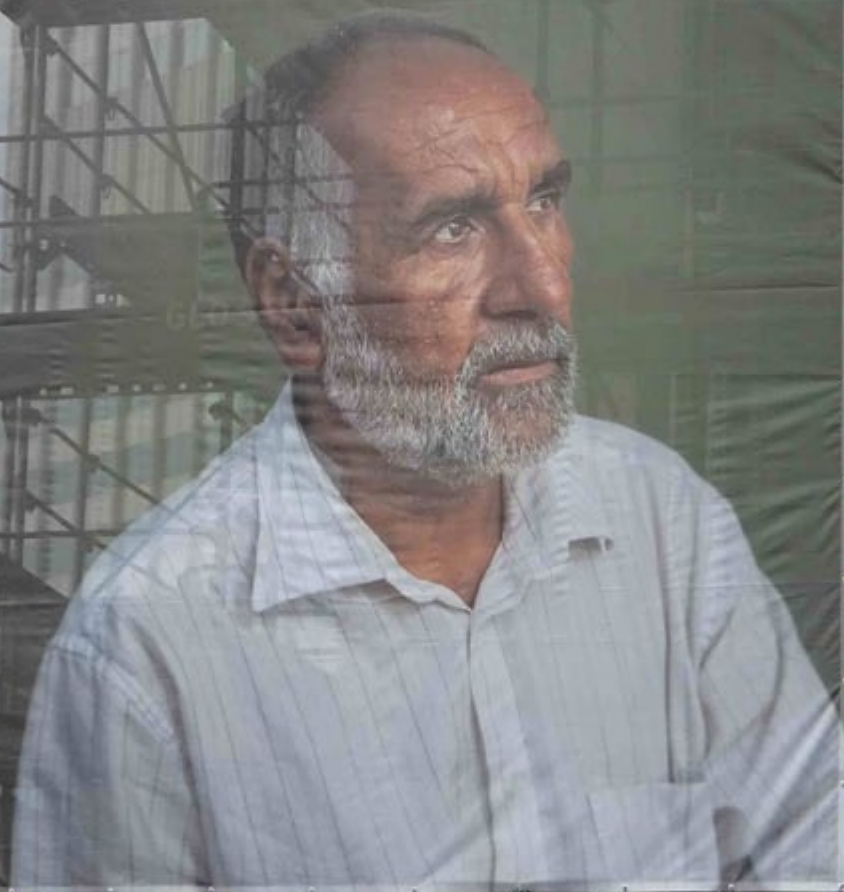
# HLZ

Zeitschrift der **GEW** Hessen  
für Erziehung, Bildung, Forschung

70. Jahr

Heft 6

Juni 2017



TITELTHEMA

Geflüchtet nach Hessen



**New Citizens in Frankfurt**

Haymed auf dem Foto auf dieser Seite und Mohammad Karim auf der Titelseite der HLZ gehören zu den geflüchteten Menschen, die nach ihrer Ankunft in Deutschland in einem Wohnwagen-camp auf dem Frankfurter Rebstockgelände untergebracht waren. Die großformatigen Fotos sind zwei von 14 Fotos, die vier Wochen lang im April und Mai 2017 an Haus-, Kirchen- und Baustellenfassaden in der Frankfurter Innenstadt gezeigt wurden. Die Werke des weißrussischen Fotografen Vitus Saloshanka, der seit 2010 in Deutschland lebt und in der Nähe des Camps

wohnt, sollen mit den Worten der Ausstellungskuratorinnen Aileen Treusch und Juliane von Herz „eine Annäherung an die Porträtierten“ ermöglichen „und damit auch einen Resonanzraum für brandaktuelle Fragen, die unsere westliche Gesellschaft beschäftigen und herausfordern“, schaffen (www.newcitizens.de). Vitus Saloshanka beobachtete als Nachbar das Ankommen der Menschen. Erst nach einigen Monaten sprach er einen von ihnen an und fragte, ob er ihn porträtieren dürfe. Dabei lernte er die Biographien kennen, die Fluchtgeschichten: „Doch die Geschichten selbst sollen den Betrachtern bei der Ausstellung vorenthalten werden und hinter die Gesichter treten.“ Kuratorin von Herz beschrieb das Projekt gegenüber der Frankfurter Rundschau als „ein Kunstprojekt“, das „keine Pro-Flüchtlings-Aufklärungskampagne“ sein wolle.

Bei der Eröffnung der Ausstellung spielten der syrische Pianist Aeham Ahmad und das Ensemble Staccato Burnout, die auch im Bridges-Orchester mitwirken. Die Initiative „Bridges – Musik verbindet“ hat seit ihrer Gründung 2016 über 80 professionelle Musikerinnen und Musiker aus Frankfurt und der ganzen Welt mit oder ohne Flucht- und Migrationshintergrund zusammengbracht (<http://bridges-musikverbindet.de>).



Zeitschrift der GEW Hessen für Erziehung, Bildung, Forschung  
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

**Herausgeber:**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt/Main  
Telefon (0 69) 971 2930  
Fax (0 69) 97 12 93 93  
E-Mail: [info@gew-hessen.de](mailto:info@gew-hessen.de)  
Homepage: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)

**Verantwortlicher Redakteur:**

Harald Freiling  
Klingenberger Str. 13  
60599 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 636269  
Fax (0 69) 6313775  
E-Mail: [freiling.hlz@t-online.de](mailto:freiling.hlz@t-online.de)

**Mitarbeiter:**

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Holger Giebel, Angela Scheffels (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Heike Lühhmann (Aus- und Fortbildung), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

**Gestaltung:** Harald Knöfel, Michael Heckert †

**Titelthema:** Harald Freiling

**Illustrationen:** Thomas Plabmann (S. 27), Dieter Tonn (S. 33), Ruth Ullenboom (S. 4)

**Fotos, soweit nicht angegeben:**

Harald Freiling (Titel, S. 2, S. 15-17), GEW (S. 23-24)

**Verlag:**

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Niederstedter Weg 5  
61348 Bad Homburg

**Anzeigenverwaltung:**

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Peter Vollrath-Kühne  
Postfach 19 44  
61289 Bad Homburg  
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21  
E-Mail: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)

**Erfüllungsort und Gerichtsstand:**

Bad Homburg

**Bezugspreis:**

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

**Zuschriften:**

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

**Redaktionsschluss:**

Jeweils am 5. des Vormonats

**Nachdruck:**

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

**Druck:**

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH  
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

**Wandkalender der GEW Hessen für das Schuljahr 2017/2018**

Dieser Ausgabe der HLZ ist der Wandkalender der GEW Hessen für das Schuljahr 2017/2018 beigelegt. Wir bitten um Beachtung!

Die nächste Ausgabe der HLZ erscheint Anfang Juli nach Beginn der hessischen Sommerferien. Deshalb wünschen wir schon jetzt allen Leserinnen und Lesern eine erholsame Sommerzeit.

**Aus dem Inhalt**

**Rubriken**

- 4 Spot(t)light
- 5 Briefe
- 6 Meldungen
- 32 Recht: Tarifentgelt und Besoldung
- 37 Jubilarinnen und Jubilare
- 38 Magazin

**Einzelbeiträge**

- 23 Sanierungsstau an Schulen
- 24 Ein Porträt: Jürgen Jäger, Schadstoffbeauftragter der GEW
- 26 Landtag beschließt Schulgesetz
- 28 Sexuelle Gewalt an Kindern
- 30 Arbeitszeit gesetzlich begrenzen!
- 34 Free Deniz Yücel!
- 36 NSU-Verbrechen: Kassel fragt nach

**Titelthema: Geflüchtet nach Hessen**

- 7 Philipp-Holzmann-Schule: Sadaf Amiri darf bleiben
- 8 Asyl- und Aufenthaltsrecht: Im Gewirr der Paragraphen
- 10 Die Arbeit des Petitionsausschusses: Im Gespräch mit Andrea Ypsilanti
- 12 Bag Mohajer: Ein Selbsthilfeprojekt geflüchteter Menschen in Athen
- 14 Im Ruhestand: Ehrenamtliche Flüchtlingshelfer im Gespräch
- 16 Ein rassistuskritischer Stadtrundgang über die Zeil in Frankfurt
- 18 Refugee Law Clinic in Gießen: Studierende beraten Flüchtlinge

**19-22 lea-Fortbildungsprogramm**

# Wahltaktik statt Humanität

*Mit Erschrecken haben wir vernommen, dass die Zahl der Abschiebungen nach Afghanistan in jüngster Zeit weiter zugenommen hat. Parallel dazu sinken die Hoffnungen der Betroffenen auf Anerkennung der Asylanträge: Nach Angaben von tagesschau.de wurden 2015 noch mehr als 77 Prozent der Anträge von Afghaninnen und Afghanen anerkannt, in den ersten beiden Monaten dieses Jahres lag die Quote bei nicht einmal 50 Prozent.*

*Die Flieger mit Abgeschobenen landen wahrlich nicht in einem Land, in dem das Leben sicher ist. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht von Bombenanschlägen am Hindukusch die Rede ist. Und wir wissen aus der Arbeit unserer kirchlichen Einrichtungen, dass viele der von Ausweisung Bedrohten in Afghanistan nicht nur Repressalien befürchten, sondern um ihr Leben fürchten müssen. Immer wieder sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Seelsorger gefragt, wenn die Geflüchteten erfahren, dass Angehörige Gewalt zum Opfer gefallen sind.*

*Mehr als 6.500 Flüchtlinge wurden Ende März 2017 bei der Zentralen Vermittlung von Unterkünften in Frankfurt, die beim Evangelischen Verein für Wohnraumhilfe angesiedelt ist, gezählt. Die größte Gruppe bilden Menschen aus Afghanistan, gut 1.500 der dort Betreuten werden als Afghaninnen und Afghanen geführt. Und noch ein wenig mehr Statistik: Alleine die Zahlen in der Großunterkunft der Diakonie Frankfurt für Familien in Bonames zeigen, dass die Lage der Flüchtlinge aus Afghanistan von großer Unsicherheit geprägt ist. Mehr als 50 Prozent der Familien haben keinen Aufenthaltsstatus, 30 Prozent gar eine Ablehnung. Es ist davon auszugehen, dass die Zahlen für Alleinreisende aus Afghanistan noch ungünstiger sind.*

*Die drohende Abschiebung lähmt, belastet die Familien und den Alltag in der Flüchtlingsunterkunft, blockiert Integration und dämpft die Motivation der Menschen. Auch wenn es zu begrüßen ist, dass die Stadt Frankfurt am Main über Maßnahmen nachdenkt, wie den Menschen bei einer Rückkehr der Start in eine neue Existenz in ihrem Heimatland ermöglicht werden kann, gilt nach wie vor: Für diese Menschen ist eine rechtliche Bleibperspektive oder Duldung notwendig, da Afghanistan nicht als ein sicheres Herkunftsland gesehen werden kann.*

*Für minderjährige und junge afghanische Flüchtlinge fordern wir als Kirche einen sofortigen Abschiebestopp nach Afghanistan und Aufenthaltssicherheit zum Erlernen der Sprache. Sie sollen Gelegenheit bekommen, einen Schulabschluss zu erlangen und eine Ausbildung zu absolvieren. Junge Menschen brauchen unabhängig von den Asylverfahren gesicherte Duldungen für mindestens fünf Jahre.*

*Die derzeit stattfindenden Abschiebungen folgen vor allem politisch-wahltaktischen Gründen. Die aktuelle Praxis ist für die Betroffenen und das Land katastrophal. Die gegenwärtige Abschiebepaxis schadet Deutschland und beschädigt die Bildungs- und Integrationsbemühungen der Beteiligten – der Flüchtlinge, der Schulen, der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und der vielen Ehrenamtlichen. Sie unterminiert die psychische Stabilität der jungen Leute, sie untergräbt Lernmotivation und Konzentrationskraft, führt zu Stress, Aggression und Hass, auch bei denen, die anerkannt und dauerhaft in Deutschland bleiben werden. Die derzeitige Abschiebepaxis führt junge Menschen in falsche Bildungskarrieren, in die Illegalität, in Depressionen und Krankheit, aber auch in religiöse und politische Radikalisierungen.*

*Wir sind ein reiches Land und sollten als christlich und humanitär geprägte Gesellschaft alles tun, den zu uns geflüchteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen gesicherten Ort für ihre Entwicklung zu bieten und sie an unserem Bildungs- und Sozialsystem teilhaben zu lassen. Unser Ziel sollte sein, dass sie mit uns an einer friedlichen Welt bauen, egal ob sie später selbst Deutsche werden, in andere Länder weiterziehen oder sich am Aufbau ihres Herkunftslandes beteiligen. Menschen im Jahr 2017 nach Afghanistan abzuschicken, passt nicht zu einem solchen Ziel.*

*Achim Knecht*



**Dr. Achim Knecht**

Pfarrer Achim Knecht,  
Jahrgang 1957,  
ist seit September 2014  
Evangelischer Stadtdekan  
in Frankfurt am Main.

# Das wahre Leben

Der Jugendfreund ist in den letzten vierzig Jahren (auch) nicht schöner geworden. Vermutlich hätten wir uns im Vorbeigehen auf der Straße nicht erkannt. Er schiebt die letzten drei Scampi auf seinem Teller hin und her und gibt sich Mühe, mir zuzuhören. Aber das fällt ihm schwer. Er redet gerne selber. Am liebsten von sich und seinen Krankheiten. Als ich einen Moment innehalte, bricht es aus ihm heraus: „Ach ja, Lehrer wollte ich auch mal werden. Habe die Kurve nach dem ersten Staatsexamen aber noch rechtzeitig gekriegt. Gottseidank. In der Schule bekommt man vom wahren Leben ja überhaupt nichts mit!“

Und er erzählt mir vom „wahren Leben“. Seins begann in der Bundesanstalt für Materialprüfung, einem Ort der Abenteuer und existenziellen Erlebnisse. Danach landete er in einem Sonderforschungsbereich, wo er, allein mit sich selber, zwischen Akten, Zeitschriften und Karteikarten gesellschaftlich höchst relevanten Themen nachging. Die Ergebnisse seiner Arbeit interessierten niemanden besonders, weil eine kleine Uni im Süddeutschen schneller gewesen war. Irgendwann setzte der Jugendfreund seine Karriere in einem städtischen Nahverkehrsunternehmen

fort. Man feierte ihn für seine kreativen Ideen und Innovationen! Zum Beispiel für die neuen Sitzbezüge in den Bussen und für die Oldtimer-Straßenbahnen, die man für Geburtstagsfeiern mieten kann.

Ich schweige neidisch. Nein, das „wahre Leben“ habe ich nie kennengelernt. Gleich nach dem Abitur an die Uni. Von der Uni direkt zurück in die dumpfe Gemütlichkeit der Schule. Schule, ein muffig-warmer Schonraum. Ein sanftes embryonales Dämmern im pädagogischen Fruchtwasser. Nie mit Erwachsenen klargekommen, keinen Wettbewerb und keinen Leistungsdruck ausgehalten, nie einen kühnen Gedanken gefasst. „Lehrer sind doch meist infantile Persönlichkeiten, die sich nur kleinen Kindern gewachsen fühlen“, erklärt jetzt der Jugendfreund. „Ein Leben lang auf Stuhlkreisniveau. Die wenigsten haben jemals über den Tellerrand geblickt. – Ich meine jetzt nicht dich persönlich, aber du hättest doch auch bessere Möglichkeiten gehabt.“

Traurig gehe ich nach Hause. Was ist das wahre Leben? Wo finde ich es? Google sagt es mir. Das „wahre Leben“ hält z.B. Einzug, wenn an einer Brennpunktschule ein paar Bildhauer und Choreographen auftauchen:

„Tanz im Karton ohne Beleuchtung“ statt Grundrechenarten. Eine schwäbische Berufsschule behauptet auf ihrer Website auch, dass sie das wahre Leben vermittelt. Die Jugendlichen dürfen für Veranstaltungen catern. Das „wahre Leben“: kochen und Geld zählen? Freilerner und Home-Schooler in den Schweizer Bergen bewahren ihre Kinder vorm Zwang des regelmäßigen Schulbesuchs und bloggen stolz darüber. Die lieben Kleinen lernen direkt im „wahren Leben“: im Kuhstall nebenan, am Bienenstock, mit Mutti in der Küche, mit Vati im Urlaub. Bestehend an ihrem Alltag finde ich, dass sie jeden Morgen ausschlafen können. So ein „wahres Leben“ hätte ich als Lehrerin auch gern gehabt. Stattdessen habe ich Schüler telefonisch aus dem Schlaf gerissen, damit sie sich rechtzeitig auf den Weg in die Lernkaserne machen. Habe sie per SMS an ihre Referatstermine erinnert. Habe Eltern von Schulabstinenten unter Druck gesetzt, um ihre Kinder vom „wahren Leben“ in Einkaufszentren und Spielhallen abzuhalten. Habe auf dem Schulhof konsequent das „wahre Leben“ (Spucken, Kratzen, Dealen, Mobben, Faustkampf und Messerstechen) unterbunden. Habe versucht, mich in das „wahre Leben“ der Elternhäuser einzumischen, weil die Kinder in meinen Augen schlecht ernährt, vernachlässigt oder misshandelt wurden. Auch im Fachunterricht habe ich unbeirrt versucht, meine Schüler vom „wahren Leben“ abzuhalten. Anstatt sie über Mietverträge, Investitionsdarlehen, Hausrat- oder Haftpflichtversicherungen aufzuklären, habe ich sie Werke toter Schriftsteller analysieren lassen – in dem Irrglauben, dass „Bildung“ und Urteilsvermögen wichtiger sind als „Marktgängigkeit“.

Das Versagergefühl am Ende meines Berufslebens ist bedrückend. Glücklicherweise bin ich jetzt Mitglied in einem Kompetenzteam der Schulverwaltung geworden. Wir erarbeiten, was für Kinder und Jugendliche im „wahren Leben“ wirklich wichtig ist: z.B. Wahl des richtigen Smartphones mit kompatibelem Selfie-Stick, posten, bloggen und twittern, Bedienung eines Navigationsgeräts, Basiskennnisse über Lebens- und Putzmittel, ein wenig Alltagspsychologie und Grundwissen über Kinderkrankheiten, Aktienfonds und Kreditzinsen. Vermutlich verkürzen unsere Ergebnisse die Pflichtschulzeit um mindestens vier Jahre!

Gabriele Frydrych



**Betr.: HLZ 4/2017  
Tarifabschluss**

**Ein „deutliches“ Lohnplus?**

Auf Seite 6 steht die Überschrift „Tarifabschluss: Deutliches Lohnplus“. Dabei kann es sich nur um einen Druckfehler handeln. Mittlere Jahresinflation 2017 bisher: 1,9%. Wie kann man da von einem „deutlichen“ Lohnplus sprechen? Das muss ein Druckfehler sein!

Wolfgang Schmidt, Leun

**Betr.: HLZ 4/2017  
Reise nach Palästina**

**Palästinensischer Opfermythos**

Vergeblich habe ich in dem Bericht nach Aussagen gesucht, die eine israelische Sicht der Dinge erkennen lassen könnten. Stattdessen wurde in der HLZ wieder einmal der palästinensische Opfermythos bedient und dieses Faktum mit Aussagen von vermeintlich neutraler Seite kaschiert. Dass die israelischen Siedlungen nicht das eigentliche Friedenshindernis darstellen, haben die Erfahrungen nach der Räumung der jüdischen Siedlungen im Gazastreifen mehr als deutlich gezeigt. Hatte der Rückzug der israelischen Armee zunächst einen Bürgerkrieg zwischen Hamas und Fatah mit weit mehr als 100 Toten zur Folge, führte der Sieg der Hamas schließlich dazu, dass südisraelische Orte jahrelang mit Raketen aus dem Gazastreifen beschossen wurden.

Es ist naiv oder zynisch, der israelischen Bevölkerung angesichts dieser Erfahrungen und des Zustands der sie umgebenden arabischen Staaten zu empfehlen, ihren halbwegs funktionierenden Rechtsstaat gegen einen binationalen Staat mit einem fast fünfzigprozentigen palästinensischen Bevölkerungsanteil einzutauschen, mit Menschen, die seit mehr als 70 Jahren von ihren Funktionären und Medien antisemitisch indoktriniert werden.

Solidarität mit den Nachkommen der in Europa ermordeten jüdischen Menschen erwarte ich von meiner Gewerkschaft schon lange nicht mehr. Ich möchte aber in der HLZ nicht von Autoren missioniert werden, deren Sendungsbewusstsein mit einem eklatanten Mangel an Neutralität und Objektivität einhergeht. Genügt es nicht, wenn 2009 von 500 befragten deutschen Bürgern 65% angaben, dass vom Staat Israel die größte Gefahr für den Weltfrieden ausgeht?

Jan Engbers, Darmstadt

**Betr.: HLZ 4/2017  
Lehrermangel**

**Doch ein Offenbarungseid**

Wenn ich recht erinnere, war die Misere schon absehbar, als klar war, dass die in den 70er Jahren eingestellten LehrerInnen auf den wohlverdienten Ruhestand zustrebten. War es nicht unsere GEW, die immer wieder für kleine Klassen und gegen die Nichteinstellungspolitik der jeweiligen Landesregierungen gekämpft hat und nicht gehört wurde, obwohl von der Politik immer wieder das Hohelied von der Bedeutung der Bildungspolitik gesungen wurde. Wer musste denn die Einspar- und Bremspolitik von Koch und Konsorten ausbaden? Auf wessen Rücken wurden denn die sogenannten Bildungsreformen (...) und der ganze Kompetenzirrsinn umgesetzt? Auf dem Rücken überalterter und absehbar ausgebluteter Kollegien. Einstellungskonsequenzen: NULL! (...) Jetzt will man die PensionärInnen aktivieren, ausgerechnet die KollegInnen, die in den letzten 40 Jahren den Karren am Laufen hielten. Ich nenne dies alles einen veritablen Offenbarungseid! Und all dies ist übrigens nur ein kleiner Ausschnitt des Politikversagens.

Und dann noch der nicht unerhebliche finanzielle Pappenstiel, wenn die GrundschullehrerInnen A13 bekämen? Wer soll das bloß finanzieren? Schon mal was von völlig kontraproduktiver Schuldenbremse gehört? (...) Es kann nicht darum gehen, die derzeitigen Realitäten zu verkennen, aber auch nicht darum, dem derzeitigen Konsensgebrabbel auf den Leim zu gehen.

Jürgen Scherer, Alsbach

**Betr.: HLZ 5/2017  
InteA-Kurse an Berufsschulen**

**Abschlussperspektiven fehlen**

*In einem Brief nimmt der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer im Bereich Darmstadt und Darmstadt-Dieburg (GPRLL) zum InteA-Erlass vom 9.11.2016 unter anderem wie folgt Stellung.*

(...) Tatsächlich verspricht der InteA-Erlass auf dem Papier mehr, als er in der Praxis leistet. (...) Es ist nicht nachvollziehbar, dass den Schülerinnen und Schülern in InteA die Möglichkeit eines allgemeinbildenden Hauptschulabschluss nicht gegeben wird. (...) Die Rahmenbedingungen haben sich ständig verschlechtert, z.B. durch die Anhebung der maximalen Klassengröße von 16 auf 20. Erschwerend hinzu kommt

die Integration von neuen Schülerinnen und Schülern in die Klassen während des laufenden Schuljahrs. (...) Es gibt keine Entlastungsstunden für Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer und zu wenig Stunden von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. (...)

*Damit InteA „einen echten Beitrag zu einer gelingenden und erfolgreichen Integration der Jugendlichen leisten kann“, fordert der GPRLL unter anderem:*

- Klassengrößen verkleinern
  - Praktika möglichst in Ausbildungsbetrieben und in der Schulzeit, um eine professionelle Betreuung zu garantieren und das duale System kennenzulernen
  - Studentafel auf mehr als 20 Stunden erhöhen und vier Stunden zusätzliche Deutschförderung wie in Pusch und BzB
  - angemessene zielgruppenorientierte und sprachensible Unterstützung bei Übergängen in Regelklassen
  - Durchführung der Abschlussprüfungen in InteA nach der VO der BzB
  - Anerkennung vorhandener Abschlüsse und Zertifikate
  - Entlastung für InteA-Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer
- Vorrangiges Ziel ist es, alle Schülerinnen und Schüler so schnell wie möglich in den Regelunterricht zu integrieren. Deshalb muss eine angemessene zielgruppenorientierte und sprachensible Unterstützung sowohl in den Intensivklassen als auch in der Regelbeschulung erfolgen.

**Betr.: HLZ 4/2017  
Schwimmunterricht**

**Aquodynamische Voraussetzung**

Ein mit „Schwimmunterricht“ beauftragter Sportlehrer, der auf dem Beckenrand rumhampelnd vollmundig mit wortreichen (und überflüssigen) Erklärungen im Wasser befindlichen Schülern, die bereits des Schwimmens kundig sind, darlegt, wie sie nun „schön“ und somit „richtig“ schwimmen müssen, um eine gute Note zu bekommen, liefert keinen Beweis dahingehend, dass er ein ausgebildeter Schwimmlehrer wäre. Vielmehr ist auf ihn die Spruchweisheit „Who can, does; who cannot, teaches“ zu applizieren. Im Übrigen ist fraglich, ob die Kunst des Schwimmens durch ein Unterrichtsfach, das die aquodynamischen Voraussetzungen für das Getragenwerden im Wasser außer Acht lässt, überhaupt erlernt werden kann.

Horst May, Korbach



### GEW: Bildung braucht bessere Bedingungen

Am 9. und 10. Juni fordern Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schülervertretungen in mehreren hessischen Städten im Rahmen eines dezentralen Aktionstags der GEW Hessen „bessere Bedingungen für gute Bildung“. Die GEW-Kreisverbände Kassel-Stadt und Kassel-Land initiierten außerdem eine Online-Petition. Noch bis zum Beginn der Sommerferien kann man sich der Forderung anschließen, dass „an der Bildung nicht gespart werden darf“.

- <https://www.openpetition.de/petition/online/an-bildung-darf-nicht-gespart-werden>

### 17. Juni 2017: Hessisches Sozialforum

Das XII. Hessische Sozialforum steht unter der Überschrift „Alle werden gebraucht! Hessen und Europa gehen auch solidarisch!“ Im Frankfurter Haus am Dom diskutieren Vertreterinnen und Vertreter von sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen, aus Kirchen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden über die Chancen für eine alternative Politik im Lande Hessen und einen politischen Neustart für Europa. Referentinnen und Referenten sind unter anderem der ver.di-Vorsitzende *Frank Bsirske* und *Sabine Knickrehm*, Vorsitzende Richterin am Bundessozialgericht in Kassel.

- *Samstag, 17. Juni, 10 bis 16 Uhr, Frankfurt, Haus am Dom, Domplatz 3*

### Vergleichsarbeiten VERA: Belastung ohne Ertrag

Der GEW-Kreisverband Hanau wollte sich mit einer eigenen Umfrage ein genaueres Bild machen, wie die Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen die verbindlichen Vergleichsarbeiten in den Fächern Mathematik und Deutsch in allen dritten Klassen (VerA3) beurteilen. 181 Grundschullehrkräfte beteiligten sich an der Umfrage und waren sich einig: 92,4% der Befragten stimmten der Aussage „voll und ganz“ (83%) oder „eher“ zu, die Arbeit in der Inklusion und in heterogenen Gruppen werde von VerA „in keiner Weise unterstützt“. 94,3% halten die Forderung, die für VerA verwendeten Ressourcen besser für zusätzliche Förderstunden und -materialien zu nutzen, für „höchst dringlich“. Auch der Kritik, dass die Vergleichsarbeiten „für deutsche Kinder in homogenen Gruppen“ konzipiert sind und „Kinder mit Beeinträchtigungen nicht vorkommen“, stimmen über 90% der Befragten zu.

- *Eine ausführliche Auswertung findet man auf der Homepage der GEW Hanau ([www.gew-hanau.de](http://www.gew-hanau.de)) und in der nächsten Ausgabe der HLZ.*

### GEW Hessen kritisiert Landesrechnungshof

„Mangelnde Sachkenntnis“ warf die stellvertretende GEW-Landesvorsitzende *Karola Stötzl* dem Hessischen Landesrechnungshof vor, der in einem Bericht zu den Kosten der Kinderbetreuung in Hessen eine Erhöhung der Elternbeiträge und eine Reduzierung der Fachkräfte fordert. Dabei ignoriere er „wissenschaftlich untermauerte Fachkraft-Kind-Relationen“ und Erkenntnisse der pädagogischen Forschung über die Bedeutung von Gruppengrößen und orientiere sich stattdessen „an den Mindeststandards des Kinderförderungsgesetzes“. Neben der unmittelbaren Arbeit mit Kindern müsse auch die Zeit für die Dokumentation von Bildungsprozessen, die Konzeptentwicklung und die Zusammenarbeit mit den Eltern angemessen berücksichtigt werden. Auch den Vorschlag des Rechnungshofs, die kostengünstigere Kindertagespflege auszubauen, lehnt die GEW ab, weil „hier die nötigen fachlichen Voraussetzungen zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in der Regel nicht gegeben sind“.

### 22. Juni 2017: Fachtagung „Ausgeschult!“

Die Gruppe Inklusionsbeobachtung Hessen (GIB) führt am Donnerstag, dem 22. Juni von 14 bis 18 Uhr in Frankfurt eine Fachtagung zum Phänomen der steigenden Zahl „ausgeschulter“ Schülerinnen und Schüler durch. Die Tagung thematisiert pädagogische Ansatzpunkte für den Umgang mit inklusiv beschulten Kindern und Jugendlichen, die ein besonders hohes Maß an Unterstützung und pädagogischer Aufmerksamkeit benötigen. In der GIB Hessen arbeiten GEW, Landesbehindertenrat, Gemeinsam leben e.V., Elternbund, Landeschülervertretung und Landesausländerbeirat zusammen. Referentinnen und Referenten sind *Dr. Dorothea Terpit* (Ausgeschult – Ein neuer Trend?) und *Rektor a.D. Albert Claßen* (Trainingsraumkonzept). Arbeitsgruppen befassen sich mit Verhaltensauffälligkeiten (*Jochen Raue*, Lehrer und Kinderpsychotherapeut) und mit Autismus (*Dr. Monika Lang*, Institut für Rehabilitationspsychologie und Autismus).

- *Veranstaltungsort ist Hoffmanns Höfe, Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt; Informationen und Programm: [www.gib-hessen.de](http://www.gib-hessen.de)*

### 23. Juni 2017, 19.30 Uhr: Regierung gesucht

Auch die Gewerkschaften müssen sich Gedanken machen, wie ihre Forderungen auch in den Parlamenten vertreten werden und mit welcher Mehrheit der geforderte Politikwechsel durchgesetzt werden kann. Das Institut Solidarische Moderne (ISM) sucht dieses Bündnis mit den Gewerkschaften, um „Jahre des politischen Stillstands“ zu beenden. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des ISM diskutieren der Autor *Imran Ayata*, der Politikwissenschaftler *Ulrich Brand* und die „Europäerin“ *Daphne Büllesbach* über „die europäische Dimension der Bundestagswahl im Herbst 2017“ und die Frage, welche Rolle „Deutschland in einem friedlichen, solidarischen und demokratischen Europa spielen kann“. Die Veranstaltung findet am Freitag, dem 23. Juni, um 19.30 Uhr im Ökohaus in Frankfurt statt (Kasseler Str.1a). Kooperationspartner sind unter anderem die gewerkschaftliche Initiative „Europa neu begründen“, die IG Metall Frankfurt und die GEW Hessen.

- [www.regierung-gesucht.de](http://www.regierung-gesucht.de)

# Sadaf Amiri darf bleiben

Der Schutz von menschlichem Leben ist doch wohl das Mindeste – sollte man meinen. Aber im Vorfeld der Bundestagswahl belehren das Innenministerium und die Abschiebebehörden der Republik Öffentlichkeit und Geflüchtete in wachsendem Maß eines Schlechteren. Das gilt insbesondere für Abschiebungen zum Teil noch sehr junger Menschen in den angeblich sicheren Herkunftsstaat Afghanistan, aber auch nach Nordafrika, ins Kosovo und anderswohin.

Engagierten Menschen unter anderem an der Philipp-Holzmann-Schule (PHS), einer Beruflichen Schule in Frankfurt, gelang es im Frühjahr 2017, durch eine breite Kampagne die drohende Abschiebung der afghanischen Familie *Amiri* zunächst und bis auf weiteres für alle Familienmitglieder zu verhindern. Menschen aus dem Netzwerk der Unterstützerinnen und Unterstützer um die Familie, Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte sowie die Schülervertretung (SV) der PHS artikulierten ihren Protest in Resolutionen, alarmierten die Medien, malten Transparente und gingen schließlich gemeinsam mit Familie Amiri und vielen anderen Bedrohten und Unterstützerinnen und Unterstützern in Wiesbaden auf die Straße.

In der Schule gründete sich eine AG, um sicherzustellen, dass auch weitere Ausreiseaufforderungen und drohende Abschiebungen im selben Sinn beantwortet würden. An der PHS gibt es derzeit fünf InteA-Klassen. Die meisten Jugendlichen suchen einen Ausbildungsplatz, unter anderem weil die sogenannte Ausbildungsduldung für zunächst drei Jahre derzeit die beste Möglichkeit darstellt, vor einer Abschiebung gesichert zu werden (HLZ S. 8). Die Flüchtlings-AG hat (hoffentlich) zu allen potenziell von Abschiebung bedrohten Schülerinnen und Schülern insbesondere in den InteA-Klassen Kontakt aufgenommen, um sie zu beraten und niemanden mit einem negativen Bescheid des BAMF allein zu lassen. Dazu haben wir enge Kontakte mit Flüchtlingsinitiativen, Anwaltskanzleien und Betreuerinnen und Betreuern in den staatlichen Maßnahmen geknüpft.

Eine „Ausbildungsduldung“ sollte in jedem Fall möglichst frühzeitig beantragt werden. Allerdings sind die aufenthalts-

rechtlichen Bestimmungen für eine solche Duldung so unklar, dass die Geflüchteten bei der Wahrnehmung ihrer Rechte regelrecht behindert werden: Mal werden sie von einer Ausländerbehörde monatelang hingehalten, bis die bevorstehende Abschiebung die Gewährung einer Ausbildungsduldung hinfällig macht, dann wieder wird selbst Jugendlichen, die bereits als Azubis arbeiten, trotz Ausbildungsvertrag keine Duldung gewährt und eine Abschiebung angeordnet.

Im Vordergrund solcher Maßnahmen der Abschiebebehörden stehen Menschen aus Afghanistan. Die politische und militärische Lage veranlasste erst kürzlich die US-Regierung, ihre spektakuläre MOAB-Bombe einzusetzen. Gleichzeitig kündigte die NATO-Führung an, ihre Bündnistruppen in Afghanistan zu verstärken. Es kann sich bei Afghanistan also gar nicht um ein „sicheres Herkunftsland“ handeln. Die öffentlich zelebrierten Abschiebungen in dieses Land sind Bestandteil eines populistischen Wahlkampfes im Vorfeld der Bundestagswahl. Die Behauptung, bei den Abzuschiebenden handele es sich um „Kriminelle“, ist in vielen Fällen gelogen.

Wir sind uns in der Flüchtlings-AG der PHS einig: Durch die Abschiebung einer Schülerin oder eines Schülers unserer Schule wird auch der Charakter unserer Schule unwiderruflich verändert – von der Schule zum Vorfeld des Abschiebegefängnisses. Bildung und Integration verlangen nach einer angstfreien und menschenwürdigen Umgebung. Darum verteidigen wir mit den Geflüchteten an der PHS auch uns selbst, unsere Vorstellungen einer befreienden und menschenfreundlichen Arbeit als Lehrkräfte und als Seelsorgerinnen und Seelsorger in der Gesellschaft dieses Landes.

Pfarrer Dr. Hans Christoph Stoodt

*Der Autor ist Schulseelsorger und SV-Verbindungslehrer der Philipp-Holzmann-Schule und engagiert sich in der Flüchtlings-AG der PHS.*

- In der Ausgabe 6/2017 der eTfW, der diese HLZ beigelegt ist, findet man eine weitere Reportage zu den Aktivitäten der Philipp-Holzmann-Schule auf den Seiten 42 und 43

## Protest gegen Abschiebung

*Sadaf Amiri macht eine Ausbildung als Bauzeichnerin und ist Schülerin der Philipp-Holzmann-Schule. Gegen ihre drohende Abschiebung protestierten im Januar 2017 auch die Schülerinnen und Schüler ihrer Klasse.*

„Wir, die Klasse 10BZ der Philipp-Holzmann-Schule Frankfurt, sind entsetzt darüber, wie menschenverachtend der Umgang mit der Familie unserer Klassenkameradin Sadaf ist. Wir möchten hiermit unseren Protest über die Entscheidung des BAMF ausdrücken und darauf hinweisen, wie grausam es ist, dass eine junge Frau mit großartiger Zukunftsperspektive aus ihrem Leben hier in Deutschland gerissen werden soll. (...) Wir können es als Menschen nicht verantworten, dass eine in unserem Land integrierte Familie sehenden Auges zurück in den Tod geschickt wird. Sadaf hat sich während der Zeit ihres Studiums an der Polytechnischen Universität in Kabul für Frauenrechte eingesetzt. Ihr Bruder wurde als Soldat der afghanischen Armee von den Taliban entführt und der Familie gedroht. (...) Wir fordern die Rücknahme des Abschiebescheids für Familie Amiri!“

*Die Protestpostkarte gegen Abschiebungen nach Afghanistan findet man auf der Homepage von PRO ASYL zum Bestellen oder Ausdrucken (<https://proasyl.de> > Materialien).*





## Die Rechtslage ist kaum noch zu durchschauen

# Asyl und Aufenthalt

Als das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, bestand das Asylrecht in Artikel 16 Abs. 2 aus einem einzigen kurzen Satz: „Politisch Verfolgte genießen Asyl.“ Durch mehrere Grundgesetzänderungen und immer wieder geänderte Ausführungsgesetze wurde daraus ein Konvolut von Regelungen, Auslegungen und Ausnahmen. Rechtsanwalt Victor Pfaff, einer der besten Kenner der Materie, brachte es bei einer Veranstaltung in Rüsselsheim auf den Punkt: „Was fehlt, ist eine vernünftige und unbürokratische Bleiberechtsregelung. Denn alle wissen, dass die ganz große Mehrheit der Flüchtlinge bleiben wird. Stattdessen jagt eine Veränderung im Aufenthalts- und Asylrecht die nächste.“ Die folgenden Ausführungen geben nur einen kurzen, oberflächlichen Einblick in das aktuelle Asylrecht und die wichtigsten Kontroversen. Die jüngste weitere Verschärfung, die der Bundestag im Mai 2017 beschloss, ist noch nicht berücksichtigt.

Alle Ratgeber für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer empfehlen, bei der Beratung und Unterstützung von geflüchteten Menschen der Anhörung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Hier entscheidet sich, welche Bleibeperspektiven Flüchtlinge haben und welcher Status zuerkannt wird. Eine auf der Grundlage der Anhörung getroffene Entscheidung ist später gerichtlich nur noch schwer zu revidieren. Deshalb sollten ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer viel Zeit in die Vorbereitung investieren und den geflüchteten Menschen helfen, sich an die oft schmerzhaften Umstände der Flucht, an Details der Diskriminierung und Verfolgung zu erinnern, Dokumente und Belege zusammenzustellen und ihre Gründe überzeugend darzulegen. Sie können eine Vertrauensperson oder einen Anwalt mitnehmen und sollten widersprechen, wenn sie den vom Amt bereitgestellten Übersetzer nicht verstehen, der die Aussagen des Flüchtlings übersetzen und das angefertigte Protokoll rückübersetzen soll.

### Anhörung und Entscheidung durch das BAMF

Bis zur Zuweisung eines Anhörungstermins sind bereits mehrere Monate, ein Jahr oder länger vergangen. Auch danach müssen sich Betroffene und Helferinnen und Helfer auf eine lange, zermürbende Wartezeit einstellen. Der Anteil der Menschen, die mit dem Bescheid des BAMF als Asylberechtigte nach § 16a GG oder als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden, wird immer geringer. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention gelten Menschen als Flüchtlinge, die von staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren aufgrund ihrer „Rasse“, Nationalität, politischen Überzeugung, religiösen Grundentscheidung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe (und damit auch aufgrund einer bestimmten sexuellen Orientierung) verfolgt werden. Damit geht die Flüchtlingskonvention über die ausschließlich politische Verfolgung hinaus. Nach den jüngsten Zahlen des BAMF stieg der Anteil abgelehnter Asylanträge von 2016 bis April 2017 von 25 % auf 37 %. Gleichzeitig sank der Anteil anerkannter Flüchtlinge von 37 % auf 22 %. Dazu kommen die Fälle, die nach dem *Dublin-Verfahren* aufgrund der Zuständigkeit eines anderen EU-Staates oder wegen der Rücknahme des Antrags nur „formell“ entschieden wurden. 2016 waren dies 18 % der Fälle.

Wird ein Antrag auf Anerkennung der Asylberechtigung oder als Flüchtling abgelehnt, besteht die Möglichkeit, dass ein *subsidiärer Schutz* nach Artikel 4 des Asylgesetzes zuerkannt wird. Er soll dann gewährt werden, wenn den Betroffenen im Herkunftsland ernsthafter Schaden droht. Dazu gehören die Gefahren durch die Verhängung der Todesstrafe, durch Folter oder durch Krieg und Bürgerkrieg im Herkunftsland. Während Menschen aus Syrien zunächst in den meisten Fällen als Flüchtlinge anerkannt wurden, erhalten sie jetzt zumeist nur subsidiären Schutz. Dieser wird in dem Bescheid des BAMF zunächst für ein Jahr ausgesprochen und dann jeweils um zwei Jahre verlängert. Entzogen werden könnte er aber nur dann, wenn sich die Verhältnisse im Herkunftsland substantiell ändern und die Gefahr für Leib und Leben nicht mehr besteht. Nach fünf Jahren kann der subsidiäre Schutz in ein dauerhaftes *Niederlassungsrecht* umgewandelt werden, wenn weitere Voraussetzungen wie die Sicherung des Lebensunterhalts sowie ausreichende Deutschkenntnisse erfüllt sind. Dabei wird die Dauer des Asylverfahrens nicht eingerechnet.

### Abschiebungen nach Afghanistan

Wird der Asylantrag abgelehnt und auch kein subsidiärer Schutz gewährt, erfolgt eine Aufforderung zur Ausreise bzw. eine *Abschiebung*. 2017 hat bereit das BAMF in 6 Prozent aller Fälle nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 des Aufenthaltsgesetzes ein *Abschiebungsverbot* festgestellt und damit eine *Duldung* ausgesprochen. Ansonsten kann ein solches Abschiebeverbot nur noch gerichtlich durchgesetzt werden.

Gegen die Bescheide des BAMF sind *Rechtsmittel* möglich. Die Fristen müssen im Bescheid genannt werden. Bei jedem





Gericht besteht eine Rechtsantragsstelle, die bei der Einlegung von Rechtsmitteln durch die Betroffenen oder bevollmächtigte Personen behilflich sein muss, die Klagebegründung kann nachgereicht werden.

Afghanistan ist für Flüchtlingsorganisationen und Wohlfahrtsverbände derzeit das „am stärksten asylpolitisch umkämpfte Land“. Die Bundesregierung erhöht derzeit den Druck auf ausreisepflichtige Menschen aus Afghanistan durch medial inszenierte Abschiebungen und den Abschluss eines EU-Rückübernahmeabkommens mit der Regierung in Kabul. Mit der Behauptung, es würden nur alleinstehende, gesunde und vorbestrafte junge Männer abgeschoben, sollen Helferinnen und Helfer beruhigt und flüchtlingsfeindliche Stimmungen bedient werden. Rechtsanwalt Victor Pfaff berichtete allerdings auch, dass gegenläufig sowohl das Bundesverfassungsgericht in mehreren Eilentscheidungen als auch einzelne Verwaltungsgerichte Abschiebungen nach Afghanistan gestoppt haben und sich hier ein Wandel der Rechtsprechung andeutet. Die Gerichte beziehen sich dabei sowohl auf eine verschlechterte Sicherheitslage in Afghanistan als auch auf schlechte Chancen, ohne Bindungen zu Afghanistan und ohne familiären Rückhalt dort wenigstens „das Existenzminimum zu sichern“ (Urteil des Verwaltungsgerichts Hamburg vom 20. 2. 2017).

### Auch Hessen erwägt Wohnsitzauflagen

Inzwischen prüft auch die schwarz-grüne hessische Landesregierung, Flüchtlinge nach § 12a des Aufenthaltsgesetzes zu verpflichten, einen bestimmten Wohnort zu nehmen oder gerade nicht zu nehmen. Unabhängig von der strittigen Frage, ob das Grundrecht der Freizügigkeit für anerkannte Flüchtlinge durch eine solche *Wohnsitzauflage* aufgehoben werden darf und ob die Zuweisung in ländliche Regionen tatsächlich zu einer Verbesserung des Fortkommens und der Integration führt, besteht für die Behörden eine Nachweispflicht, dass die Auflage überprüfbar die Wohnsituation verbessert und den Spracherwerb und die Aufnahme einer Ausbildung oder Erwerbstätigkeit erleichtert.

### Ausbildung und Schulbesuch

Zu den wenigen Verbesserungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht gehört die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung, wenn eine *qualifizierte Berufsausbildung* aufgenommen wurde. Diese Änderung erfolgte vor allem auf Druck der Wirtschaft, die hofft, Nachwuchssorgen in Mangelberufen auch auf diesem Weg zu minimieren. § 60a Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes ermöglicht es, „für die im Ausbildungsvertrag bestimmte Dauer der Berufsausbildung“ eine Duldung auszusprechen, „wenn der Ausländer eine qualifizierte Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf in Deutschland aufnimmt oder aufgenommen hat“ und noch keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen eingeleitet wurden. Im Hinblick auf eine weitere Bleibeperspektive nach dem Ende der Ausbildung kann auch die „Positivliste“ der Bundesagentur für Arbeit zur „Zuwanderung in Ausbildungsberufe“ herangezogen werden. Sie enthält die Berufe, bei denen „die Besetzung offener Stellen mit ausländischen Bewerberinnen oder Bewerbern arbeitsmarkt- und integrationspolitisch (...) verantwortbar ist“ (<https://www.arbeitsagentur.de/positivliste>).


Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
Ort: 35398 Gießen  
Datum: 2014 - J.J.  
Gesch. Z.:  
Bitte unlesbar angeben

Anerkennungsverfahren

**BESCHIED**

In dem Asylverfahren desider

geb. am:

wohnhalt:

ergeht folgende Entscheidung:

1. Die Flüchtlingseigenschaft wird nicht zuerkannt.
2. Der Antrag auf Asylanerkennung wird abgelehnt.
3. Der subsidiäre Schutzstatus wird nicht zuerkannt.
4. Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und 7 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes liegen nicht vor.
5. Der Antragsteller wird aufgefordert, die Bundesrepublik Deutschland innerhalb von 30 Tagen nach Bekanntgabe dieser Entscheidung zu verlassen; im Falle einer Klageerhebung endet die Ausreisefrist 30 Tage nach dem unanfechtbaren Abschluss des Asylverfahrens. Sollte der Antragsteller die Ausreisefrist nicht einhalten, wird er nach abgeschoben. Der Antragsteller kann auch in einen anderen Staat abgeschoben werden, in den er einreisen darf oder der zu seiner Rückübernahme verpflichtet ist.

<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=37384420>  
(Opihuck – CC BY-SA 3.0)

Eine solches Abschiebeverbot gibt es nicht für Jugendliche, die noch die Schule besuchen. § 25a des Aufenthaltsgesetzes regelt die Möglichkeit, bei „gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden“ die Duldung in einen dauerhaften Aufenthalt umzuwandeln. Voraussetzungen für einen solchen Antrag, der vor Vollendung des 21. Lebensjahres gestellt werden muss, sind ein vierjähriger ununterbrochener legaler Aufenthalt in Deutschland, ein „erfolgreicher“ Schulbesuch seit mindestens vier Jahren oder ein anerkannter Schul- oder Berufsabschluss. Außerdem muss „gewährleistet“ sein, dass sich der Jugendliche „auf Grund seiner bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland einfügen kann“.

### Einschränkung des Familiennachzugs

Zu den negativen Veränderungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts gehört die Aussetzung des Rechts auf Familiennachzug für geflüchtete Menschen mit subsidiärem Schutz für die Dauer von zwei Jahren. Durch die lange Zeit bis zum Bescheid des BAMF können daraus auch vier Jahre werden. Das Deutsche Institut für Menschenrechte hält diese Gesetzesänderung in einer Stellungnahme vom 16. 12. 2016 für einen Verstoß gegen Grund- und Menschenrechte. Die deutschen Auslandsvertretungen müssten deshalb auch weiterhin „Anträge auf Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten aus völkerrechtlichen Gründen bearbeiten und positiv entscheiden“. Dies gelte insbesondere für den Nachzug von Kindern. Nach Artikel 25 GG sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes unmittelbarer „Bestandteil des Bundesrechtes“. Dies gilt auch für die UN-Kinderrechtskonvention, die in Artikel 3 den Vorrang des Kindeswohls für alle staatlichen Maßnahmen begründet und in Artikel 11 alle Vertragsstaaten verpflichtet, „von einem Kind oder seinen Eltern zwecks Familienzusammenführung gestellte Anträge“ auf Einreise oder Ausreise „wohlwollend, human und beschleunigt“ zu bearbeiten, ohne dass der Antrag „nachteilige Folgen für die Antragsteller und deren Familienangehörige hat“.

Harald Freiling

# Willkommenskultur am Ende?

## Im Gespräch mit der SPD-Landtagsabgeordneten Andrea Ypsilanti

Andrea Ypsilanti (SPD) ist seit 1999 Mitglied des hessischen Landtags und seit 2014 Vorsitzende des Petitionsausschusses. Außerdem ist sie Mitglied der Härtefallkommission. HLZ-Redakteur Harald Freiling sprach mit Andrea Ypsilanti über Fragen des Aufenthaltsrechts und die Nöte geflüchteter Menschen und der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer.

*HLZ: Welche Bedeutung haben die Probleme und Nöte geflüchteter Menschen für die Arbeit des Petitionsausschusses?*

**Ypsilanti:** Eine ganz große! Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat in den letzten Monaten die Verfahren enorm beschleunigt. Die vielen Neueinstellungen und die Trennung von Anhörung und Entscheidung beeinträchtigen allerdings die Sorgfalt der Recherche. In vielen Bescheiden wird nur ein befristeter subsidiärer Schutz gewährt, viele andere setzen eine Frist von 30 Tagen für die „freiwillige“ Ausreise. Es reicht ja schon ein einziger solcher Bescheid, dass ein vernünftiges Weiterarbeiten in einer InteA-Klasse unmöglich ist. Was ist, wenn in einer solchen Klasse drei oder vier Jugendliche oder junge Erwachsene einen solchen Bescheid bekommen! Die Betroffenen sind in Panik, die Lehrkräfte oder ehrenamtlichen Patinnen und Paten verzweifeln. Sie fragen sich, was aus der „Willkommenskultur“ geworden ist, und stehen vor den Scherben ihres Engagements. In dieser Situation wenden sie sich dann an den Petitionsausschuss.

*Welche Möglichkeiten hat der Petitionsausschuss, in dieser Situation zu helfen?*

Leider sind sie begrenzt! Das hat vor allem etwas mit dem gesetzlichen Auftrag des Petitionsausschusses zu tun, der

Fehlern von Behörden nachgehen soll. Dem BAMF und den Ausländerbehörden Fehlentscheidungen nachzuweisen, ist kaum möglich. Sie entscheiden nämlich in der Regel durchaus „rechtmäßig“, allerdings im Rahmen der immer wieder verschärften Asylgesetze. Trotzdem kann ich als Abgeordnete, die sich eines bestimmten Falles annimmt, schon beraten und auch ohne eine formelle Entscheidung im Ausschuss im persönlichen Gespräch wichtige Hinweise geben. Wichtig ist auch, dass für die Dauer des Petitionsverfahrens in der Regel die Abschiebung ausgesetzt ist und dass die Petition Voraussetzung für die Anrufung der Härtefallkommission ist.

*Was macht diese Hilfllosigkeit mit Ihnen?*

Die sorgt auch schon mal für schlaflose Nächte. Ich führe viele Gespräche mit den ehrenamtlichen Helfern, mit Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und Flüchtlingsorganisationen. Die haben natürlich dann große Erwartungen und die Petition erscheint als letzter Rettungsanker. Die Menschen sitzen auf gepackten Koffern und sehen jede Hoffnung schwinden. Da gibt es zum Beispiel junge Menschen aus Eritrea, die in Deutschland erst alphabetisiert wurden und jetzt mit Hochdruck Deutsch lernen, Kinder aus Roma-Familien aus Albanien, die in der Schule aufgeblüht sind, weil sie zum ersten Mal Mitschülerinnen und Mitschülern und Lehrkräften begegnen, die sie ohne Diskriminierung annehmen. Solche Schicksale gehen schon unter die Haut...

*Sie haben die InteA-Klassen angesprochen. Leider gilt ja der Schutz vor Abschiebung nicht für die schulische Ausbildung, aber doch für die Berufsausbildung...*

...aber auch dieser Schutz gilt nur begrenzt. Die Ausländerbehörden haben bei Ausbildungsduldungen einen Ermessensspielraum, insbesondere wenn bereits „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“ ergriffen wurden. Auch eine vermeintliche Verweigerung der Mitwirkung bei der Erfüllung der Ausweispflicht kann ausreichen, dass eine Ausbildungserlaubnis verweigert wird. Oft melden sich bei uns auch Betriebe, die gern einen Ausbildungsvertrag abschließen würden, aber die Ausbildungsduldung wurde verweigert. Dann erreiche ich schon in dem einen oder anderen Fall eine Lösung auch in Gesprächen mit den Behörden vor Ort, aber eben nicht das, was die Menschen brauchen, eine sichere Bleibeperspektive.

*Kommen wir dann zur Härtekommission...*

Das ist oft die letzte Option, dass die abgelehnten Petitionen in die Härtefallkommission eingebracht werden. Aber auch in der Härtefallkommission sind die Hürden hoch. Die geflüchteten Menschen müssen aktive „Integrationsleistungen“ nachweisen, vor allem aber, dass sie sich und ihre Familie aus eigener Kraft finanziell unterhalten können. Und worin liegt die „besondere Härte“ einer Abschiebung? Reicht die Diskriminierung einer Roma-Familie im Kosovo aus, um die Mehrheit der Kommission und vor allem danach den Innenminister zu überzeugen? Gut, alle Kolleginnen und Kollegen in der Kommission sind sehr engagiert und nehmen ihren

### Der Petitionsausschuss

Das Petitionsrecht nach Artikel 17 des Grundgesetzes und Artikel 16 der Hessischen Verfassung gilt ausdrücklich für „jedermann“, also auch für Minderjährige, Menschen anderer Staatsangehörigkeit, Bürgerinitiativen oder Vereine. Mit Einverständnis der Betroffenen kann es auch von Dritten wahrgenommen werden. Der Petitionsausschuss des Landtags kann sich mit allen Entscheidungen von Behörden befassen, die der Aufsicht des Landes Hessen unterstehen, oder das Anliegen der Petition an zuständige Stellen weiterleiten. Die Petition ist an keine Form gebunden und kann auch online übermittelt werden. Nach den Beratungen im Petitionsausschuss entscheidet der Landtag. In aufenthaltsrechtlichen Fragen hat der Petitionsausschuss keinen humanitären Ermessensspielraum, vielmehr prüft er nur mögliche Verstöße gegen Gesetze und aufenthaltsrechtliche Verfahrensvorschriften. Allerdings ist die Wahrnehmung des Petitionsrechts eine zwingende Voraussetzung für eine Prüfung des Einzelfalles durch die Härtefallkommission.

• *Hinweise auf die nächsten Bürgersprechstunden des Petitionsausschusses und das Formular für eine Online-Petition findet man unter <https://hessischer-landtag.de> > Service > Petition.*

humanitären Auftrag ernst, aber alle Fälle, die in die Kommission eingebracht und positiv entschieden werden, unterliegen dann am Ende immer noch der Entscheidung des Innenministers. Die weicht dann schon hin und wieder vom positiven Votum der Kommission ab...

*...die wiederum Ausdruck einer veränderten Gesetzgebung ist...*

...aber nicht nur der Gesetzgebung. Bei Afghanistan spielt die Einschätzung durch die Bundesregierung die maßgebliche Rolle. Da muss ich mir schon vorhalten lassen, dass auch das Außenministerium, das seit vielen Jahren von SPD-Ministern geleitet wird, an der Einschätzung festhält, große Teile von Afghanistan seien „sicher“. Nach den Gesprächen, die ich führe, kann ich dies nicht teilen...

*...und wohl auch einige Gerichte nicht (HLZ S.8–9). Aber gilt da nicht die Aussage des hessischen Innenministers, dass ausschließlich vorbestrafte ausreisepflichtige junge Männer abgeschoben werden?*

Eine belastbare Aussage der Landesregierung gibt es dazu nicht. Bei den meisten Abschiebungen wird erst nachträglich bestätigt, dass auch Menschen aus Hessen im Flieger saßen. So verhindert man Proteste und bleibt trotzdem „konsequent“. Die Abschiebungen nach Afghanistan haben sehr viel Unruhe in die Reihen der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer gebracht. Unmenschlich finde ich auch das Hinausschieben des Familiennachzugs bei subsidiärem Schutz. Es gibt tausende von Fällen in Europa, wo Eltern und Kinder nicht zusammenkommen können.

*Wie beurteilen Sie auf diesem Hintergrund die aktuelle Flüchtlingspolitik der deutschen Bundesregierung und der EU?*

Die Willkommenskultur im Sommer 2015 wurde vor allem von der Bevölkerung getragen. Inzwischen werden die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer weitgehend im Stich gelassen und die Regierung setzt auf Abschottung und Abschiebung. Diese Politik – so hat es Gesine Schwan im SPIEGEL formuliert – steht der Mauer Donald Trumps gegen Mexiko in nichts nach. Das hat mit Willkommenskultur nichts mehr zu tun! Es ist zwar viel davon die Rede, dass man die Fluchtursachen vor Ort bekämpfen müsse, doch davon ist noch nichts zu sehen. Zäune, Repression und Ausgrenzung führen nur zu Gewalt, zu Rassismus und Extremismus. Um das Sterben auf dem Mittelmeer endlich zu stoppen, brauchen wir legale Möglichkeiten der Einreise für Asylsuchende und für Kriegsflüchtlinge und eine Neuregelung des Familiennachzugs.

*Wo könnte man einen Hebel ansetzen, um Bewegung in die festgefahrenen Positionen in Europa zu bringen?*

Ich finde, dass Gesine Schwan einen bemerkenswerten Vorschlag für eine neue Flüchtlingspolitik der EU vorgelegt hat, um mit einem europäischen Investitionsfonds den Gemeinden, die die Hauptaufgabe der Integration schultern, neue Handlungsspielräume zu eröffnen. Gemeinden, die freiwillig Flüchtlinge aufnehmen und integrieren, sollen nicht nur die bei der Flüchtlingsaufnahme entstehenden Kosten erstattet bekommen, sondern darüber hinaus auch Mittel erhalten, um die kommunale Infrastruktur zu verbessern. Sie erhofft sich dadurch einen „menschlichen und ökonomischen Vitalitätsschub“. Das ist eine Vorstellung, die ich teile.

*Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg für die weitere Arbeit.*



Andrea Ypsilanti (SPD) ist seit 1999 Mitglied des hessischen Landtags und seit 2014 Vorsitzende des Petitionsausschusses.

### Die Härtefallkommission

Die Härtefallkommission beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport ist ein behördenunabhängiges Gremium, das sich im Rahmen des Härtefallgesetzes vom 14.12.2009 mit dem Schicksal der Menschen befasst, bei denen das aufenthaltsrechtliche Verfahren abgeschlossen ist und offenkundig ein besonderer Härtefall vorliegt. Ziel ist es, Einzelfälle humanitär zu lösen, die bei Anwendung der Asyl- und Aufenthaltsgesetze nicht hätten gelöst werden können.

In der Kommission sind Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Menschenrechtsorganisationen vertreten, ebenso Landtagsabgeordnete, kommunale Spitzenverbände und Ausländerbehörden sowie das Innen- und das Sozialministerium. Anders als im Petitionsrecht befasst sich die Härtefallkommission nur dann mit einem Fall, wenn ein Mitglied der Kommission diesen aufgreift und in die Kommission einbringt. Eine weitere zwingende Voraussetzung ist, dass zuvor eine Petition abgeschlossen wurde. Die Befassung der Härtefallkommission ist ausgeschlossen, wenn bereits ein Abschiebetermin festgesetzt wurde. Für die Dauer des Härtefallverfahrens besteht in der Regel für maximal drei Monate ein Abschiebeschutz. Über das Votum der Härtefallkommission entscheidet das Innenministerium. Nach den letzten vorliegenden Zahlen beriet die Kommission zwischen 2008 und 2015 über 330 Fälle, von denen 261 zu einem Härtefallersuchen beim Innenminister führten. 187 Anträgen gab das Innenministerium zum Teil unter Auflagen statt (Bericht über die Tätigkeit der Härtefallkommission vom 1.1. bis 31.12.2015, S.17)



# Freiheit ohne Grenzen

## Geflüchtete Menschen machen aus Schwimmwesten Taschen

Im Projekt „Bag Mohajer“ schneiden Geflüchtete Taschen aus den Booten und Schwimmwesten, die auf der griechischen Insel Lesbos stranden. Für die Schneider ist die Taschenproduktion eine Form, ihre Geschichte zu erzählen und einen Teil ihrer Fluchterfahrung an Orte weiterzutragen, an die sie selbst nicht reisen dürfen. Gleichzeitig wollen sie zeigen, dass man auch aus den Resten des Schreckens der Flucht etwas Nützliches machen kann. Adrian Oeser, ein junger Filmemacher aus Frankfurt, hatte 2016 die Möglichkeit, mit einem kleinen Team einen Dokumentarfilm über dieses gelungene Solidaritätsprojekt zu machen.

Durch das geöffnete Fenster tönt der Lärm der Straße. Athen ist eine laute Stadt. In der Werkstatt von „Bag Mohajer“ ist es trotz des heißen Frühsommertages angenehm kühl, so dass man die Fenster immer wieder schließen kann und der Straßenlärm nur noch gedämpft zu hören ist. Die Werkstatt liegt im Untergeschoss eines Wohnhauses, zwei Räume voller Schlauchboote, Schwimmwesten, Nähmaschinen und anderen Schneiderutensilien. An den Wänden hängen Bilder, Schnittmuster und der Slogan „Freiheit ohne Grenzen“ – ein Motto des Projekts, dessen Name übersetzt so viel wie „Tasche des Reisenden/Flüchtlings“ oder auch „reisende/flüchtende Tasche“ bedeutet. An einer der Nähmaschinen sitzt *Mansour*, ein junger, gutaussehender Mann mit modernem Bart und kariertem Hemd. Bedächtig und konzentriert arbeitet er an etwas, das wie ein Stück Gummi aussieht. Mansour ist einer der Schneider, die aus den Materialien, die Menschen auf der Flucht benötigten, Taschen herstellen, um einen Teil ihrer Fluchterfahrung an Orte weiterzutragen, an die sie selbst nicht reisen können. Denn für Mansour sind die Taschen, die aus den Resten der Flucht gefertigt werden, ein Symbol für die gefährliche Überfahrt nach Europa, für die Auswirkungen der europäischen Asyl- und Migrationspolitik und für die unzähligen Menschen, die die gefährliche Überfahrt nach Europa das Leben kostete.

Mansour lebt seit sechs Jahren in Griechenland. Er ist gebildet, spricht fließend Griechisch, Englisch, Farsi und Dari

und arbeitet unter anderem als Übersetzer. Seine Eltern flüchteten aus Afghanistan in den Iran, wo Mansour auf die Welt kam. Da er dort als Entrechteter aufwuchs, floh er nach Europa. Zum ersten Mal in Kontakt mit den Schlauchbooten kam er am türkisch-griechischen Grenzfluss Evros, den er auf seinem Weg nach Europa überqueren musste. Nicht zuletzt, weil er selbst als Geflüchteter nach Griechenland kam, will Mansour andere Geflüchtete unterstützen. So näht er nicht nur Taschen, sondern übernimmt auch organisatorische Aufgaben im Projekt. Für die Organisation ist *Ruby* zuständig, eine Modedesignerin aus Deutschland, die das Projekt 2010 angestoßen hat. Sie begleitete uns beim Dreh und war Protagonistin und Kontaktvermittlerin zugleich.

Viel kürzer in Griechenland als Mansour ist *Morteza*. Er lebt als Geduldeter in Athen, ohne Einkommen und mit prekärer Bleibeperspektive. Im Gegensatz zu Mansour, der sich für ein Leben in Griechenland entschieden hat, will er unbedingt in ein nördlicheres Land, am liebsten nach Deutschland. Dort will er sich bilden, studieren und der Gesellschaft hilfreich sein, wie er sagt. Auch Morteza kam über die Türkei mit einem Schlauchboot nach Griechenland, auf der gefährlichen Route über das Mittelmeer. Für ihn bedeutet die Arbeit an den Taschen deshalb auch eine Konfrontation mit den Erinnerungen an die Überfahrt. Denn jedes Mal, wenn er das Material der Boote anfasst, um Taschen daraus zu nähen, muss er an die Nacht denken, in der er gemeinsam mit anderen Flüchtenden über das Meer fuhr. Er muss an die Angst denken, die sie während der Überfahrt hatten und an die Freude, als sie es lebend nach Griechenland geschafft hatten. Er kam auf Lesbos an, einer griechischen Insel, die nur wenige Kilometer vom türkischen Festland entfernt liegt. Von dort kommt auch das Material für die Taschen, die er jetzt in Athen näht.

Während der Fahrt nach Lesbos führen wir lange Gespräche mit Mansour und *Hakim*, deren Aufenthaltsstatus es erlaubt, sich frei zu bewegen. Auf der Fähre erzählt uns Hakim,



Am Strand von Molyvos auf Lesbos (Copyright für alle Fotos auf diesen beiden Seiten: Filmakademie Baden-Württemberg)

### Das Projekt „Bag Mohajer“ und der Film

Weitere Informationen über das Taschen-Projekt findet man unter [www.bagmohajer.antira.info/de](http://www.bagmohajer.antira.info/de), ein Spendenkonto unter <https://www.betterplace.org/de/projects/24102>.

Informationen über den Film „Bag Mohajer – Tasche des Flüchtlings“, den Adrian Oeser im Rahmen seines derzeitigen Studiums an der Filmakademie Baden-Württemberg mit *Evangelos Anthimos* als Kameramann drehte, findet man auf der Facebook-Seite [www.fb.com/bagmohajerfilm](http://www.fb.com/bagmohajerfilm). Dort kann man die Filmemacher auch kontaktieren, wenn man den Film zeigen will. 2014 gewann Adrian Oeser mit der Gruppe *Docview* den Langfilmpreis des Lichter Filmfestivals für den Dokumentarfilm „Erhobenen Hauptes“ über Holocaust-Überlebende im Kibbutz Ma'abarot. Die HLZ berichtete in ihrer Ausgabe 1–2/2016 über sein Film- und Online-Projekt über die Freundschaft zwischen der Holocaust-Überlebenden *Trude Simonsohn* und der im Mai 2017 verstorbenen Widerstandskämpferin *Inngard Heydorn*.

dass er Lesbos klar und deutlich sehen konnte, als er an der türkischen Küste mit einem nicht motorisierten Schlauchboot ins Meer stieß. Acht Stunden trieb er dann orientierungslos umher, bevor er sicher die Insel erreichte. Sie hätten keine andere Wahl gehabt, sagt er. Entweder sie wären angekommen oder gestorben. Elf Jahre ist das nun her und unsere gemeinsame Fahrt nach Lesbos ist für Hakim so auch eine Reise zurück an den Ort seiner Ankunft in Europa.

Hakim wuchs in Afghanistan auf und floh dann vor Krieg und Verfolgung in den Iran. Dort wurde ihm kein Asyl gewährt und er fürchtete die Abschiebung. Diese Unsicherheit führte ihn weiter in die Türkei, mit dem Ziel, nach Nordeuropa zu gelangen. Europa hat er erreicht, weiter in den Norden zog es ihn jedoch nicht. Denn in Griechenland fühlt er sich wohl und er hat dort mittlerweile eine Frau und Kinder.

Während wir mit dem Auto vom Süden der Insel in den Norden von Lesbos fahren, erzählt Hakim, unter welchen Bedingungen er nach seiner Ankunft dort leben musste. Dass er sich mit 300 Menschen einen großen Raum und eine Toilette teilte. Heute, elf Jahre später, prägen Flüchtlingscamps das Bild von Lesbos. Eine Insel, die früher ein Urlaubsparadies war, ist heute zur Sackgasse für Geflüchtete geworden. Wunderschöne Natur trifft hier auf unermessliches menschliches Leid. Ein Widerspruch, den wir auch im Film versucht haben aufzunehmen. Im „Sommer der Migration“ 2015 kamen täglich Geflüchtete auf der Insel an, die Strände waren voll von Schlauchbooten und Schwimmwesten. Ein Jahr später sieht man die Auswirkungen der europäischen Abschottungspolitik und des EU-Türkei-Deals: Die Strände sind wie leer gefegt und nur noch in abgelegenen Gebieten oder in Felsen festhängend finden sich einige Bootsreste. Die See-grenze wird systematisch überwacht und nur noch wenigen Menschen gelingt die Überfahrt. Ein Schiff der Küstenwache, das stetig seine Kreise zieht, wird für uns zum Sinnbild.

Um Material für die Taschenproduktion zu finden, fahren wir nach Molyvos. Immer an der Küste entlang, mit Blick auf die so nah wirkende Türkei. Neben Molyvos befindet sich eine Müllhalde, auf der die Boote und Schwimmwesten gesammelt werden, die sich zuvor an den Stränden der Insel befanden. Hier werden die Dimensionen klar, in denen die europäische Abschottungspolitik Menschen auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer zwingt. Unzählige Schwimmwesten und Schlauchboote und ein widerlicher Gestank lösen ein Gefühl von Bedrückung aus. Auf Mansour wirkt der Ort wie ein Friedhof, ein Bootsfriedhof. Und der Geruch ist für ihn einer von Verwesung und Tod. Wir sammeln hier einen ganzen Tag lang Materialien ein. Und wir finden neue Farben, wie Hakim anmerkt.

In der Nacht darauf erleben wir, was die Nähe der Insel zur Türkei bedeutet. Wir sitzen spät abends noch gemeinsam im Hof und unterhalten uns, als wir ein Stimmengewirr und Schritte näher kommen hören. Dann taucht eine Gruppe von 40 bis 50 Menschen in unserem Sichtfeld auf, in Schwimmwesten, nass. Sie waren gerade mit einem Schlauchboot angekommen. Wie wir später erfahren, hielten ein Boot der europäischen Grenzschutzagentur Frontex und die griechische Küstenwache sie zuvor mehrere Stunden auf dem Meer auf, bis auf der Insel die Logistik zur Weiterführung in die Camps bereitgestellt war. Den gefährlichsten Teil ihrer Flucht hatten sie wohl überstanden, doch aktuell bietet sich den Menschen, die in Griechenland ankommen, nur selten eine Perspektive.

Mansour, Hakim und Morteza leben in Athen, einer Stadt, deren Straßenbild die Situation von Geflüchteten in Grie-



chenland allgegenwärtig sichtbar macht. An zentralen Plätzen stehen und sitzen wartende Menschen. Sie warten auf eine Möglichkeit, aus Griechenland raus zu kommen, warten auf eine Perspektive. Die Polizei ist präsent, kontrolliert mal wahllos, mal systematisch. Eine Kontrolle kann bei den falschen oder fehlenden Papieren die Inhaftierung oder Abschiebung bedeuten. In dieser Situation will das Projekt „Bag Mohajer“ Geflüchteten eine Perspektive geben. Sie bekommen die Möglichkeit, sich mithilfe der Taschen finanziell über Wasser zu halten und können etwas Sinnvolles tun und so der Perspektivlosigkeit etwas entgegensetzen.

Das macht „Bag Mohajer“ zu einem großartigen Beispiel für eine Selbstermächtigung von Menschen, die sich ihrem Schicksal nicht einfach hingeben, sondern ihr Leben wieder selbst in die Hand nehmen wollen. Denn die Arbeit der Schneider ist auch Ausdruck einer Hoffnung auf ein besseres Leben und des Willens, dieses selbst aufzubauen. Ihre Taschen sind einerseits ein Symbol der Trauer um die Toten und ein Symbol für die Auswirkungen der europäischen Abschottungspolitik, andererseits aber auch der Beweis für den Einsatz Geflüchteter für ein besseres, würdevolles Leben. Durch die Mitarbeit von Aktivistinnen und Aktivisten ohne Fluchterfahrung ist es zudem ein wunderbares Beispiel der Solidarität, die in Zeiten des Wiederauflebens des Nationalismus und des Erstarkens rechten Denkens und rechter Gewalt immer wichtiger wird.

Adrian Oeser



# Engagement im Ehrenamt

## Schwierigkeiten und Glücksmomente in der Flüchtlingsarbeit

*HLZ: Reinhild, du hast mir erzählt, dass ihr euch gestern wieder am Runden Tisch der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer getroffen habt. Worum ging es?*

**Reinhild:** Hier werden wichtige Informationen von hauptamtlicher Seite weitergegeben und Erfahrungen ausgetauscht. Wir besprechen, wo und wie wir sinnvoll unterstützen, reden über Erfolge bei der Wohnungssuche, über Erlebnisse mit Behörden, die manchmal sehr unsensibel mit den Geflüchteten umgehen. Das Behördendeutsch ist für Geflüchtete und Ehrenamtler oft eine Zumutung. Wir reden über die drohenden Abschiebungen und über Konflikte, die entstehen, wenn unterschiedliche Kulturen und Lebensgeschichten aufeinander treffen. Die mangelnde Pünktlichkeit und Verbindlichkeit ist immer wieder Thema. Viele Geflüchtete gehen mit dem Faktor Zeit ganz anders um als wir. Aber das ist ein kulturelles Problem und hat nichts mit fehlender Wertschätzung zu tun. Eigentlich bräuchten alle Ehrenamtler eine Supervision.

### Am Tisch mit Reinhild, Hans-Jürgen und Brigitte

**Reinhild Kleinlein** (67) war Lehrerin und Stufenleiterin an der Integrierten Gesamtschule in Kelsterbach. In Kelsterbach hat sie jetzt einen Alphabetisierungskurs für junge Afghanen zwischen 19 und 36 Jahren abgeschlossen. Ebenfalls ehrenamtlich organisiert sie die Kelsterbacher Initiative „Kochen über den Tellerrand“ und nimmt an den Besprechungen des Runden Tisches zur Flüchtlingshilfe teil. Großen Zuspruch fand eine vor allem von ihr organisierte Lesung des ZEIT-Reporters Wolfgang Bauer, der mit einer falschen Identität Flüchtlinge aus Syrien nach Europa begleitete und seine Erlebnisse in dem Buch „Über das Meer“ verarbeitete.

Seit der Errichtung von Containern für geflüchtete Familien neben einer Kita in unmittelbarer Nachbarschaft zum Haus der Kleinleins koordiniert **Hans-Jürgen Kleinlein** (70) die Nachbarschaftsinitiative Kita 11 in Mörfelden-Walldorf. Die „inzwischen eher überschaubare“ Gruppe von Anwohnerinnen und Anwohnern organisierte die Erstversorgung, hilft bei Ein- und Auszügen und bietet Nachhilfe und Hilfe bei Behördengängen. Dazu kommen Geschenkaktionen zu Weihnachten oder Ostern, Sommerfeste und andere Nachbarschaftsaktivitäten. Hans-Jürgen war Lehrer an der Bertha-von-Suttner-Schule in Mörfelden-Walldorf und in der Lehrerfortbildung als Kommunikationstrainer tätig.

Wie Reinhild Kleinlein war auch **Brigitte Lamberty** (69) Lehrerin an der Gesamtschule Kelsterbach. Anders als bei den verpflichtenden Sprach- und Integrationskursen der Volkshochschulen kann sie in ihrem inzwischen vierten Kurs in Kelsterbach die individuellen Bedürfnisse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer berücksichtigen: „Ich muss nicht in einer bestimmten Anzahl von Stunden ein festgelegtes Pensum abarbeiten.“ Afghanen, Syrer und Pakistani zwischen 30 und 48 Jahren bilden eine „bunte Mischung“, so dass man sich „nur auf Deutsch verständigen kann“. Brigitte arbeitete mehrere Jahre in einem Frauenprojekt in den Slums einer lateinamerikanischen Großstadt. Auch ihre Arbeit geht mit der Begleitung bei Behördengängen oder Arztbesuchen weit über den Sprachkurs hinaus.

*HLZ: Was machen solche Konflikte mit eurer Motivation?*

**Reinhild:** Zum Glück kann ich auf meine langjährigen Erfahrungen als Lehrerin zurückgreifen, was das Wissen über andere Kulturen und meinen Umgang damit angeht, auch im Hinblick auf die nötige professionelle Distanz...

**Brigitte:** ...aber die haben natürlich nicht alle Ehrenamtler. Viele wissen zu wenig über die Herkunftsländer und die Fluchtwege und regen sich dann auf, dass „ihre“ Flüchtlinge nachts keinen Schlafanzug anziehen. Man muss dann wissen, dass viele Geflüchtete aus Ländern kommen, in denen es keine geheizten Wohnungen gibt und man der Kälte nur entgeht, indem man sich in voller Kleidung ins Bett legt...

**Reinhild:** Ich versuche dann, mich nicht zu ärgern, denn ich mache das freiwillig und kann jederzeit aussteigen. Dafür erfreue ich mich an den vielen neuen und interessanten Begegnungen mit Geflüchteten wie „Beheimateten“, auch an der großen Wertschätzung, die die Geflüchteten uns Ehrenamtler entgegenbringen...

**Brigitte:** Stimmt, es rührt mich, wenn sie „ihrer Lehrerin“ Dankesbriefe schreiben und in meinen Kurs kommen, obwohl es dort kein Zertifikat gibt. Ich lerne viele Menschen neu oder anders kennen: Leute, die ehrenamtlich anpacken, meinen Unterrichtsraum in der alten Schule hergerichtet haben oder einen Spielenachmittag organisieren. Das macht Freude.

**Hans-Jürgen:** Auch bei mir überwiegen die positiven Erfahrungen. Die Freude der Kinder, wenn ich in die Unterkunft komme, aber auch die Tatsache, dass wir nach über 30 Jahren viele unserer „alten“ Nachbarn kennengelernt haben. Als die Container aufgestellt wurden, waren die Flüchtlinge keineswegs nur willkommen. Aber als Reinhild und ich bei der Anwohnersammlung gesagt haben, dass wir eine Nachbarschaftsinitiative gründen könnten, hat sich die Stimmung gedreht. Viele haben bei der Erstausrüstung oder bei Nachbarschaftsfesten geholfen.

*HLZ: Warum geht die Integration so langsam vonstatten?*

**Reinhild:** Es reicht nicht, nur Gutes tun zu wollen. Beide Seiten brauchen Zeit. Kaum jemand von uns Helfern war auf diese Zielgruppen vorbereitet. Wichtiges Hintergrundwissen mussten wir uns selbst erarbeiten. Das BAMF ist leider keine große Stütze.

**Hans-Jürgen:** Viele geflüchtete Menschen wollen einen besseren Zugang zu unserer Gesellschaft, aber da helfen keine theoretischen Rechtsstaatsfortbildungen, sondern Kontakte, Gespräche oder gemeinsame Aktivitäten. Wir müssten unsere Familien öffnen. „Ich finde keine deutschen Freunde“, das höre ich immer wieder.

**Reinhild:** Aber das ist nur begrenzt möglich. Wir Ehrenamtler können das nicht alles auffangen. Wir müssen vielmehr lernen, uns abzugrenzen, eine Balance zu finden zwischen Einsatz und Distanz, damit wir nicht ausbrennen. Die Bereit-

schaft der Bevölkerung, Kontakte zu ermöglichen, kann man nicht erzwingen. Unser Begegnungscafé wird oft nur noch von Geflüchteten und den Helferinnen und Helfern besucht...

**Hans-Jürgen:** ...und die sitzen dann noch getrennt.

*HLZ: Aber ist das nicht eigentlich selbstverständlich? Menschen suchen doch immer die Nähe zu Gleichgesinnten, Menschen in einer ähnlichen Lebenslage, um sich auszutauschen. Wenn bei einem Gartenfest drei Lehrerinnen und Lehrer sind, finden die sich doch auch gleich zusammen. Und worüber reden sie wohl...*

**Brigitte:** Ich habe fünf Jahre in Südamerika gelebt. Ich könnte euch viele Geschichten erzählen, wie die Auswanderer aus Deutschland zusammenhocken. Zugang zu den einheimischen Familien habe ich erst über die Arbeit bekommen. Und genau die haben die Flüchtlinge bei uns nicht.

*HLZ: Was müsste man nach euren Erfahrungen tun?*

**Reinhild:** Man braucht Projekte, die sowohl Einheimische als auch Geflüchtete interessieren. Nur der Anspruch, „sich interkulturell zu begegnen“, trägt nach zwei Jahren nicht mehr. Die Initiative mit dem urbanen Hochbeet-Garten, der für alle Einwohner in unserer Gemeinde offen steht und wo man sich bei der Gartenarbeit begegnet, finde ich gut.

**Hans-Jürgen:** Ein ganz wichtiger Integrationsfaktor ist der Sport vor Ort. Das läuft gut. Das größte Integrationshemmnis ist die Tatsache, dass die Familien immer auf gepackten Koffern sitzen, weil sie nicht wissen, wie es weitergeht.

*HLZ: Wie wirkt sich diese unsichere Bleibeperspektive auf die geflüchteten Menschen aus?*

**Reinhild:** Das ist sehr unterschiedlich. Es gibt die, die in ständiger Angst leben, mehrmals am Tag im Briefkasten schauen, ob es einen Bescheid gibt. Es gibt andere, die Energie und Kraft daraus ziehen, sich ihre Bleibeperspektive zu erarbeiten, andere warten apathisch, fast depressiv in der Unterkunft ab. Irgendwie wird es schon klappen: *Inshallah!*

**Hans-Jürgen:** Aber gibt es dann einen negativen Bescheid, sollen wir Ehrenamtler springen, am besten alle gleichzeitig. Gut, dass die meisten Helfer Ruheständler sind und Zeit haben. Über die Gefühle der Geflüchteten wissen wir nicht viel. Die Floskel aus dem Sprachkurs „Es geht mir gut“ ist schon fast eine Beschwörungsformel. Aber das ist ein Schutzmechanismus.

**Reinhild:** Viele Frauen reagieren somatisch. Mich erinnert das an muslimische Mädchen in meinen Klassen, die häufig Bauchschmerzen hatten. Unter den Geflüchteten sind viele traumatisierte Menschen. Für die meisten gibt es keine professionelle traumasensible Hilfe.

**Brigitte:** Ein weiteres Problem bei der Integration sind die hohen Erwartungen. Das Ankommen in der Realität ist sehr schmerzhaft, vor allem bei gut ausgebildeten Menschen, deren Ausbildung nicht anerkannt wird oder ohne deutsche Sprachkenntnisse wertlos ist. Aber ich kann das aufgrund meiner Erfahrungen einschätzen und das Ankommen in der Realität unterstützen.

*HLZ: Und was macht diese Angst vor der Zukunft mit euch?*

**Reinhild:** Eine drohende Abschiebung berührt uns Ehrenamtler zutiefst...

**Brigitte:** ...und deshalb scheint es ja so zu sein, dass man den Kommunen nur noch Familien mit einer mehr oder we-



von links nach rechts: Reinhild Kleinlein, Hans-Jürgen Kleinlein und Brigitte Lamberty

niger sicheren Bleibeperspektive zuweist. Alles andere würde dazu führen, dass die ehrenamtliche Arbeit komplett zusammenbricht.

**Hans-Jürgen:** Es ist auffällig, dass sich viele pensionierte Lehrerinnen und Lehrer hier engagieren, vor allem bei der Deutschförderung, in der Nachhilfe oder beim Kontakt mit den Behörden. Da kennen sie sich aus und bringen die nötige professionelle Distanz und Organisationsfähigkeit mit. Und sie denken wie in der Schule, dass es allen irgendwie gut gehen muss...

**Reinhild:** Ganz sicher mindert das Engagement auch ein wenig den persönlichen Bedeutungsverlust nach dem Ausstieg aus Arbeitswelt. Trotzdem nehme ich mir jetzt eine kleine Auszeit. Aber ich mache ganz sicher weiter, denn angesichts der beunruhigenden politischen Entwicklung auf der Welt ist es mir wichtig, etwas gegen fremdenfeindliche Stimmungen zu machen und zivilgesellschaftliches Engagement zu praktizieren. Die ehrenamtliche Arbeit ist eine Grundvoraussetzung für gelingende Integration. Wenn eine Kursteilnehmerin nach einem halben Jahr Alphabetisierung lesen und nun ihre Umwelt viel besser erfassen kann, macht mich das richtig glücklich.

*HLZ: Reicht denn das ehrenamtliche Engagement aus?*

**Hans-Jürgen:** Natürlich nicht. Wohnungssuche, Schule, Ausbildung und Arbeit sind Bereiche, die von den Institutionen abgesichert werden müssen. Aber um die Menschen mit der Differenziertheit unserer Gesellschaft vertraut zu machen, als Mensch, Verbraucher, Mieter oder Arbeitnehmer braucht es die Paten und Patinnen, auch für das Sprachtraining. Wie bei früheren Generationen von Migranten ist die fehlende Sprachkompetenz das zentrale Integrationshemmnis. Manchmal fehlt leider auch das Interesse, Deutsch zu lernen.

**Reinhild:** Außerdem brauchen auch wir Ehrenamtlichen eine bessere professionelle Unterstützung durch gute hauptamtliche Strukturen.

*Das Gespräch führte HLZ-Redakteur Harald Freiling, der jahrzehntelang mit Brigitte und Reinhild an derselben Schule arbeitete.*

# Zeil Frankfurt: Flucht und Asyl

## „Rassismuskritischer Stadtrundgang“ durch die Einkaufsmeile

„Es gibt zu viele Flüchtlinge, sagen die Menschen, es gibt zu wenig Menschen, sagen die Flüchtlinge.“ Diesen Satz von *Ernst Ferstl* haben junge Menschen, die sich im *Bildungskollektiv Bleiberecht* engagieren, als Motto für ihren „rassismuskritischen Stadtrundgang“ durch die Frankfurter Innenstadt ausgewählt. Sie wenden sich mit ihrem pädagogischen und zugleich hoch politischen Angebot zur Auseinandersetzung mit dem Leben geflüchteter Menschen in Deutschland an Schulklassen ab der 8. Klasse, Jugendgruppen und FSJ-Seminare.

*Julia, Thomas* und *Marie* starten mit uns vor den Toren der Katharinenkirche an der Frankfurter Hauptwache. Der samstäbliche Trubel auf der Zeil, der quirligen und mehr oder weniger glänzenden Frankfurter Konsummeile, bildet den kontrastreichen Hintergrund für Informationen über Fluchtursachen, todbringende Fluchtwege und das Ankommen in einem nicht nur in der Flüchtlingsfrage gespaltenen Deutschland. *Julia, Thomas* und *Marie* haben selbst keinen Fluchthintergrund, doch sie haben sich als Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen intensiv mit dem Thema befasst. Sie machen gleich am Anfang deutlich, dass sie eine konsequent antirassistische Perspektive einnehmen und nicht den üblichen Wahrnehmungs- und Sprachmustern folgen wollen. Auch deshalb sprechen sie nicht von „Flüchtlingen“, sondern von „geflüchteten Menschen“, nicht von „Asylannten“, sondern von „Asylbewerberinnen und Asylbewerbern“.

Das Foto eines überfüllten Boots, das durch die Gruppe läuft, stellt sich als ein Foto von Menschen heraus, die vor der Franco-Diktatur nach Südamerika flohen. Flucht vor Verfolgung und Not ist, so zeigen schon die Gespräche an der ersten Station des Stadtrundgangs, ein Menschheitsthema, Eu-

ropa nicht nur Fluchtziel, sondern auch ein Kontinent, aus dem Menschen fliehen. Die Frankfurter Hauptwache steht wie fast alle Stationen des Rundgangs in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit seinem Thema, sieht man von der „Endstation“, dem Frankfurter Abschiebegefängnis Klapperfeld, ab. Doch für Schülerinnen und Schüler aus Frankfurt können die häufig von ihnen frequentierten Orte plötzlich in einem anderen Licht erscheinen und zukünftig mit anderen Fragen verbunden sein. Und wer weiß schon, dass genau an dieser Stelle im Jahr 2012 mehrere Monate lang aus Afghanistan geflüchtete Menschen mit einem Flüchtlingscamp gegen ihre Lebensbedingungen und drohende Abschiebungen protestierten!

An allen Stationen werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur ins Gespräch gezogen, sondern auch durch unterschiedliche Methoden aktiviert. Schnell bilden Kreidestriche auf der Zeil den Grundriss eines Wohncontainers für zwei Personen mit einer Grundfläche von zehn Quadratmetern, in den die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Stadtrundgangs schreiben, was die Menschen nach ihrer Ankunft vordringlich benötigen. Die Karten, auf denen an der ersten Station alle möglichen Fluchtmotive festgehalten wurden, werden vor dem Frankfurter Amtsgericht nach „zulässigen“ bzw. nicht akzeptierten Gründen für einen Asylantrag sortiert. Ein auf dem Bürgersteig drapiertes Seil wird zum Labyrinth durch das Asylverfahren. Und mehrmals helfen Tondokumente oder Briefe von Betroffenen, konsequent die Perspektive geflüchteter Menschen einzunehmen. Wenn *Masud* über den Lautsprecher über seine Flucht über das Mittelmeer erzählt, bleiben auch eilige Passantinnen und Passanten stehen.

*Julia, Marie* und *Thomas* leiten den rassismuskritischen Stadtrundgang.



### Bildungskollektiv Bleiberecht

Der Stadtrundgang „Zwischen Duldung, Anerkennung und Abschiebung“ für Schülerinnen und Schüler (Klassen 8 bis 13) wird vom Frankfurter Bildungskollektiv Bleiberecht angeboten, zu dem sich Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler sowie Studierende dieser Fächer zusammengeschlossen haben. Seit 2014 gehört das Projekt zu *Weiter e. V.*, einem gemeinnützigen Verein für politische Bildungsarbeit in Mainz. Finanzielle Unterstützung liefert auch das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen (epn).

In der Regel dauert ein Rundgang mindestens drei und maximal fünf Stunden. Rundgänge unter drei Stunden sind schwierig zu realisieren, da eine intensive Auseinandersetzung mit dem voraussetzungsreichen und komplexen Thema möglich gemacht werden soll. Der Rundgang ist nur bei verhältnismäßig gutem Wetter und angemessenen Temperaturen durchführbar. Die Aufsichtspflicht bleibt auch während des Programms bei den Lehrkräften.

• *Kontakt und Anfragen:* <http://lebenohnepapiere.antira.info>,  
E-Mail: [LebenOhnePapiere@antira.info](mailto:LebenOhnePapiere@antira.info)





Julia informiert vor dem Frankfurter Amtsgericht über die Fallstricke des Asyl- und Bleiberechts.



Das Polizeigefängnis Klapperfeld am Ende der Zeil diente bis 2002 als Abschiebegefängnis.

An der Konstablerwache geht es hinunter in die B-Ebene. Am Fahrkartenautomat wird die Mobilität geflüchteter Menschen zum Thema, die während des Asylverfahrens geltende Residenzpflicht und das *Racial Profiling* bei Ausweiskontrollen auf der Straße und in den Zügen. Wer weiß schon, dass sich geflüchtete Menschen strafbar machen, wenn sie bei der Fahrt in die Landeshauptstadt Wiesbaden die S-Bahnlinien 8 und 9 verwenden, die über die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt Mainz führen, während die Fahrten mit den Linien 1 und 2 gesetzeskonform sind? Und wie widerständig ist es, bei einer „zufälligen, verdachtsunabhängigen“ Ausweiskontrolle von Menschen, die mit einem Fluchthintergrund verbunden werden, den Polizistinnen und Polizisten freundlich auch den eigenen Ausweis zur Durchsicht anzubieten?

Während des Rundgangs verteilen Julia, Thomas und Marie auch die „Widerstandskarten“ über die Arbeit antirassistischer Gruppen, die sich wie das *Project Shelter* in Frankfurt für obdachlose geflüchtete Menschen oder wie *Copwatch* gegen *Racial Profiling* engagieren, wie *Teachers on the Road* in Hessen Sprachunterricht anbieten oder wie *Sea-Watch* oder *Alarmphone-WatchTheMed* im Mittelmeer Menschenleben retten. „Aber wir machen den Jugendlichen deutlich, dass auch ihr persönliches Engagement im Stadtteil, die Spende des Schülerkiosks und das persönliche Gespräch mit Betroffenen genauso cool und wichtig sind“, sagt Marie zur Frage nach der Reaktion von Schulklassen.

Besonders dicht werden die – je nach dem Kenntnisstand der Jugendlichen – mehr oder weniger detaillierten Informationen, die Julia vor dem Frankfurter Amts- und Landgericht über das Asylverfahren und die Verschärfung der Asylgesetze in den letzten zwei Jahren gibt. Jetzt schwirren die Be-

griffe Subsidiärer Schutz, Dublin 4 oder Schengenraum durch die Luft. Aber die geduldige, einfühlsame und methodisch geschickte Vorgehensweise von Julia, Thomas und Marie hilft, diese Hürden zu überwinden. Und was der Begriff Abschiebehaft bedeutet, wird an der letzten Station des Rundgangs bedrückend deutlich. Jetzt verschmelzen die Intentionen des Bildungskollektivs und der Ort des Geschehens zu einer Einheit. Das ehemalige Polizeigefängnis Klapperfeld wurde 1886 in Betrieb genommen und ist mit Stacheldraht, vergitterten Fenstern und hermetischen Außenmauern bis heute ein bedrückendes Denkmal für Haft und Folter. In der NS-Zeit wurden Gegner des Regimes vom Klapperfeld aus deportiert. Nach öffentlichen Protesten gegen die katastrophalen Haftbedingungen wurde das Polizeigefängnis in den 80er Jahren geschlossen, die Funktion als Abschiebegefängnis blieb bis 2002 erhalten. Wer heute die unveränderten erhaltenen Zellen betritt, die Graffiti an den Wänden in vielen Sprachen entziffert, fühlt sich unweigerlich an Bilder aus Zuchthäusern der NS-Zeit erinnert. „Aber dann sehe ich plötzlich ein vergilbtes Plakat der No Angels und kapriere, dass hier noch im Jahr 2002 Menschen oft mehrere Monate lang auf ihre Abschiebung warten mussten“, sagt eine Teilnehmerin mit sichtlicher Betroffenheit. „Für Schülerinnen und Schüler“, ergänzt Marie, „ist auch das inzwischen schon lange her und trotzdem können sich nur wenige der Wirkung dieses Ortes in unmittelbarer Nähe entziehen.“ Vielleicht, so hoffen nicht nur die Teamerinnen und Teamer des Bildungskollektivs Bleiberecht, wird der nächste Einkaufsbummel auf der Zeil auch mit dem Nachdenken über geflüchtete Menschen und unseren Umgang mit ihren Bedürfnissen verbunden sein.

Harald Freiling



# Refugee Law Clinics

## Lernen für die Praxis: Studierende beraten Flüchtlinge

*Refugee Law Clinics* (RLC) haben ihren Namen von der darin angewandten Lehrmethode der *Clinical Legal Education*. Sie stammt aus dem angloamerikanischen Rechtsraum und kombiniert die Möglichkeit einer praktischen Ausbildung während des Studiums mit der ehrenamtlichen Beratung von Menschen, die sich Rechtsberatung sonst nicht leisten könnten. In den USA und im osteuropäischen Raum gibt es an jeder juristischen Fakultät „Clinics“, die zu unterschiedlichen Rechtsgebieten arbeiten. Der Begriff „Clinic“ umfasst neben dem direkten Kontakt zu Mandantinnen und Mandanten auch eine ehrenamtliche Komponente. Zudem sollen die Studierenden bereits während des Studiums befähigt werden, rechtsberatend tätig zu werden. Wie eine Clinic ausgestaltet wird, bleibt den Studierenden und Auszubildenden überlassen. Unerlässliche Kernelemente, die die Qualität der Beratung sicherstellen, sind eine fundierte Ausbildung mit theoretischen und praktischen Aspekten, eine Supervision und eine ständige Reflexion über die eigene Arbeit.

### Ausbildung, Supervision und Reflexion

Die Refugee Law Clinic (RLC) Gießen wurde im Wintersemester 2007/2008 von *Prof. Dr. Dr. Paul Tiedemann*, einem ehemaligen Richter am Verwaltungsgericht Frankfurt, ins Leben gerufen. Inspiriert von Universitäten im osteuropäischen Raum ist sie eine der ältesten Law Clinics Deutschlands und die erste, die sich mit Flüchtlingsrecht beschäftigte. 2002 wurde sie mit dem 2. Preis für Exzellenz in der Lehre der hessischen Landesregierung und der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung ausgezeichnet, 2014 mit dem Peter-Becker-Preis. Im Juni 2015 besuchte Bundespräsident *Gauck* die RLC.

Die RLC ist am Fachbereich Rechtswissenschaft der Justus-Liebig-Universität dem Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht von *Prof. Dr. Jürgen Bast* angegliedert und als interdisziplinäres Projekt ausgerichtet, so dass sich Studierende unterschiedlicher Fachbereiche für die Ausbildung bewerben können. Außerdem ermöglicht dies eine umfassende Vernetzung der RLC mit anderen Akteurinnen und Akteuren in der Flüchtlingsberatung und Flüchtlingsarbeit.

Die Studierenden besuchen im Wintersemester eine Vorlesung zum deutschen, europäischen und internationalen Flüchtlingsrecht, die von den Lehrbeauftragten *Dr. Ralph Göbel-Zimmermann* (Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Wiesbaden) und Rechtsanwalt *Dr. Stephan Hocks* aus

Frankfurt am Main gehalten wird. In den anschließenden Semesterferien absolvieren sie Praktika bei Anwältinnen und Anwälten, Behörden, Nichtregierungsorganisationen, kirchlichen Verbänden oder Gerichten. Im Sommersemester sollen Simulationen im Rahmen einer Übung die Hemmschwelle zur ersten eigenen Beratungstätigkeit abbauen. Die Inhalte der regelmäßigen Fort- und Weiterbildungsangebote richten sich während des gesamten Ausbildungszyklus nach den aktuellen Bedarfen der Studierenden für ihre Beratungsarbeit.

Monatlich findet eine juristische Supervision unter Leitung von *Prof. Dr. Dr. Paul Tiedemann* statt, in der alle aktuellen Beratungsfälle besprochen werden. Alle zwei Monate findet eine psychologische Supervision unter Leitung des Psychotherapeuten *Dr. Markus Stingl* statt. Ihr (teilweise ehrenamtliches) Engagement macht eine juristisch fundierte Ausbildung und eine Qualitätssicherung der Beratungen überhaupt erst möglich. Die wesentlichen finanziellen Mittel zum Betreiben der RLC (Lehraufträge, wissenschaftliches Personal, Hilfskräfte, Räume) werden von der Universität Gießen und durch Spenden bereitgestellt.

Die RLC bietet wöchentlich Informationsabende zum Asylverfahren in unterschiedlichen Sprachen in der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen an. Schutzsuchende erhalten grundlegende Hinweise zum Asylverfahren, zur Anhörung vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und zu ihren Rechten und Pflichten im Verfahren. Einmal im Monat gibt es Informationsabende ausschließlich für Frauen, bei denen eine Kinderbetreuung sichergestellt ist.

Darüber hinaus bieten Studierende Einzelgespräche zur Vorbereitung auf die Anhörung vor dem BAMF an, einige engagieren sich auch in Petitions- und Härtefallverfahren. Auf Wunsch begleiten sie Schutzsuchende zur Anhörung und zu anderen Behörden. Außerdem erreichen uns viele Beratungsanfragen von Menschen, die ehren- oder hauptamtlich mit Schutzsuchenden arbeiten.

Zusätzlich zu Veranstaltungen, die der Aus- und Fortbildung der Studierenden dienen, organisiert die RLC regelmäßig Vorträge oder Tagungen mit dem Ziel, zu einer qualifizierten fachlichen Diskussion in der Öffentlichkeit beizutragen. Wegen der großen Bedeutung des Themas in der Beratungsarbeit und in der öffentlichen Diskussion finden in diesem Semester zwei Veranstaltungen zum Thema Afghanistan statt. Am 22.6.2017 wird der Journalist *Martin Gerner* um 18 Uhr Szenen aus seinem Dokumentarfilm „Generation Kunduz – Der Krieg der anderen“ zeigen und diese in eigene Erzählungen einbetten. Anschließend wird es die Möglichkeit geben, mit ihm ins Gespräch zu kommen. Auf der Internetseite [www.refugeelawclinic.de](http://www.refugeelawclinic.de) findet man Hinweise zu allen Veranstaltungen und Angeboten der Refugee Law Clinic und zur Möglichkeit, das Projekt durch Spenden zu unterstützen.

**Laura Hilb und Lisa vom Felde**

Die Autorinnen sind als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen für die RLC tätig. Ihr HLZ-Beitrag ist an eine Veröffentlichung von Laura Hilb auf dem Völkerrechtsblog „Law Clinics in der juristischen Ausbildung: Ein lohnendes Projekt“ angelehnt.

### Zuverlässig: DGB-Gesetzgebungskalender 2017

Der DGB-Bundesvorstand hat eine neue Ausgabe des MIA-Gesetzgebungskalenders (Migrations-, Integrations- und Antirassismuspolitik) herausgegeben. Er gibt einen Überblick über die aktuelle Gesetzgebung auch im Bereich des Asyl- und Aufenthaltsrechts und dokumentiert die gewerkschaftlichen Positionen zu allen relevanten Gesetzen. Originaldokumente sind außerdem jeweils über Links zugänglich.

- [www.dgb.de](http://www.dgb.de) > Suche: Gesetzgebungskalender



gemeinnützige  
Bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen



# FORTBILDUNG

## PROGRAMMAUSZUG

Juni – September 2017

### ARBEITSPLATZ SCHULE

Seminar B2144

#### Im Ausland unterrichten?

Günther H. Fecht

Do, 22.06.2017, 15:00 - 18:00 Uhr, Wiesbaden

Entgelt 30 €; Mitglieder GEW Hessen 20 €

Seminar E3001

#### Das professionelle Lehrer-Eltern-Gespräch

Norbert Seeger

Mo, 28.08.2017, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

Seminar B3114

#### Ganztag entwickeln: Räume – Zeiten – Rhythmisierung

Erhard Zammert

Mo, 28.08.2017, 11:00 - 16:00 Uhr, Kaufungen

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

Seminar B3003

#### Trauma und Schule

Inge Eckhardt-Trinogga

Di, 29.08.2017, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar B3141

#### Klassenführung – mehr als Classroom-Management

Thomas Klaffke

Di, 29.08.2017, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar B3115

#### Schulrecht im Alltag von Lehrer/innen – eine Einführung

Erhard Zammert

Mo, 25.09.2017, 14:00 - 17:00 Uhr, Lohfelden

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

### ARBEITSPLATZ KITA

Seminar L3136

#### Sexualfreundliche Erziehung in der Kita

Zwischen Skandalisierung und gesellschaftlicher Tabuisierung

Prof. Dr. Stefan Timmermanns

Mi, 06.09.2017, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

### COMPUTER, INTERNET & NEUE MEDIEN

Workshop C3126

#### Einsatz von Smartphones und Tablets im Unterricht (iOS-Betriebssystem)

Ulrich Stahl

Mi, 30.08.2017, 11:00 - 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop C3149

#### Einsatz interaktiver Whiteboards (Smartboards) im Unterricht

Stefan Winkelmann

Mi, 20.09. u. Mi, 27.09.2017, jew. 14:00 - 17:30 Uhr, Wiesbaden

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

### EXKURSIONEN

Exkursion G3120

#### Sklavenarbeit in Frankfurt am Main – Das Konzentrationslager in den Adlerwerken

Führung mit anschließender Diskussion

Horst Koch-Panzner & Herbert Bauch

Mo, 04.09.2017, 15:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

Exkursion G3110

#### Global City Frankfurt am Main – Stadt(entwicklungs)politische Tagesexkursion

Felix Silomon-Pflug

Sa, 09.09.2017, 10:00 - 15:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

#### Exkursion D3053

##### **Finanzkritischer Stadtrundgang**

Eine Führung durch das Frankfurter Bankenviertel mit anschließender Einführung in die Attac-Unterrichtsmaterialien  
Holger Oppenhäuser  
Fr, 22.09.2017, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

## GESELLSCHAFT, POLITIK & WIRTSCHAFT

#### Seminar G2130

##### **Hitler – mal ohne Geschichtsbuch**

Filme zum Nationalsozialismus – mit Filmvorführung  
Dr. Susanne Martin  
Mo, 19.06.2017, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Seminar D2149

##### **Geschlechtergerechte politische Bildung im Politik- und Geschichtsunterricht**

Susanne Schwartze  
Mo, 26.06.2017, 14:30 - 18:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 49 € Mitglieder; GEW Hessen 29 €;

#### Seminar D3031

##### **Die AfD beim Wort genommen – Programm und Wirklichkeit**

Wie man Rechtspopulisten kontern kann  
Dr. Markus Grimm  
Di, 29.08.2017, 14:00 - 18:00 Uhr, Marburg  
Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

#### Seminar D3020

##### **Die Schüler/innen abholen, wo sie stehen?**

Ideen für eine subjektorientierte politische Bildung in der Oberstufe  
Dr. Christoph Bauer  
Mi, 30.08.2017, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

#### Vortrag mit Diskussion G3032

##### **Beginn und Kontinuitäten des Antisemitismus**

Dr. Heiner Ehrbeck  
Di, 05.09.2017, 19:00 - 21:00 Uhr, Marburg  
Entgelt 10 €; Mitglieder GEW Hessen 5 €

#### Seminar D3049

##### **Genderkompetenz für Schule und Unterricht**

Susanne Schwartze  
Mi, 13.09.2017, 14:30 - 18:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

#### Seminar G3123

##### **Zerbricht Europa?**

Und wenn ja, woran eigentlich?  
Dr. Jens Wissel  
Do, 14.09.2017, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

#### Vortrag mit Diskussion G3095

##### **Islamischer Staat & Co.**

Prof. Dr. Werner Ruf  
Do, 14.09.2017, 19:00 - 21:00 Uhr, Kassel  
entgeltfrei

#### Seminar D3104

##### **„Mädchen sind fleißig und Jungs verhaltensauffällig“**

Woher kommen geschlechtsspezifische Unterschiede und gibt es sie überhaupt?  
Tina Breidenich  
Mo, 18.09.2017, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

#### Seminar D3112

##### **Kinderschutz und Kinderrechte in Schule und Jugendhilfe**

Prof. Dr. Maud Zitelmann  
Mo, 25.09.2017, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

#### Vortrag mit Diskussion G3061

##### **Wandel der Gesetzlichen Rentenversicherung – Raub oder Reform?**

Frank Graf  
Di, 26.09.2017, 19:00 - 21:00 Uhr, Gießen  
entgeltfrei

#### Vortrag mit Diskussion G3071

##### **Kontroversen um die Russische Revolution 1917**

Dr. Gert Meyer  
Di, 26.09.2017, 19:00 - 21:30 Uhr, Darmstadt  
entgeltfrei

#### Vortrag mit Diskussion G3016

##### **Wirtschaftskrisen verstehen**

Zur Kritik gängiger linker Krisentheorien  
Guenther Sandleben  
Mi, 27.09.2017, 19:00 - 21:30 Uhr, Frankfurt  
entgeltfrei

## GESUNDHEIT

#### Workshop H3160

##### **Yoga mit Kindern**

Christiana Krump Holz  
Mo, 28.08.2017, 14:00 - 18:00 Uhr, Neu Isenburg  
Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

#### Workshop Q3118

##### **Stimmtraining – Pflege für die beruflich beanspruchte Stimme**

Marion E. Bücher-Herbst  
Mo, 18.09.2017, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

## KUNST & MUSIK

#### Seminar Q3172

##### **Body Percussion – Feel the body, feel the groove!**

Christian Lunscken  
Mi, 30.08.2017, 13:00 - 17:00 Uhr, Fulda  
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

#### Seminar K3187

##### **Arbeiten im dreidimensionalen Raum mit Ytong-Stein**

Iris Gerlach  
Mi, 30.08.2017, 10:00 - 17:00 Uhr, Kassel  
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Workshop Q3039

### Musikinstrumente in der Grundschule und Kita – auch für „Unmusikalische“

Spielen, begleiten, experimentieren, improvisieren  
Georg Feils & Uli Mangel  
Mi, 13.09.2017, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 74 €; Mitglieder GEW Hessen 48 €

#### Exkursion K3034

### Landart – Kreative Aktivitäten in der Natur

Brigitte Stein  
Fr, 22.09.2017, 10:00 - 14:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

#### Seminar Q3007

### Rhythmus für Kids für Körper und Stimme – Grundschulalter

Christian Lunsken  
Mi, 27.09.2017, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

#### Workshop K3083

### Ton formen – plastisches Gestalten

Elke Jörgeling  
Do, 28.09.2017, 10:00 - 16:00 Uhr, Groß-Bieberau  
Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

## LESEN, SCHREIBEN & SPRECHEN

#### Seminar N2189

### Lesen – Schreiben – Rechtschreiblernen (Kl. 1 - 4)

Eltern mit ins Boot nehmen  
Barbara von Ende  
Do, 22.06.2017, Do, 9:30 - 16:00 Uhr, Gießen  
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Seminar N3037

### DaZ in der Grundschule

Carola Mundo & Karin Streich  
Di, 22.08.2017, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

#### Seminar N3101

### Rechtschreibstrategien (Kl. 1 - 6)

Selbstgesteuert üben – im Schreibprozess automatisieren  
Barbara von Ende  
Mi, 30.08.2017, 10:00 - 16:30 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Seminar N3066

### Alphabetisierung und Grundbildung von Jugendlichen in InteA-Klassen – die Herausforderung

Annemarie Brinskelle  
Do, 07.09.2017, 14:00 - 17:00 Uhr, Wiesbaden  
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

#### Seminar N3040

### DaZ für Haupt- und Realschule

Carola Mundo & Karin Streich  
Di, 12.09.2017, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

#### Seminar F3080

### Englisch-Unterricht in der Grundschule – gar nicht so schwer!

Rebecca Jäger  
Mi, 13.09.2017, 15:00 - 17:30 Uhr, Wiesbaden  
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

## PÄDAGOGIK

#### Seminar S3030

### Eigenverantwortliches Arbeiten durch Methodentraining

Martina Lennartz  
Di, 22.08.2017, 10:00 - 16:00 Uhr, Marburg  
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Seminar S3109

### Ein sicherer Ort – Entwicklung von Schutzkonzepten gegen sexuelle Übergriffe und Gewalt

Nikola Poitzmann  
Di, 29.08.2017, 10:00 - 16:00 Uhr, Darmstadt  
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Seminar S3065

### Inklusion und Integration – Fordern und Fördern

Wirksame Strategien für den Anfangsunterricht  
Gabriela Jung  
Do, 31.08.2017, 14:00 - 18:00 Uhr, Wiesbaden  
Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

#### Seminar S3076

### Fürsorglichkeit und Konfrontation

Über den Umgang mit verhaltensauffälligen Schülern  
Gaby Kalb  
Di, 05.09.2017, 15:00 - 18:00 Uhr, Kassel  
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

#### S3107

### „Resilienz“ in der Pädagogik

Affirmatives Konzept der Konfliktverharmlosung oder emanzipatorischer Ansatz?  
Thomas von Freyberg  
Mi, 06.09.2017, 15:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

#### Seminar U3137

### Inklusion und Mathematik – Rechnen lernen in einer inklusiven 1. Klasse

Dr. Klaus Rödler  
Do, 14.09.2017, 14:00 - 18:00 Uhr, Gießen  
Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

#### Seminar S3048

### Einführung in die „Konstruktive Konfliktbearbeitung“ mit Kindern im Grundschulalter

Renate Scheffler-Konrat  
Mi, 20.09.2017, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Seminar S3128

### Pierre Vogel lehrt das Gebet

Salafismus als Herausforderung für die Pädagogik  
PD Dr. Johannes Twardella  
Mi, 20.09.2017, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

#### Seminar S3081

##### Klassentage gestalten

Sozialkompetenz und Achtsamkeit nachhaltig fördern

Franz Oppolzer

Do, 21.09.2017, 10:00 - 16:00 Uhr, Schotten-Hoherodskopf

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Seminar S3072

##### City Bound – Erlebnispädagogik in der Stadt

Björn Bertz

Do, 28.09.2017, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

## PERSONALRÄTE-SCHULUNGEN

#### T3140

##### Rechtsfragen für Personalräte II

Beamtenrecht

Andreas Skorka

Mo, 28.08.2017, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 149 € (Entgelt zahlt Land Hessen)

#### PR-Schulung T3129

##### Kommunikationsschulung für Personalräte

Verhandlungsgespräche mit der Schulleitung

Maria Späh

Mi, 06.09.2017, 9:00 - 16:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 149 € (Entgelt zahlt Land Hessen)

## MASCHINENSCHNEIDE / WERKEN

#### Lehrgang P3191

##### Maschinenschein Holzverarbeitung – Intensiv

Jürgen Schnellbacher

Di, 22.08., Di, 29.08., Di, 05.09., Di, 12.09.; Di, 19.09. u. Di, 26.09.2017,  
jew. 14:30 - 19:00 Uhr, Fürth / Odenw.

Entgelt 275 €; Mitglieder GEW Hessen 245 €

#### Lehrgang P3133

##### Holz in der Grundschule – Sachkunde mit ökologischen Materialien

Jürgen Jäger

Di, 12.09., Di, 19.09. u. Di, 26.09.2017, jew. 13:00 - 18:00 Uhr, Wiesbaden

Entgelt 225 €; Mitglieder GEW Hessen 195 €

## STUDIENREISEN (mehr unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de))

#### Studienreise W2016

##### Rund Rügen – Segeltörn auf der Ostsee

Lutz Buche

So, 02.07. - Fr, 07.07.2017

Entgelt 550 €

#### Studienreise W2198

##### Mit dem Kanu auf der Moldau unterwegs

Dalibor Hirc

So, 02.07. - Sa, 08.07.2017

Entgelt DZ 535 €; Entgelt EZ 655 €

#### Studienreise W2014

##### Marienbader Elegien

Mit Goethe in die Böhmisches Bäder

Jiri Franc & Arthur Schnabl

Sa, 08.07. - Sa, 15.07.2017

Entgelt DZ 725 €; Entgelt EZ 825 €

#### Studienreise W2199

##### Radtour Böhmerwald: Gefilde und Otavata

Dalibor Hirc

Sa, 08.07. - Sa, 15.07.2017

Entgelt DZ 470 €; Entgelt EZ 555 €

#### Studienreise W3157

##### Studienreise nach Nicaragua

Christiane Mende & Charly Steinmeier

So, 08.10. - Sa, 21.10.2017,

Entgelt EZ 2.700 €; Entgelt DZ 2.500 €

# ANMELDUNG [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Einfach anrufen: **0 69 – 97 12 93-27**

oder faxen: **0 69 – 97 12 93-97**

Online-Buchung: [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

E-Mail: [anmeldung@lea-bildung.de](mailto:anmeldung@lea-bildung.de)

#### Bürozeiten

Unser Büro ist in der Regel montags – freitags  
von 9:00 bis 16:00 besetzt.

#### [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Zu allen dargestellten Veranstaltungen gibt es Informationen  
auf unserer Website. Bei Fragen geben wir gern auch  
telefonisch Auskunft.

An lea-Fortbildungen kann jede/r Interessierte teilnehmen:

Man muss nicht GEW-Mitglied sein und auch nicht berufstätig.

Voraussetzung ist das Bildungsinteresse.

#### Abrufveranstaltungen

Sie planen einen Pädagogischen Tag oder eine interne Fortbildung?  
Gerne sind wir Ihnen dabei behilflich, im lea-Programm ausgewiesene  
Veranstaltungen bei Bedarf an Ihre Schule / Ihre Bildungseinrichtung  
zu bringen. Rufen Sie uns einfach an.

lea gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen

Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt am Main

HR-Eintrag: 75319

StNr: 225/05K19

Aufsichtsratsvorsitz:

Jochen Nagel, Ulrike Noll

Geschäftsführung: Carmen Ludwig

Gestaltung: H. Knöfel, Kaufungen | Träger & Träger, Kassel

Die hier aufgeführten Seminare sind nur eine Auswahl.

Das vollständige lea-Fortbildungsprogramm finden Sie  
unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Das neue lea-Programm erscheint im Oktober 2017

Es wird allen GEW-Mitgliedern zusammen mit  
der Ausgabe der E&W auf dem Postweg zugestellt.

Im Internet ist das Programm bereits ab September  
unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de) einzusehen.



gemeinnützige  
Bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen

## Investitionsstau in Schulen

Zum Auftakt des Gewerkschaftstages Anfang Mai in Freiburg rief die im Amt bestätigte GEW-Bundesvorsitzende *Marlis Tepe* zum „Kampf gegen marode Schulen“ auf:

*„Es ist eine Schande, wie selbst im reichen Baden-Württemberg viele Schulgebäude aussehen. Deutschland braucht einen politischen Richtungswechsel: Die Politik muss endlich mehr Geld für Bildung in die Hand nehmen.“*

Auf der kommunalen Ebene sind Landkreise und kreisfreie Städte als Schulträger für die Errichtung, den Unterhalt und die Verwaltung der Schulen zuständig. Der Investitionsstau im Schulbereich beläuft sich nach dem aktuellen Kommunalpanel der KfW Bankengruppe auf bundesweit 33 Milliarden Euro.

Auch in Hessen sind viele Schulen in einem schlechten baulichen Zustand, und es besteht ein beträchtlicher Investitionsstau. Obwohl das Problem bekannt ist, unterbleibt eine genaue Ermittlung des erforderlichen Investitionsvolumens auf der Landesebene. Dies wäre in erster Linie Aufgabe der Landesregierung, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden. Aber auch der Hessische Rechnungshof müsste sich nach seinem gesetzlichen Auftrag mit dieser Frage befassen – was er aber nicht tut.

Die hessische Landesregierung hat ein neues Investitionsprogramm mit

### Was sind Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP)?

Als Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) wird die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und privatwirtschaftlichen Unternehmen bei Finanzierung, Errichtung, Betrieb und Instandhaltung von öffentlicher Infrastruktur bezeichnet. Im Rahmen von ÖPP erhalten private Firmen einen umfangreichen Auftrag, Schulen oder Straßen zu planen, zu finanzieren, zu bauen und zu betreiben. Das deutschlandweit größte ÖPP-Projekt im Schulbereich scheidet übrigens gerade in Hessen im Landkreis Offenbach: Nach einer Prüfung des Hessischen Rechnungshofs aus dem Jahr 2015 ist mit einer Kostensteigerung von 367 Millionen Euro (47 Prozent) bis zum Jahr 2019 zu rechnen.

dem Schwerpunkt Schule angekündigt und wird sich in Anbetracht der Landtagswahlen im kommenden Jahr dafür vermutlich überschwänglich selbst loben. Nach den in einigen Kreisen und Städten bekannten Zahlen zum vorhandenen Investitionsbedarf zeichnet sich ab, dass sich an dem grundlegenden Problem durch die vom Land bereitgestellten Mittel substanziell nichts ändern wird. So beläuft sich der Investitionsstau in der Landeshauptstadt Wiesbaden auf rund 400 Millionen Euro, während das Land 19 Millionen Euro in Aussicht gestellt hat (HLZ 5/2017). Zu befürchten ist zudem, dass im Rahmen von Schulsanierungen in der nächsten Zeit verstärkt so genannte Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) zum Einsatz kommen, die für die öffentliche Hand erfahrungsgemäß teurer sind als konventionelle Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen.

Vor diesem Hintergrund hat die GEW Hessen beschlossen, das Thema systematisch aufzugreifen und bis zur Landtagswahl 2018 intensiv zu bearbeiten:

- Die GEW will mit konkreten Zahlen und Beispielen auf den hohen Investitionsstau in den hessischen Schulen und auf die damit verbundenen Probleme aufmerksam machen.
- Die GEW will deutlich machen, dass die Investitionsfördermaßnahmen des Landes aufgrund der Dimension des Problems nicht ausreichen.
- Und schließlich will die GEW der Frage nachgehen, ob es Anhaltspunkte für eine Zunahme von ÖPP-Projekten im Schulbereich in Hessen gibt.

Die GEW Hessen hat diesen Arbeitsschwerpunkt am 23. Mai 2017 im Rahmen der Landespressekonferenz eröffnet und Zahlen zur kommunalen Investitionsentwicklung und konkrete Beispiele zur baulichen Situation der hessischen Schulen vorgelegt. In einem zweiten Schritt wird sich eine gewerkschaftsinterne Arbeitsgruppe mit jenen Kommunen näher befassen, für die Zahlen zum Investitionsbedarf der Schulen vorliegen. Dies sind zurzeit die Städte Frankfurt, Wiesbaden und Marburg-Biedenkopf. Für diese drei Schulträger sollen mit Hilfe von Kolleginnen und Kollegen aus den jeweiligen GEW-Kreisverbänden und der Arbeitsgruppe



*Mit einem symbolischen Spatenstich an der Wiesbadener Elly-Heuss-Schule machten am 24. Februar 2016 Schülerinnen, Schüler, Eltern und die GEW auf den maroden Zustand vieler Schulen in Wiesbaden aufmerksam.*

genauere Informationen zusammengetragen werden:

- Wie ist der Investitionsstau ermittelt worden?
- Wie sieht der Investitionsstau konkret aus?
- Wie werden die Investitionsprogramme von Bund und Land mit welcher Wirkung umgesetzt?
- Wird auf Basis von ÖPP gebaut?

Für die Ermittlung und Systematisierung der Daten soll ein einheitliches Frageraster entwickelt werden. Auf Basis der Ergebnisse sollen dann auch in allen anderen hessischen Landkreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten unter Mitarbeit der GEW-Bezirksverbände und der GEW-Kreisverbände entsprechende Zahlen und Fakten zusammengetragen werden, um so ein möglichst umfassendes Bild für Hessen insgesamt zu erhalten. Zu den dokumentierten Ergebnissen soll es in der zweiten Jahreshälfte 2018 wieder eine Pressekonferenz im Landtag geben. Parallel können die Bezirks- und Kreisverbände in der Lokalpresse ihre regionalen Ergebnisse vorstellen.

Kai Eicker-Wolf, GEW Hessen

# Der PCB-Jäger

## Giftstoffe in Bildungseinrichtungen schädigen die Gesundheit

Polychlorierte Biphenole (PCBs) zählen zu den bekannteren krebserregenden Umweltgiften. Seit 1929 wurden sie großtechnisch produziert, hauptsächlich vom US-Konzern Monsanto, an zweiter Stelle von der deutschen Bayer AG. Sie wurden vor allem verwendet als Weichmacher in Fugendichtungsmassen sowie in Farben, Lacken, Klebstoffen und als Flammschutzmittel in Deckenplatten oder Fußböden. PCB, das sind 209 verschiedene Einzelverbindungen von unterschiedlicher Giftigkeit. Seit 1978 gibt es erste Produktionsverbote von PCB-haltigen Substanzen, seit 1989 wurde die Anwendung in Deutschland gestoppt. Seit 2001 verpflichtet eine Stockholmer Konvention die ratifizierenden Staaten dazu, weltweit auf die Verwendung und Produktion von PCB zu verzichten.

Doch in rund einem Drittel der 45.000 Schulgebäude in Deutschland findet sich PCB. Insgesamt wurden hierzulande 24.000 Tonnen PCB verbaut: ein billiger Baustoff mit Spätfolgen!

PCB steht nicht alleine da. Da gibt es noch PVC, Asbest, Holzschutzmittel, polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), die in Massivparkett, in Klebern auf Zement- oder Asphalt-estrichen enthalten sind, oder flüchtige organische Verbindungen (VOC), die in Kunststoffen, Baustoffen, Möbeln, Teppichen und Reinigungsmitteln zu finden sind. Die Liste ließe sich problemlos verlängern. Wer sich einen genaueren Überblick verschaffen möchte, sei auf die Studie „Schadstoffe an Schulen und öffentlichen Gebäuden“ (2015) des Biologen und Fachtokologen *Dr. Hans-Ulrich Hill* verwiesen. Auf knapp 400 Seiten befasst sich Hill unter Verweis auf viele hessische Beispiele mit den toxikologischen Ursachen chronischer Krankheiten „und wie Behörden und Gutachter damit umgehen“.

Was hier in nüchterner Sprache notiert ist, gewinnt eine völlig andere Bedeutung, wenn man die zunächst nur vage Vermutung hat, am Arbeitsplatz bzw. Lernort Kita oder Schule persönlich von Schadstoffemissionen betroffen zu sein. Was machen Lehrkräfte

und Erzieherinnen und Erzieher, wenn Kreislaufbeschwerden, Mattigkeit und Störungen des Immunsystems zunehmen, wenn die Krebsrate unter Kolleginnen und Kollegen steigt? Wie können Eltern reagieren, wenn ihre Kinder mit Kopfschmerzen, Schwindelgefühlen, ständiger Übelkeit oder Nasenbluten aus der Schule kommen?

Wer den Verdacht äußert, es könne ein Zusammenhang mit Schadstoffbelastungen an einer Bildungseinrichtung bestehen, wird schnell als Hypochonder in die paranoide Ecke gestellt. Verunsicherung, Ohnmacht und Hilflosigkeit wachsen, aber das Unbehagen bleibt.

### Polychlorierte Biphenole

Ob Lehrkräfte, Personalräte oder Elterninitiativen: Wer sich an hessischen Bildungseinrichtungen von körperlichen Beeinträchtigungen im Zusammenhang mit Schadstoffen betroffen fühlt und nach Unterstützung sucht, stößt früher oder später auf den Namen Jäger. *Jürgen Jäger*, ausgebildeter Beruf Dreher, Bürokaufmann, Programmierer, Industriemeister und Lehrer für Polytechnik und Arbeitslehre in verschiedenen Bildungseinrichtungen, ist seit 30 Jahren Umweltbeauftragter der hessischen GEW. Und das aus Überzeugung!

Zuallererst zeichnet ihn sein in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen erworbenes Wissen um die Gefahren aus, die von Schadstoffen ausgehen. Er ist ein wandelndes Lexikon, was kritische Arbeits- und Umweltmedizin angeht. Er pflegt Kontakte zu Fachkreisen, ist vernetzt unter Gewerkschaftskollegen und Personalräten und steht Betroffenen vor Ort bei. Gerichtliche Auseinandersetzungen – sollten sie notwendig sein – scheut er nicht.

Jäger ist bekannt wie ein bunter Hund. Er hat erfolgreich dafür gestritten, dass die Wiesbadener Schule, an



der er langjährig tätig war, saniert wurde. Als Vorsitzender des Stadtelternebeirats der Städtischen Kitas in Wiesbaden hat er dafür gesorgt, dass 23 Kitas schadstoffsaniert wurden. Jäger kennt die Finessen des Verwaltungsapparats, wenn es – was nicht selten vorkommt – um die Verhinderung oder die Beschönigung von Messungen und Gutachten geht. Und er weiß, welche Schritte beim Thema Schadstoffbelastungen zu gehen sind. „Hilferufe“ von Betroffenen münden heute vielfach in Fortbildungen mit Jürgen Jäger, organisiert von *lea bildungsgesellschaft*, dem Bildungswerk der hessischen GEW.

### Geld versus Gesundheit

Sein fachlicher Rat ist gefragt: Jäger in Gießen (mit *Professor Frenzel-Beyme*), Jäger in Offenbach, Jäger in Bensheim (mit *Dr. Hans-Ulrich Hill*). All das läuft jenseits der medialen Schlagzeilen, die sich dann wie folgt lesen:

„Die Stadt hat 48 Gießener Schulen und Kindertagesstätten daraufhin untersucht, ob sie mit dem hochgiftigen PCB belastet sind. Das Ergebnis: Zehn Einrichtungen müssen saniert werden. Die Kosten belaufen sich auf 1,1 Millionen Euro.“ (*Gießener Allgemeine*, 7.1.2017)

Für die öffentliche Hand und die Schulträger geht es – nicht nur in Hessen – um viel Geld. Entsprechend verhärtet sind die Kämpfe und Auseinandersetzungen. Allzu oft wird seitens zuständiger Behörden gemauert statt saniert. „PCB in Schulen – der vergessene Skan-



dal“ titelte „DIE WELT“ im August 2012 bezüglich Nordrhein-Westfalen und schrieb weiter: „Kommunen zögern die teure Sanierung häufig hinaus.“ Groß ist die Aufmerksamkeit meist erst dann, wenn es um hohe Summen geht, so als die Universität Bochum für einen dreistelligen Millionenbetrag PCB-saniert werden musste.

Geht es den einen um Kosten und Profit, geht es den anderen um ihre Gesundheit. Das machen auch die Konsequenzen deutlich, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus einer lea-Fortbildung mit Jürgen Jäger zu „Schadstoffbelastungen an Bildungseinrichtungen“ ziehen:

*„Das darf man ja nicht laut sagen: Mich während der Schwangerschaft krankschreiben lassen.“ (Lehrerin)*

*„Ich werde bei einer Sanierung noch genauer auf die verwendeten Materialien achten, Freimessungen genau anschauen und mir ggf. Expertenmeinungen einholen.“ (Schulleiterin)*

*„Es müsste ein Kataster geben, in dem die Belastungen und Maßnahmen aller Schulen festgehalten werden.“ (Lehrerin)*

Einhellig geht es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern um eine „stärkere Information der Kollegien“, eine „Komplettuntersuchung der Schulen“ und darum, dass alle „Daten offen auf den Tisch“ kommen. Arbeits- und Gesundheitsschutz sollten wieder eine höhere Priorität haben – so das Fazit.

Sanierungsbedarf aufgrund von Gift- und Schadstoffen in Bildungseinrichtungen gibt es laut Jäger in Dillenburg, Bensheim, Marburg, Darmstadt, Wiesbaden, Frankfurt, Offenbach, Münster, Kassel und Linsengericht. Die Liste sei keineswegs vollständig, sagt der GEW-Schadstoffbeauftragte, der die betroffenen Bildungseinrichtungen in den genannten Städten meist alle beim Namen nennen kann.

Langfristig komme man allerdings mit der ausschließlichen Orientierung an „Grenzwerten“ nicht weiter, moniert Jäger. In den gültigen PCB-Richtlinien gelten Raumluftkonzentrationen unter 300 ng pro Kubikmeter noch als „tolerabel“. Bei 300 bis 3.000 ng solle „vermehrt gelüftet und nass gewischt werden“ und erst bei Werten über 3.000 ng müsse akut interveniert werden. Diese Grenzwerte seien immer nur eine Momentaufnahme und lägen zudem allesamt um den Faktor 50 über dem Wert, den die Weltgesundheitsorganisation WHO seit 2003 für tolerabel hält! Mittlerweile empfiehlt auch das Umwelt-

bundesamt, von den niedrigeren WHO-Werten auszugehen.

Zudem wurden die Grenzwerte für einen 35-jährigen, 170 cm großen und 70 kg schweren kerngesunden jungen Mann konzipiert. Frauen, Kinder und kranke Menschen seien dabei gar nicht erst berücksichtigt worden. Und zur Frage, ob ein gesunder junger Mann, der über längere Zeiträume in belasteten Räumlichkeiten arbeitet, auch die Chance hat, das Pensions- oder Rentenalter zu erreichen, gibt es nach Jürgen Jäger „bislang keine wissenschaftlichen Untersuchungen“.

Würden die Verantwortlichen tatsächlich Verantwortung übernehmen, müssten Messungen transparent und Gutachten in Kooperation mit den Betroffenen in Auftrag gegeben werden. Den eigentlichen Skandal sieht Jäger nicht in den vorhandenen Schadstoffen, sondern im Umgang der zuständigen Verwaltungen mit dem Problem und in der Beauftragung von Gefälligkeitsgutachten. Erst wenn schadstoffbedingte Erkrankungen von Berufsgenossenschaften und vom Dienstherrn ohne jahrelangen Spießrutenlauf als Dienstunfähigkeit anerkannt werden, erst wenn alle betroffenen Schulgebäude saniert und im Zweifel – zeitweilig oder ganz – geschlossen würden, erst dann könne man davon reden, dass die Träger ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten und gegenüber Kindern und Jugendlichen gerecht werden.

In diesem Kontext kritisiert die GEW auch das völlig unzureichende Schulsanierungsprogramm „KIP macht Schule“ (HLZ 5/2017), das vom zuständigen Finanzminister in Wiesbaden mit großem Tamtam vorgestellt wurde. Es werde in seiner finanziellen Ausstattung der Existenz von Schadstoffen in Schulgebäuden bei weitem nicht gerecht. Das

Augenmerk werde auf die längst überfällige Sanierung von Schultoiletten und notwendige Verbesserungen bei Mensen, Medienräumen und Wärmedämmung gerichtet, während die Existenz von Gift- und Schadstoffen in der öffentlichen Debatte unter den Tisch gekehrt werde.

### Kärnerarbeit in der GEW

Es gibt viele Gewerkschaftsmitglieder, die in der GEW Kärnerarbeit leisten und meist nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen. Jürgen Jäger ist einer von ihnen. Er ist es gewohnt, dicke Bretter zu bohren und im Zweifel mit harten Bandagen zu kämpfen. Dazu braucht es Fachkenntnis, Überzeugung und politisches Stehvermögen.

Im vergangenen Jahr erhielt Jürgen Jäger „in Anerkennung der verdienstvollen kommunalpolitischen Tätigkeit zum Wohle der Landeshauptstadt Wiesbaden“ die Bürgermedaille in Silber. Lieber als manche Medaille wäre ihm allerdings, dass Arbeits- und Gesundheitsschutz auch in der Gewerkschaft nicht länger eine Sache von Einzelkämpfern bliebe.

Damit nicht weiterhin Schadstoffe eingetragen und ökologische Bildungseinrichtungen endlich Standard werden, bedürfe es – abgesehen von öffentlichem Druck – einer hessen- und bundesweiten gewerkschaftlichen Vernetzung in enger Verbindung mit Umwelt- und Arbeitsmedizinern. Wer daran mitarbeiten möchte, kann sich bei Interesse gern an Jürgen Jäger wenden, der unter seiner einschlägig-programmatischen Email-Adresse zu erreichen ist (pcb-jaeger@gmx.de).

Gerhard Walentowitz  
lea bildungsgesellschaft

### Medical Airport Service: Arbeitsschutz und Gesundheit in Schulen

Seit 2001 betreut die *medical airport service GmbH* (MAS) die Beschäftigten des Landes Hessen über einen Rahmenvertrag mit dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport in allen Bereichen der Arbeitssicherheit. 2006 kam die Zuständigkeit für die Arbeitsmedizin hinzu. Der MAS führt in allen Schulamtsbezirken regelmäßige Sprechstunden sowohl für Probleme der Arbeitssicherheit als auch des Gesundheitsschutzes und der Prä-

vention durch. Auf der Homepage des MAS findet man zahlreiche Abrufangebote, die von Schulen gebucht werden können. Das Informationsblatt zur „Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung für Schulen in Hessen“ liegt jetzt in einer überarbeiteten Fassung vor. Ein weiterer Katalog stellt „Präventionsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer des Landes Hessens“ vor.

- [www.medical-airport-service.de/info-portal-land-hessen/](http://www.medical-airport-service.de/info-portal-land-hessen/)



# Wenn der Berg kreit ...

## Nur wenige Änderungen am schwarz-grünen Gesetzentwurf

Am 2. Mai hat der hessische Landtag die Novellierung des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) beschlossen, das somit zum Schuljahr 2017/2018 in Kraft treten wird. ber den im Oktober 2016 von CDU und Grünen vorgelegten Entwurf hat die HLZ wiederholt und kontrovers berichtet. Die zahlreichen kritischen Stellungnahmen ließen die Koalition weitgehend unbeeindruckt, so dass der Entwurf nur mit wenigen Änderungen in die zweite und abschließende Lesung ging. Schlagzeilen machte nur noch die Absicht von CDU und Grünen, das von ihnen selbst eingebrachte Verbot von Werbung und Sponsoring wieder aufzuweichen (HLZ 4/2017).

Ziel der Novellierung des Schulgesetzes ist es nach den Worten von Kultusminister *Alexander Lorz* (CDU), den Schülern und Eltern keine „ideologischen Konzepte berzusthlen“, sondern „das Schulsystem vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen und anhand von Nachfrage und Bedarfen behutsam fortzuentwickeln“. Behutsamkeit kann man dem Gesetz und der schwarz-grünen Bildungspolitik im Allgemeinen durchaus attestieren, dass sie damit der gesellschaftlichen Entwicklung und den aktuellen Bedarfen wirklich gerecht werden, muss allerdings bezweifelt werden. Die GEW hatte bereits im Rahmen der Anhörung im Kulturpolitischen Ausschuss des Landtages im Februar deutlich gemacht, dass sie den vorgelegten Entwurf für unzureichend hält. Gemeinsam mit Landesschlervertretung, Landeselternbeirat und der Landesgruppe Hessen im Grundschulverband hat sie daher von der Koalition mehr „bildungspolitische Ambitionen“ gefordert (HLZ 3/2017).

### Werbeverbot „light“

Das Werbeverbot gehörte zu den wenigen Punkten des Gesetzentwurfs, die die GEW Hessen ausdrücklich begrüßt hatte. Die Vertreterinnen und Vertreter der Unternehmerverbände liefen gegen das Werbeverbot nicht nur in der Anhörung im Landtag Sturm (HLZ 4/2017, S. 23). Der neue in § 3 eingefügte Absatz 15 hat nach der schwarz-grünen Kehrtwende folgende Fassung:

*„Werbung für Produkte und Dienstleistungen ist an Schulen unzulässig. Schulen dürfen zur Erfüllung ihrer Aufgaben Zuwendungen von Dritten entgegennehmen und auf deren Leistungen in geeigneter Weise hinweisen (Sponsoring), wenn die damit verbundene Werbewirkung begrenzt und überschaubar ist, deutlich hinter den schulischen Nutzen zurücktritt und das Sponsoring mit dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule vereinbar ist. Die Entscheidung trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter. Das Kultusministerium kann durch Richtlinien nähere Regelungen treffen.“*

Der ursprüngliche Gesetzentwurf sah dagegen vor, dass nur das Kultusministerium Ausnahmen für das Sponsoring genehmigen kann, „wenn eine Beeinflussung sowie der Anschein einer Einflussnahme auf Schule und Unterricht ausgeschlossen ist und das Sponsoring nicht im Widerspruch zu den Bildungs- und Erziehungszielen nach diesem Gesetz steht“. Die Übertragung der Zuständigkeit auf die Schulen heißt, den Bock zum Grtner machen, denn jetzt sollen ausgerechnet die Schulleitungen den Kopf für Ausnahmen vom Sponsoringverbot hinhalten, die die aus der unzureichenden Bildungsfinanzierung resultierende Not der Schulen ganz unmittelbar erfahren und das Geld der Sponsoren oft dringend benötigen.

Die Koalition und die FDP ließen sich auch durch die von *LobbyControl* gesammelten 20.000 Unterschriften „für ein starkes Werbeverbot an Schulen“ nicht beeindrucken, die noch am Tag der zweiten Lesung den Fraktionen überreicht wurden. *Armin Schwarz*, der bildungspolitische Sprecher der CDU, hatte schließlich bereits im Rahmen der Landtagsanhrung den Vertreterinnen und Vertretern der Unternehmerverbände signalisiert, dass die Koalition an dieser Stelle zu Änderungen bereit ist, und sie dezidiert nach alternativen Formulierungsvorschlägen gefragt. Angesichts der nun verabschiedeten weichen Formulierung wird es darauf ankommen, wachsam zu bleiben und als „Sponsoring“ getarnten tendenziösen Beeinflussungsversuchen von Lobbyorganisationen entgegenzutreten.

### Inklusive Schulbndnisse

Auch beim Thema Inklusion haben die Koalitionsparteien noch einige Änderungen an ihrem Gesetzentwurf vorgenommen. So wird in § 2 Absatz 7 nicht nur die Förderung von Hochbegabten neu aufgenommen, sondern darüber hinaus auch der aus der Verordnung zur Gestaltung des Schulverhltnisses bekannte Anspruch auf individuelle Förderung bei Teilleistungsstörungen im Schulgesetz verankert:

*„Schülerinnen und Schüler mit Teilleistungsstörungen haben Anspruch auf individuelle Förderung. Hochbegabte Schülerinnen und Schüler sollen durch Beratung und ergänzende Bildungsangebote in ihrer Entwicklung gefördert werden.“*

Bei den inklusiven Schulbndnissen (ISB) bleibt auch die verabschiedete Fassung ungenau und widersprüchlich (1). In § 52 wurde durch die letzten Änderungen von CDU und Grünen an ihrem Gesetzentwurf auch Ersatzschulen in privater Trägerschaft die Möglichkeit eingeräumt, sich an den inklusiven Schulbndnissen zu beteiligen, eine Verpflichtung haben sie nicht. Sowohl die Berücksichtigung von Teilleistungsstörungen als auch die Möglichkeit zur Beteiligung von Privatschulen an den ISB gehen auf die Anregungen mehrerer Verbände im Rahmen der Landtagsanhrung zurück. Man kann mutmaßen, dass in der Koalition die von der CDU versprochene Aufweichung des Werbeverbots partiellen Wünschen der Grünen im Bereich der Inklusion gegenüber gestellt wurde.

Mit den ISB werden zugleich die Grundschulbezirke im Bereich der „Standorte für den inklusiven Unterricht“ durch Änderungen in § 60 Abs. 4 und § 143 Abs. 1 außer Kraft gesetzt. Zwar findet sich der Begriff „Schwerpunktschule“ nicht im Gesetz, doch erklärte *Mathias Wagner* als bildungspolitischer Sprecher der Grünen im Rahmen der Anhörung ausdrücklich, dass die Entwicklung von Schwerpunktschulen nach dem Beispiel von Rheinland-Pfalz gewünscht und beabsichtigt ist. Die Aushebelung der Grundschulbezirke bedeutet, dass Kinder mit son-

derpädagogischem Förderbedarf mitunter einen weiteren Schulweg in Kauf nehmen müssen und aus ihrem sozialen Zusammenhang gerissen werden. Es besteht zudem die Gefahr, dass andere Schulen die Umsetzung der Inklusion gänzlich den Schwerpunktschulen überlassen. Förderschullehrkräfte bleiben weiterhin den Beratungs- und Förderzentren (BFZ) zugeordnet, nicht der jeweiligen allgemeinen Schule. Der Ressourcenvorbehalt bleibt – verklausuliert formuliert – ebenfalls grundsätzlich bestehen, der Wunsch nach inklusiver Beschulung kann also weiterhin von der Schulverwaltung abgewiesen werden. Viele wichtige Detailfragen werden allerdings per Verordnung geregelt, daher bleibt auch die zu erwartende Neufassung der Verordnung über Unterricht, Erziehung und sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen (VOSB) abzuwarten.

### Leerstellen und Lichtblicke

Die Kritik der GEW Hessen wird nicht nur von Landeschülerversammlung und Landeselternbeirat geteilt, auch aus wissenschaftlicher Perspektive gibt es skeptische Einschätzungen. So erkennt Professor *Horst Weishaupt*, Bildungsforscher am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung, in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau am 4. Mai wenige Änderungen hin zu mehr Gerechtigkeit im Schulsystem:

*„Um die Lösung der großen Herausforderungen, vor denen das hessische Schulwesen steht, mogelt sich nach meinem Eindruck die geplante Änderung des Schulgesetzes herum. Durch die einleitende Aussage zu den finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfes, nämlich ‚keine‘, ist klar, dass weder beim Ausbau von echten Ganztagschulen noch bei der Inklusion substantielle Verbesserungen geplant sind. So werden Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf mit dem Wechsel in die Berufsschule zu benachteiligten Schülern, denen die sonderpädagogischen Ressourcen der allgemeinbildenden Schule nicht mehr zur Verfügung stehen. Eine qualifizierte sonderpädagogische Förderung an beruflichen Schulen ist in Hessen nicht gewährleistet. Auch die Frage eines rechtlichen Anspruchs auf Fremdsprachenunterricht in der Muttersprache fände ich überlegenswert, wenn die Zahl entsprechender Schüler ausreichend ist.“*



Abschließend sei noch auf einige weitere positive Aspekte verwiesen. Sie stellen die grundsätzliche Kritik der GEW an einem „unambitionierten Entwurf“ nicht in Frage, der zudem dem Abschlussbericht der Enquetekommission des Landtags „Kein Kind zurücklassen“ vorgeht, sollen aber auch nicht verschwiegen werden:

- In § 3 Absatz 7 wird unmissverständlich klargestellt, dass sexuelle Kontakte zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern mit dem bestehenden Obhutverhältnis grundsätzlich unvereinbar sind. Dies gilt auch für das übrige an der Schule tätige Personal. Nach einem relativierenden Gerichtsurteil des Oberlandesgerichts Koblenz und den Missbrauchsfällen an hessischen Schulen ist das eine wichtige und richtige Klarstellung.
- Die besonderen Bildungs- und Erziehungsaufgaben der Schulen, die in § 6 Absatz 4 beschrieben werden, werden um die Ziele „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und „Menschenrechtsbildung“ ergänzt. Allerdings mangelt es gerade auch der politischen Bildung in Hessen weniger an der schulrechtlichen Formulierung wichtiger Ziele der Demokratieerziehung, sondern vielmehr an guten Bedingungen zu deren Umsetzung (HLZ 3/2017).

- § 7 zur Sexualerziehung wird modernisiert, indem auch die grundlegende Bedeutung von eingetragenen Lebenspartnerschaften, neben der von Ehe und Familie, vermittelt werden soll. Das Wort „Toleranz“ entfällt. Auf diesen Begriff hatten sich Gegnerinnen und Gegner einer zeitgemäßen Pädagogik der Vielfalt berufen, um gegen den neuen Lehrplan Sexualerziehung und die dort vorgesehene Vermittlung von Akzeptanz Stimmung zu machen.

- Die verlängerte Vollzeitschulpflicht kann in Zukunft nach einer Erweiterung von § 60 ausdrücklich auch an dem außerschulischen Bildungsangebot einer Produktionsschule erfüllt werden. Zwischen beruflichen Schulen und Produktionsschulen können Kooperationen vereinbart werden. Damit wird das wichtige ergänzende Bildungsangebot von Produktionsschulen auch schulrechtlich abgesichert.

**Roman George**

Roman George ist bildungspolitischer Referent der GEW Hessen.

(1) Kontroverse Einschätzungen der inklusiven Schulbündnissen findet man in den Beiträgen von Hans Braun, Johannes Batton und Harald Freiling in der HLZ 5/2017.

# Sexuelle Gewalt an Kindern

## Mythen erschweren die notwendige Prävention

„Was glauben Sie? Sind Männer, die Kindern sexuelle Gewalt antun, Monster?“ Diese Frage stellt *Ruud Bullens*, Sexualwissenschaftler aus den Niederlanden, seinen Besuchern gerne am Anfang eines Gesprächs. Wer kennt ihn nicht, den Film „Es geschah am helllichten Tag“ nach einem Roman von *Friedrich Dürrenmatt*, in dem ein verstörter korpulenter Mann Kinder mit Schokoladengeln in den Wald lockt und sie dann tötet? Ob er sich an ihnen vorher „vergangen“ hat, zeigt der Film nicht. Doch die meisten Zuschauer haben das vermutlich gedacht. In der Tat gibt es Männer wie *Jürgen Bartsch*, die sadistisch veranlagt sind, die sich an Kindern vergehen und sie dann töten. Doch solche Bilder vernebeln den Blick auf die große Mehrheit der Täter, die Kindern sexuelle Gewalt antun. Und es sind solche Mythen, die es gerade im professionellen pädagogischen Berufskontext schwer machen, sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen zu erkennen und gezielt gegen sie vorzugehen. Viele Lehrkräfte wissen viel zu wenig über dieses Thema oder meiden es bewusst, da die Thematik emotional aufwühlend und oft kaum zu ertragen erscheint.

An der Universität Gießen haben wir mehrere Jahre lang Seminare für angehende Lehrerinnen und Lehrer zum Thema „Sexuelle Gewalt“ abgehalten. Sie waren sehr interessiert, gaben aber an, dass sie davon in ihrem Studium kaum etwas oder gar nichts gehört haben. Zwar hat sich die Bundesregierung schon 2010 dafür eingesetzt, das Thema „Sexuelle Gewalt“ an den Hochschu-

len zu verankern und verpflichtend in der Lehre zu implementieren, doch nur sehr wenige greifen das Thema angemessen auf.

Als Einstieg unterzogen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Seminare einem Selbsttest, den Studierende der Universität Gießen entworfen hatten (siehe Kasten). Unsicherheiten bei den Antworten sind nicht ungewöhnlich. Aber Lehrkräfte, die Kindern helfen wollen, sollten die Anzeichen für sexuellen Missbrauch erkennen können und wissen, wie die Täter vorgehen und was in ihnen vorgeht. Besonders heikel ist es, wenn der Täter aus dem Elternhaus des Kindes kommt. Tatsächlich kommen die meisten Täter aus dem näheren Umfeld des Kindes. „Wir sprechen vom Vater, vom Großvater, vom Onkel, vom Pfarrer und vom Lehrer“, berichtet *Ruud Bullens*, der viele Täter therapiert hat. Er kennt die Muster, wie Menschen Vertrauen aufbauen, um sexuellen Missbrauch vorzubereiten. Das gelingt am ehesten, wenn der Täter das jeweilige Kind gut kennt, vielleicht sogar jeden Tag mit ihm Kontakt hat. Das trifft auf den Vater zu, auf den neuen Geliebten der Mutter, den Sporttrainer, aber eben auch auf uns Lehrer. Menschen in Erziehungsberufen wissen nur zu gut, was Kinder mögen und wie sie sich am besten manipulieren lassen.

Im folgenden ein typischer Fall: *Bernd K.* hat jahrelang Kinder aus seiner Nachbarschaft sexuell missbraucht. Es gelang ihm, nach und nach das Vertrauen einiger Kinder und auch der je-

weiligen Eltern zu gewinnen. Nicht immer sei es dabei zum Missbrauch gekommen. Bei Kindern, die seiner „sexuellen Präferenz“ entsprochen hätten, sei bei ihm „ein Programm abgelautet“. Die Eltern sahen in ihm den netten Nachbarn von nebenan, der sich „rührend“ um ihre Kinder kümmerte, etwa wenn sie abends mal ausgehen wollten. *Bernd K.*, seit einigen Jahren Patient in einer forensischen Klinik, stellt klar, dass er „nie geheilt werden“ könne. Aber er will lernen, wie es ihm gelingen könnte, „sich nicht mehr an Kindern zu vergehen“ und seine sexuellen Impulse dauerhaft unter Kontrolle zu halten. Die Kinder seien immer wieder zu ihm gekommen, vielleicht habe es ihnen sogar gefallen. Der Sexualwissenschaftler *Wolfgang Berner* identifiziert solche Sichtweisen als verzerrte Wahrnehmungsmuster und eine typische Selbstlüge. Männer, die Kinder missbrauchen, reden ihren Missbrauch schön und verharmlosen ihn, um ihr Verhalten vor sich selber rechtfertigen zu können.

Sexuelle Gewalt an Kindern ist vielfältig und wird von den Tätern oftmals als „kleines Vergehen“ heruntergespielt. Ein Sportlehrer, der Schülerinnen beim Duschen zusieht, wird sagen, da sei doch nichts dabei. Er muss zudem kaum befürchten, dass die betroffenen Schülerinnen den Vorfall melden. Eine Studentin berichtete in einem unserer Seminare, dass der Sportlehrer ihnen beim Duschen regelmäßig zusah und den Mädchen am Barren auf seine Art „half“:

„Ich habe damals nichts gesagt, denn ich hatte Angst, dass er mir beim Abitur schlechte Zensuren gibt.“

Entschließen sie sich doch, etwas zu sagen, wird ihnen meistens nicht geglaubt. Diese Erfahrung machte auch *Andreas Huckele* als Schüler der Odenwaldschule. Als er und seine Mitschüler den Eltern erzählten, wie sich Lehrer an ihnen vergangen haben, hörten die Eltern weg oder bezichtigten sie sogar der Lüge. Sie warfen ihren Kindern vor, sie wollten absichtlich einen Lehrer schlecht machen, um ihn „fertig zu machen“. Auch bei der Schulleitung holten

### Testen Sie Ihr Wissen zum Thema „Sexueller Missbrauch“

		stimmt	stimmt nicht
1	Durchschnittlich in jeder zweiten Schulklasse ist ein Kind Opfer sexueller Gewalt.		
2	In den meisten Fällen sind die Täter ältere Männer.		
3	Die Täter suchen sich immer wieder ein neues Opfer.		
4	Alle Männer, die Kinder und Jugendliche sexuell missbrauchen, sind pädophil.		
5	Die Kinder kennen in der Regel den Täter nicht.		
6	Die Täter sind aggressiv und gewalttätig.		
7	Pädophilie lässt sich durch medizinische Eingriffe heilen.		

sie sich eine Abfuhr. Sie würden „die Schule kaputt machen“, wenn sei weiter behaupteten, Schüler würden dort seit Jahren von Lehrern sexuell missbraucht. Doch heute sagt Huckele: „Wer schweigt und nichts unternimmt, unterstützt die Täter.“

### Kein Täter werden

Doch wie könnte es gelingen, sexuelle Gewalt zu erkennen und ihr vorzubeugen? Wie sollten sich Lehrkräfte verhalten, die einen Kollegen im Verdacht haben, eine pädophile Neigung zu haben, oder auffällige Verhaltensweisen oder Äußerungen wahrnehmen? Die Berliner Charité bietet seit Jahren Männern Hilfe an, die sich sexuell zu Kindern hingezogen fühlen. Sie können sich zunächst anonym melden und im Hinblick auf Therapieangebote beraten lassen. Das Präventionsprogramm „Kein Täter werden“ wurde seit 2005 von tausenden Betroffenen angesteuert, hunderte unterzogen sich einer Therapie. Aber wie würden Schulleitungen reagieren, wenn Lehrkräfte den Vorschlag machen, das Projekt an der Schule mit Plakaten (siehe Seite 29) und Flyern bekanntzumachen? „Das kommt doch an unserer Schule nicht vor“ oder „Was sollen die Eltern denken?“ dürften erwartbare Antworten sein. Damit wäre das Thema abgeschlossen und ein möglicher sexueller Missbrauch durch einen Täter, der eine gestörte sexuelle Präferenz aufweist, könnte ungehindert weitergehen.

Doch mittlerweile scheint es einen langsamen Umdenkprozess zu geben. Kultusminister *Lorz* und *Johannes Stolz*, der Beauftragte der Bundesregierung „für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs“, präsentierten die bundesweite Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“. Schulen sind aufgefordert, Lehrkräfte fortzubilden und eigene Konzepte zu entwickeln. „Unser gemeinsames Ziel ist der bessere Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt“, sagte Lorz. Die Initiative solle mithelfen, „die noch vorhandene Unsicherheit von Schulleitungen, Lehrkräften und anderen schulischen Beschäftigten beim Umgang mit dem Thema sexuelle Gewalt abzubauen“.

Parallel zu den Ideen des Kultusministeriums erarbeiteten Studentinnen und Studenten in unserem Seminar weitere Kernpunkte für eine gezielte Prävention gegen sexuelle Gewalt:

- Lehrerinnen und Lehrer müssen wissen, wie sie vorgehen können und wel-



che Anlaufstellen es gibt, um Kindern gezielt zu helfen, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind. Sie müssen über ein Instrumentarium verfügen, was in bestimmten Fällen zu tun ist.

- Lehrkräfte sollten verlässliche Bezugspersonen sein, die sexuell missbrauchten Kindern zuhören. Schülerinnen und Schüler sollten immer individuell entscheiden können, was sie sagen möchten und was nicht.
- Die Schule sollte Plattformen für einen angstfreien Umgang mit dem Thema schaffen. Jede Schülerin und jeder Schüler muss sicher sein, dass solche Gespräche absolut vertraulich sind.

Es ist wichtig, mit dem Thema im Unterricht, bei Projektwochen oder im

Gespräch mit Betroffenen und Experten, die in die Schule eingeladen werden, offen umzugehen. Die außerschulische Wirklichkeit muss den Einzug ins Klassenzimmer finden. Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte sollten die Opferschutzverbände kennen. Auch das Angebot der Berliner Charité sollte bekannt gemacht werden.

### Julia Lenthe und Hans Rubinich

Julia Lenthe hat ihr Staatsexamen an der Universität Gießen abgelegt und ist jetzt Lehrerin im Vorbereitungsdienst mit den Fächern Mathematik und Politik. Hans Rubinich, Studienrat mit den Fächern Deutsch, Politik und Pädagogik, berichtete als Radio-Journalist für die Hörfunksender der ARD.

### Die richtigen Antworten zum Selbsttest

- 1.) Nach der Hannah-Stiftung war oder ist in einer Schulklasse jedes dritte Mädchen und jeder zwölfte Junge in der Vergangenheit oder aktuell von sexueller Gewalt betroffen.
- 2.) Das Alter spielt keine Rolle und die Täter kommen aus allen Gesellschaftsschichten.
- 3.) und 6.) Die meisten Täter sind nett und fürsorglich. Sie versuchen eine Beziehung zu dem Kind aufzubauen, damit sie über einen möglichst langen Zeitraum die Chance für sich realisieren können, sexuelle Handlungen an oder mit dem betroffenen Kind durchführen zu können oder durch dieses durchführen zu lassen. Dabei ist es nicht selten, dass die Täter auch romantische Gefühle für das Kind oder den Jugendlichen entwickeln.
- 4.) Nur der kleinere Teil der Täter ist wirklich nach der medizinischen Definition der WHO pädophil. Einige pädophile Männer fühlen sich nicht nur von Kindern und Jugendlichen (auch von eigenen) sexuell an-

gezogen, sondern auch von Erwachsenen. Einige sind verheiratet und haben selbst Kinder. Im schlimmsten Fall kommt es auch bei ihnen zum sexuellen Missbrauch.

- 5.) 90 Prozent der Täter kommen aus dem engen Umfeld der Kinder.

- 7.) Pädophilie lässt sich nicht heilen, da sie wie die sexuelle Präferenz auf erwachsene Körperschemata (Telephilie) eine, wenn auch gestörte, sexuelle Präferenz darstellt und demnach Persönlichkeitsbestandteil eines Menschen ist. In der Therapie lernen Männer, ihre sexuelle Neigung zu kontrollieren und ihre sexuellen Impulse dauerhaft auf der Phantasieebene zu belassen und sexuelle Übergriffe auszuschließen. Medizinische Eingriffe (Kastration) schließen dagegen weitere sexuelle Übergriffe auf Kinder oder Jugendliche nicht aus, da die sexuellen Phantasien weiter bestehen bleiben können. Es ist nicht ein „Trieb“, der die Männer zu Tätern werden lässt.



# Begrenzen statt flexibilisieren

Bei 40 Stunden pro Woche muss Schluss sein

*Immer mehr Kollegien hessischer Schulen melden sich mit Überlastungsanzeigen und Brandbriefen zu Wort. Viele Lehrerinnen und Lehrer reduzieren ihre Arbeitszeit, da das volle Pensum nicht mehr ohne gesundheitliche Schäden zu schaffen ist. Sie klagen über zusätzliche Aufgaben, ohne dass ausreichende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, und über eine zunehmende Ausweitung der Arbeitszeiten. Friedhelm Geisslinger, Mitglied im GEW-Kreisverband Kassel-Stadt, hat sich das „Weißbuch Ar-*

*beiten 4.0“ und die Zukunftsvorstellungen des Bundesarbeitsministeriums für eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten vorgenommen. Er warnt davor, dass die allgemeine Entgrenzung der Arbeitszeit auch für „Bedienstete und Beschäftigte im Bildungs- und Erziehungsbereich mittelbare Auswirkungen haben wird“, und fordert eine Initiative der Gewerkschaften für eine „gesetzliche Normierung der 40-Stundenwoche“ sowie die entschlossene Gegenwehr „gegen die Attacken der Arbeitgeber“.*

Ende 2016 hat Bundesarbeitsministerin **Andrea Nahles** (SPD) den Entwurf des Weißbuchs „Arbeiten 4.0“ vorgelegt (1). Es soll „Perspektiven, Szenarien und Gestaltungschancen für die Zukunft“ beschreiben, in der die Arbeit „den Menschen nützt und unsere Wirtschaft voranbringt“ (S.5). An einem „mehrjährigen Dialogprozess“ waren Sozialpartner, Unternehmen, Verbände, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie weitere ausgewählte gesellschaftliche Akteure beteiligt. Entsprechend ist der Entwurf ein Kompromisspapier, das sich an aktuellen Bedürfnissen des sich wandelnden kapitalistischen Verwertungsprozesses entlanghangelt. Wie die Segnungen technischen Fortschritts in besseren Lebensstandard und höhere Lebensqualität für alle umgemünzt werden können, kommt nur als Begleiterscheinung der anvisierten zukünftigen Arbeitswelt vor.

## Flexibel, aber selbstbestimmt?

Als Haupttriebkraft der Veränderungen in allen Bereichen der Arbeitswelt wird die fortschreitende Digitalisierung ausgemacht – mit all ihren Konsequenzen für die Rationalisierung, für die Umgestaltung von Arbeitsplätzen (Industrie 4.0, Crowdfunding etc.), aber auch für einen permanenten Zwang zur Weiterbildung, für existentielle Unsicherheit der abhängig Beschäftigten und vor allem für ihre Arbeitszeit. „Flexibel, aber selbstbestimmt“ (S. 115) soll die zukünftige Arbeitszeit nach den Vorstellungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) sein.

Eine ergänzende vom BMAS in Auftrag gegebene Studie „Wertewelten Arbeiten 4.0“ beruht auf Interviews mit Beschäftigten über ihre „Sichtweisen auf das Thema Arbeit“ (S. 34 ff.). Danach wollen die meisten Menschen

vorrangig „sorgenfrei von der Arbeit leben können“ (28%), eine „Balance zwischen Arbeit und Leben finden“ (14%), „den Wohlstand hart erarbeiten“ (15%) und den „Sinn außerhalb der Arbeit finden“ (13%). „Engagiert Höchstleistung erzielen“ oder „sich in der Arbeit selbst verwirklichen“ geben nur 11% bzw. 10% als oberste Ziele an. Trotzdem kommt das BMAS zum Schluss, dass die Zukunft dem „zeit- und ortsflexiblen Arbeiten“ (S. 73) gehöre, und schlägt dafür ein „Wahlarbeitszeitgesetz“ vor (S. 124 ff.).

Hier intervenieren die am Dialog beteiligten Gewerkschaften aus gutem Grund. Für den DGB ist die „Arbeitszeitsouveränität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (...) trotz der Flexibilisierung nur sehr eingeschränkt gegeben“ (S. 34). ver.di befürchtet „neue Formen digitaler Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit“ (S. 117). Leider bleibt es bei dieser Besorgnis. Die arbeitszeitpolitischen Aktivitäten des DGB konzentrieren sich derzeit auf die Novellierung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes und das Recht, nach der Teilzeitphase wieder zur ursprünglichen Arbeitszeit zurückkehren zu können.

Während die Arbeitgeberverbände massiv auf eine Öffnung des bestehenden Arbeitszeitgesetzes (AZG) drängen, dient der DGB den Unternehmen die erbarmungslose Ausschlichtung des bestehenden Gesetzes an, das nach den Worten des DGB-Vorstandsmitglieds **Annelie Buntenbach** „schon heute ein Höchstmaß an Flexibilität“ ermögliche, „auch bis zehn Stunden Arbeit am Stück“ (2). Bis vor kurzem war auf der DGB-Homepage auch noch die Studie „Das Arbeitszeitgesetz reicht aus“ des Unternehmensberaters **Dr. Andreas Hoff** zu finden, in der es heißt:

*„In der einzelnen Woche sind ohne Verstoß gegen das Arbeitszeitgesetz bis zu [6 x 10 Stunden =] 60 Stunden Arbeitszeit zulässig (...), so dass die Arbeitszeit-Kapazität eines/einer Vollzeitbeschäftigten mit 40-Stunden-Vertrag vorübergehend um mindestens bis zu 50% überzogen werden kann (...). Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass das Arbeitszeitgesetz – auch mit seiner Öffnung für tarifvertragliche Regelungen zur Verkürzung der gesetzlichen Ruhezeit im Einzelfall auf minimal 9 Stunden – auch weitgehenden betrieblichen und arbeitnehmerseitigen Flexibilitäts-Anforderungen genügt, ohne dass dabei der Gesundheitsschutz zu stark beeinträchtigt werden würde.“*

## Gewerkschaftliche Offensive

Wenn der DGB mit diesem – bereits heute völlig ausgehöhlten – Gesetz die Interessen der Beschäftigten in der anstehenden Auseinandersetzung mit den Unternehmensverbänden um die künftige Normalarbeitszeit durchsetzen will, ist dies ein Werfen mit Wattebäuschen!

Nötig im Interesse der Beschäftigten wäre eine offensive Initiative zur gesetzlichen Begrenzung der maximalen wöchentlichen Arbeitszeit zunächst auf  $5 \times 8 = 40$  Stunden! Dafür sprechen viele gute Gründe:

- Die 40-Stundenwoche wird von den Beschäftigten in Deutschland allgemein als Richtschnur für den maximalen Umfang einer Vollzeitstelle angesehen. Der reale Arbeitsalltag und auch das gültige AZG sehen anders aus: Seit 1918 (!) sind der achtstündige Arbeitstag an sechs Werktagen und damit 48 Stunden das gesetzlich erlaubte Maximum der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit.
- Zwischen der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und der 40-Stunden-

woche, die seit der Mitte der 1960er Jahre für die meisten hiesigen Branchen tariflich erstritten wurde, klafft eine große Lücke. Sie wurde vor allem in Bereichen tariflich nicht geregelter Arbeit zu einer teils erheblichen Ausdehnung der Arbeitszeit genutzt. Aber auch bei tariflich geregelter Arbeit haben Flexibilisierungen der Arbeitszeit und vermehrte Teilzeit- und Minijobs die Grenze der 40-Stundenwoche längst durchlöchert.

- Laut WSI-Arbeitszeitkalender 2014 lag die tariflich vereinbarte Wochenarbeitszeit in Deutschland 2013 im Schnitt bei 37,7 Stunden. Der Arbeitszeitreport Deutschland 2016 der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin beschreibt eine andere Realität. Danach arbeiten abhängig Vollzeitbeschäftigte mit durchschnittlich 43,5 Wochenstunden knapp fünf Stunden pro Woche länger als vertraglich vereinbart (S.76). Nach der Arbeitszeitrechnung 2015 des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung leisteten abhängig Beschäftigte im Durchschnitt 19,7 bezahlte und 24,3 unbezahlte Überstunden im Jahr (ebenda).

- In einer DGB-Umfrage bei 5.800 Beschäftigten gaben schon 2014 56% der Befragten an, sie fühlten sich „oft gehetzt“ (3). 44% der Befragten, die regelmäßig unbezahlte Überstunden leisten, gaben an, dass der Arbeitgeber von ihnen ständige Erreichbarkeit erwartet. Und nur 45% der Befragten gingen davon aus, diese Belastung bis zum gesetzlichen Rentenalter durchhalten zu können.

### Gesetzliche Begrenzung

In den gewerkschaftlichen Debatten über Fragen der Arbeitszeit wird der qualitative Unterschied zwischen tariflichen Arbeitszeitregelungen und einer gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit oft nicht ausreichend reflektiert. Entgegen dem äußeren Schein ist nämlich die normale tägliche, wöchentliche bzw. monatliche Arbeitszeit das gemeinsame Maß, an dem sich alle Arbeitsentgelte ausrichten. Nur eine gesetzliche Sicherstellung der 40-Stundenwoche wahrt die Interessen aller Beschäftigten, unabhängig davon, ob sie Vollzeit oder weniger arbeiten. Wenn die Zeit, die eine Vollzeitbeschäftigte im Normalfall in der Woche arbeitet, 48 statt 40 Stunden beträgt, muss man für das halbe Entgelt einer Voll-

Von allen Vollzeitbeschäftigten arbeiten regelmäßig ...	Gesamt	Männer	Frauen
45 bis 48 Stunden	16 %	17 %	13 %
mehr als 48 bis 55 Stunden	9 %	11 %	5 %
mehr als 55 Stunden	8 %	9 %	6 %

Quelle: DGB Index Gute Arbeit, Februar 2016 [bit.do/impuls0295](http://bit.do/impuls0295) Hans Böckler Stiftung

zeitstelle eben 24 statt 20 Stunden in der Woche arbeiten.

Die Unternehmerlobby attackiert seit Jahren vor allem den Achtstundentag, um die gesetzliche Arbeitszeit weiter auszudehnen und zu flexibilisieren. Diesem Kurs müssen die Gewerkschaften entschieden entgegen treten! Wir sollten uns als Bedienstete und Beschäftigte im Bildungs- und Erziehungsbereich darüber bewusst sein, dass eine weitere allgemeine Entgrenzung der Arbeitszeit mittelbar auch unsere Berufsfelder erfassen wird!

Die Stärke des Kapitals in Deutschland beruht vor allem auf seiner enormen Produktivität, mit der es die Kapitale anderer Euroländer niederkonkurriert und dort zum Teil massenhafte Arbeitslosigkeit produziert. Produktives Kapital ist profitables Kapital, Kapital, das viel Arbeit bei geringen Arbeitskosten mobilisiert. Daher gebietet auch die gewerkschaftliche Solidarität mit den vom Verkauf ihrer Arbeitskraft lebenden Menschen im übrigen Europa, der Mobilisierung von Arbeit in Deutschland für den Profit des deutschen Gesamtkapitals endlich wieder eine wirksame Schranke zu setzen. Auch in Zukunft werden viele geflüchtete Menschen ihren Platz auf dem deutschen Arbeitsmarkt suchen. Um dieser sich absehbar verschärfenden Konkurrenz entgegenzuwirken, wäre eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung, die alle hier arbeitenden Menschen betrifft, ein erkämpfwertes Ziel.

Eine Initiative für die Änderung des Arbeitszeitgesetzes in Deutschland erfordert eine politische Intervention an vielen Stellen der Gesellschaft. Als engagierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen wir diese Debatte unter unseren Kolleginnen und Kolle-

gen am Arbeitsplatz anstoßen. Auch im Rahmen unserer Arbeitskämpfe und Tarifauseinandersetzungen müsste die Forderung fokussiert und in die Debatten der Einzelgewerkschaften hineingetragen werden. ver.di hat die gesetzliche Verkürzung der Maximalarbeitszeit auf 40 Stunden im November 2015 in ihr Programm aufgenommen.

### Politisch intervenieren

Um den gesellschaftlichen Druck zu erhöhen, muss diese Debatte auch in politische Parteien hineingetragen werden. Die Forderung einer gesetzlichen 40-Stundenwoche verlangt nur die Festschreibung dessen, was (noch!) im allgemeinen Bewusstsein hier und jetzt der praktizierte Normalfall ist. Sie ist somit wesentlich defensiv und daher durchaus geeignet, beträchtliche Teile der SPD und des Arbeitnehmerflügels der CDU in Zugzwang zu bringen.

Die gesetzliche Sicherung der 40-Stundenwoche als normale Arbeitszeit einer Vollzeitbeschäftigung, die dann das Maß auch für alle geringer Beschäftigten vorgibt, ist wichtig genug, keine Gelegenheit auszulassen. Auf der Basis eines solchen Gesetzes wäre es auch einfacher, die Forderung nach einer 30- bis 32-Stundenwoche, die auch GEW-Vorstandsmitglied *Frauke Gützkow* in der *e!tu* 3/2017 erhob, in Tarifverhandlungen einzubringen!

Friedhelm Geisslinger, Kassel

(1) Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Weißbuch Arbeiten 4.0. Berlin November 2016. Download: [www.bmas.de](http://www.bmas.de) > Suche: Weißbuch

(2) DGB-Pressemitteilung vom 30.3.2016: „Arbeitszeiten: Schon heute flexibel und fair möglich“

(3) Handelsblatt vom 8.9.2014

# Schulpersonalräte bestimmen mit

## Eingruppierung von Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten

Bei der befristeten oder unbefristeten Einstellung von tarifbeschäftigten Lehrkräften hat der Schulpersonalrat nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz (HPVG) zweimal mitzubestimmen, zunächst bei der Einstellung und danach bei der Eingruppierung. Einstellung und Eingruppierung sind zwei getrennte mitbestimmungspflichtige Maßnahmen, die mit dem Personalrat rechtzeitig und eingehend zu erörtern sind. Nach der Beantwortung offener Fragen ist die Zustimmung des Personalrats einzuholen (§ 69 Abs. 1 und Abs. 2 HPVG). Insbesondere bei Vertretungsverträgen drängt oft die Zeit. Hier kann der Personalrat zunächst nur die Zustimmung zur Einstellung und gegebenenfalls auch zur „vorläufigen Stufenzuordnung“ erteilen. Sobald alle Unterlagen da sind, kann „zeitnah“ das Verfahren zur Beteiligung zur endgültigen Stufenzuordnung erfolgen.

Damit er sein Mitbestimmungsrecht ausüben kann, müssen dem Personalrat alle Bewerbungsunterlagen vorgelegt werden, die ihn in die Lage versetzen, die Richtigkeit der Eingruppierung

überprüfen zu können. Dazu gehören Lebenslauf, Zeugnisse und Beschäftigungsnachweise. Diese Unterlagen stehen dem Schulpersonalrat gemäß § 62 Abs. 2 HPVG zu. Er muss sie sich nicht selbst beschaffen, sondern sie müssen ihm von der Schulleitung, die sie ggf. beim Schulamt anfordern muss, vorgelegt werden. Erst dann ist der Schulpersonalrat in der Lage, die Eingruppierung beurteilen zu können. Wenn nicht alle erforderlichen Unterlagen da sind, sollten sie umgehend vom Personalrat angemahnt werden. Erst danach wird die Zustimmungsfrist von zwei Wochen nach § 69 HPVG in Gang gesetzt.

### Entgelt der Tarifbeschäftigten

Eingruppierung bedeutet die Einordnung in die dem Beschäftigten zustehende Entgeltgruppe und die Zuordnung zur richtigen Entgeltstufe. Hier besteht ein Mitbestimmungsrecht nach § 77 Abs. 1 Nr. 2b) HPVG.

- **Entgeltgruppe:** In Hessen gibt es noch keinen Tarifvertrag, der die Eingruppierung der Beschäftigten im Schuldienst regelt. Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) nimmt insoweit die „Lehrkräfte“ aus. Die Eingruppierung der „Tarifbeschäftigten“, d.h. der Lehrkräfte und der sozialpädagogischen Fachkräfte im hessischen Schuldienst, richtet sich nach einem Erlass, der im Amtsblatt 11/2008 veröffentlicht wurde. Für Mitglieder der GEW Hessen steht er auf unserer Homepage im Mitgliederbereich unter dem Stichwort „Entgelt/Entgeltgruppen nach TV-H“ zur Verfügung. Dort haben wir auch eine Zuordnung zu den Entgeltgruppen nach TV-H vorgenommen, da sich der Erlass noch auf den alten BAT bezieht.

- Die **Entgeltgruppe** richtet sich nach der Schulform, der Wertigkeit des Ausbildungsabschlusses und der ausübenden Tätigkeit. Soweit im Eingruppierungserlass eine ausdrückliche Regelung für bestimmte Personengruppen zutrifft, ist diese unmittelbar anzuwenden. Soweit Personen einzugruppieren sind, die unmittelbar unter keine Eingruppierungsregelung des Erlasses

„passen“, hat eine Eingruppierung zu erfolgen, die das Tarifgefüge des Erlasses berücksichtigt.

- **Entgeltstufe:** Der TV-H sieht bis zu sechs Entgeltstufen vor. In § 16 und § 17 des TV-H ist geregelt, wer wann welcher Entgeltstufe zuzuordnen ist. Dies geschieht durch zurückgelegte Erfahrungszeiten innerhalb des Arbeitsverhältnisses. Auch Vorerfahrungen aus anderen Beschäftigungsverhältnissen können bei der Einstellung zu einer höheren Entgeltstufe führen. Spielräume gibt es insbesondere bei der Anerkennung von „Zeiten der einschlägigen Berufserfahrungen“ bei einem anderen Arbeitgeber und von Tätigkeiten, die „für die vorgesehene Tätigkeit förderlich“ sind. Für die Interpretation dieser Spielräume gibt es keine hessenweiten oder schulamtsbezogenen Regelungen. Schulpersonalräte, die nur wenige Fälle kennen und kaum Vergleiche ziehen können, sollten deshalb in Zweifelsfällen ihren Gesamtpersonalrat ansprechen. Betroffene GEW-Mitglieder können auch bei den Kreisrechtsberatungen, beim GEW-Tarifreferenten *Rüdiger Bröhling* (rbroehling@gew-hessen.de) oder bei der Landesrechtsstelle nachfragen.

### Weitere Informationen

[www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > **Tarif/Besoldung:** Hier sind unter anderem die aktuellen Entgelttabellen für Tarifbeschäftigte im Bereich des TV-H und die Besoldungstabellen für Beamtinnen und Beamte eingestellt. Unter dem Stichwort „Besoldung Land Hessen“ gibt es Informationen zur Anerkennung von Berufserfahrung und zur Berechnung der Stufen.

Im Mitgliederbereich der Homepage findet man unter dem Stichwort „Entgelt“ die Erläuterungen zu den Entgeltgruppen und Entgeltstufen sowie den Eingruppierungserlass. Dort finden Sie auch unsere Broschüren „Arbeitsrecht an hessischen Schulen“ und „Start in die Schule“. Für den Zugang zum Mitgliederbereich benötigt man die Mitgliedsnummer. Diese findet man auf dem Mitgliedsausweis und im Adressfeld jeder Ausgabe der GEW-Bundeszeitung e&tw.

### Beamtenbesoldung

Auch die Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern im Beamtenverhältnis unterliegt der Mitbestimmung der Schulpersonalräte (§ 77 Abs. 1 Punkt 1a HPVG). Dies gilt sowohl für die Einstellung nach der Rangliste als auch im Rahmen einer schulbezogenen Ausschreibung. Insoweit müssen dem Personalrat auch hier alle „erforderlichen Unterlagen“ vorgelegt werden (§ 62 Abs. 2 HPVG). Die Eingruppierung von Beamtinnen und Beamten stellt dagegen keinen Mitbestimmungstatbestand nach dem HPVG dar. Nach der Rechtsprechung gibt es hier, anders als bei den Tarifbeschäftigten, kein Mitbestimmungsrecht. Dabei bleibt es dem Personalrat unbenommen, die beamteten Kolleginnen und Kollegen auch hinsichtlich der Zuordnung zur richtigen Besoldungsgruppe zu unterstützen. In der Praxis weit relevanter ist die Bera-



tung bei der Anerkennung von berücksichtigungsfähigen Zeiten bei der ersten Stufenfestsetzung nach § 29 des Hessischen Besoldungsgesetzes. Zu den Erfahrungszeiten, die anerkannt werden müssen, gehören insbesondere „Zeiten einer gleichwertigen hauptberuflichen Tätigkeit (...) im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn“. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn man zuvor in Hessen oder einem anderen Bundesland bereits nach dem 2. Staatsexamen als Lehrerin oder Lehrer gearbeitet hat. Andere Zeiten hauptberuflicher Tätigkeit „können ganz oder teilweise anerkannt werden, soweit diese für die Verwendung förderlich sind“.

### Rechtsschutz

Tarifbeschäftigte müssen darauf achten, dass Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis verfallen, wenn sie nicht innerhalb von sechs Monaten nach Fälligkeit beim Staatlichen Schulamt schriftlich geltend gemacht werden. Die falsche Eingruppierung kann zwar auch noch später korrigiert werden, eine Nachzahlung erfolgt aber nur für sechs Monate.

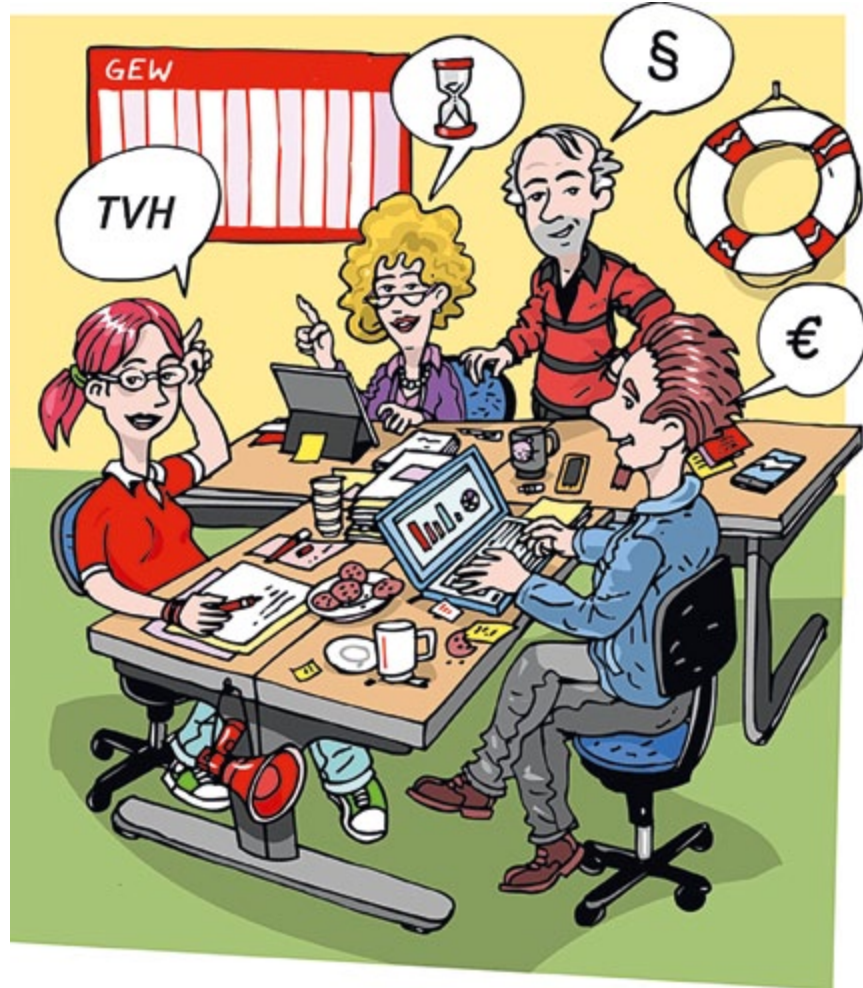
Bei Beamtinnen und Beamten ergeht ein Bescheid der Hessischen Bezugsstelle über die Zuordnung zur Grundgehaltststufe, der nach unserer Kenntnis nie mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen ist. Damit beträgt die Widerspruchsfrist nicht einen Monat, sondern ein Jahr. Meistens ergeht zunächst ein vorläufiger Bescheid, da die Prüfung der richtigen „Eingruppierung“ durch die Schulämter erfolgt. Hier müssen wir leider feststellen, dass in einigen Schulämtern die Bearbeitungsdauer und die Qualität der Bearbeitung nicht zufriedenstellend sind.

Die GEW unterstützt auf verschiedenen Ebenen ihre Mitglieder bei der Frage der richtigen Eingruppierung. Ansprechpartner sind natürlich die Schulpersonalräte, aber auch die Mitglieder der Gesamtpersonalräte. Auf den Ebenen der Kreise und Bezirke gibt es darüber hinaus ehrenamtliche Rechtsberaterinnen und Rechtsberater.

In der Landesgeschäftsstelle steht für Anfragen im Bereich Tarif und Besoldung unser Referent Rüdiger Bröhling zur Verfügung. Sollte es zu einer rechtlichen Auseinandersetzung mit dem Schulamt oder der Hessischen Bezugsstelle kommen, hilft die Landesrechtsstelle.

**Annette Loycke**

Landesrechtsstelle der GEW



### Beamtenbesoldung 2017 Von wegen: Hessen vorn!

#### Jahresbruttobesoldung A 13 (€) bei Annahme einer 40-Stundenwoche

Bayern	62.736
Bund	62.414
Sachsen	60.855
Mecklenburg-Vorpommern	60.433
Niedersachsen	60.146
Thüringen	59.862
Baden-Württemberg	59.812
Sachsen-Anhalt	59.452
Hamburg	59.316
Bremen	58.589
Berlin-Brandenburg	58.396
Saarland	58.172
Nordrhein-Westfalen	58.137
Rheinland-Pfalz	57.928
Hessen	57.528
Schleswig-Holstein	57.438
Berlin	57.061

Summe aus jährlichem Grundgehalt Endstufe, allgemeiner Stellenzulage und Sonderzahlung; Berechnung: DGB Abt. OEB, Februar 2017; Quelle: DGB Besoldungsbericht 2017, S. 12

In der HLZ 4/2017 veröffentlichten wir einen Vergleich der Beamtenbesoldung in der Besoldungsgruppe A13 im Bund und in den Bundesländern, bei dem Hessen auf dem 8. Platz landete, immerhin 6,5 Prozentpunkte unter der Besoldung im Bund und 4,6 Prozentpunkte unter der Besoldung in Bayern. Inzwischen liegen im DGB-Besoldungsbericht 2017 auch die Zahlen vor, die die in Hessen deutlich längere Arbeitszeit berücksichtigen. Obwohl für Hessen bereits die ab dem 1.8. 2017 wirksame Arbeitszeitregelung zugrunde gelegt wurde, rutscht Hessen jetzt auf einen der letzten Plätze. In Hessen gilt dann – für Beamtinnen und Beamte bis 60 – die 41-Stundenwoche. Dies entspricht der Arbeitszeit im Bund sowie in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. In allen anderen Bundesländern liegt die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten bei 40 Stunden. Die Tabelle berücksichtigt noch nicht die Entscheidungen der Bundesländer bei der Übertragung der Gehaltserhöhungen, die im Tarifvertrag der Länder (TV-L) bzw. im Tarifvertrag Hessen (TV-H) vereinbart wurden, auf den Beamtenbereich.



# „Wir haben keine Angst“

Der Journalist Deniz Yücel ist weiter in türkischer Haft

Thomas Adamczak war vor seiner Pensionierung Fachleiter am Studienseminar Wiesbaden und Lehrer an der Gustav-Heinemann-Schule, einem Oberstufengymnasium in Rüsselsheim. Schon vor einigen Jahren begann er sich für den Journalisten

Deniz Yücel zu interessieren, der an der Gustav-Heinemann-Schule sein Abitur machte. Die Inhaftierung Yücel's empört auch Thomas Adamczak. Er zitiert in seinem folgenden Artikel auch aus einem längeren persönlichen Mailwechsel mit Yücel.

Seit Ende Februar wird der Journalist Deniz Yücel im Hochsicherungsgefängnis Silivri festgehalten. Den Antrag der Anwälte auf Freilassung lehnte ein Gericht in Istanbul mit der Begründung ab, Yücel's Berichterstattung, seine Ausdrucksweise und der Tenor der Artikel seien nicht durch die Pressefreiheit gedeckt.

Deniz Yücel wurde 1973 in Flörsheim am Main geboren, machte sein Abitur an der Gustav-Heinemann-Schule in Rüsselsheim und studierte in Berlin Publizistik. Er war von 2002 bis 2007 Redakteur der Wochenzeitung *Jungle World*, danach bis 2015 bei der *taz*. Seit März 2015 ist er Türkei-Korrespondent der *Welt*. Er verfasste Artikel über die Situation im Irak und Syrien, über die Kämpfe um Mosul und Kobane und führte Interviews mit kurdischen Politikerinnen und Politikern.

Deniz Yücel war und ist auch in Deutschland ein umstrittener Journalist. Seine Kolumne „Super, Deutschland schafft sich ab“ in der *taz* vom 4.8.2011 und seine Kritik an Joachim Gauck lösten heftige Leserreaktionen aus. Seine scharfe Attacke gegen Thilo Sarrazin brachte ihm eine Rüge des Deutschen Presserats ein. Sein Kommentar zur Papstwahl 2013 provozierte mit der Überschrift „Junta-Kumpel löst Hitlerjungen ab“. Im *Kursbuch* 188 beschäftigt sich Deniz Yücel ausführlich mit dem Aufstieg *Erdogans*, an dem Kanzlerin Merkel eine gewisse Mitverantwortung trage. (1)

Als Lehrer an der Oberstufe, an der Yücel sein Abitur absolvierte, verfolgte ich seine journalistische Entwicklung mit besonderem Interesse. Als er es in einem Artikel mit seiner Lust zu provozieren aus meiner Sicht (mal wie-

der) übertrieb, schrieb ich der *taz* einen Leserbrief. Deniz Yücel antwortete mir persönlich. Danach ergab sich ein reger Mailkontakt. Deniz Yücel rechtfertigte sich für die von mir monierte Passage. Er wollte, schrieb er, mittels „despektierlicher Sprache die größtmögliche Distanz“ zu gesellschaftlichen Institutionen, mit denen er sich auseinandersetze, herstellen, und schrieb weiter:

„Ich denke, dass Form und Inhalt eines Textes miteinander korrelieren sollten. Mich langweilt dieser Sprachstil, der hierzulande in den Kommentarspalten gepflegt wird. (...) Ich denke, man kann keinen originellen oder geistreichen Gedanken in einer Sprache formulieren, über die sich der Mehltau gelegt hat. Natürlich folgt daraus nicht zwingend eine derbe Ausdrucksweise. Aber sie kann daraus folgen, finde ich jedenfalls.“

Im November 2013 lud mich Deniz Yücel zu einer Aufführung von *Hate Poetry* in Frankfurt ein. *Hate Poetry* ist eine „antirassistische Leseshow“, bei der im Stile des Poetry Slam rassistische Leserbriefe gelesen werden. „Selten war Rassismus so unterhaltsam“, urteilte die *Welt*, die *taz* sprach von einer „kathartischen Lesung“. Die Besucherinnen und Besucher werden mit unfassbaren verbalen Hassausbrüchen konfrontiert, die Yücel und anderen Journalistinnen und Journalisten migrantischer Herkunft in Leserbriefen entgegenschlagen (1). Sie lachen bei *Hate Poetry* gegen die Hassausbrüche in den Leserbriefen an, womit sie dem Publikum demonstrieren, dass Humor eine angemessene Reaktion auf Hassprediger sein kann, zumal diese sich in der Regel nicht argumentativ erreichen lassen.

Die Inhaftierung Yücel's in der Türkei sollte auch vor diesem Hintergrund massiver fremdenfeindlicher Ressentiments in Teilen der deutschen Öffentlichkeit gesehen werden.

Der folgende Satz aus dem Mailkontakt verweist auf das journalistische Selbstverständnis Yücel's, der 2011

## „Taksim ist überall“

In seinem Buch „Taksim ist überall“ beschreibt Yücel Ursprünge und Bedeutung der Taksimbewegung. Der Gezi-Park und der Taksim-Platz im Herzen der Stadt Istanbul haben, historisch bedingt, eine symbolische Bedeutung. Auf dem Taksim-Platz soll eine Moschee errichtet werden, der Gezi-Park musste dem Bau eines Einkaufszentrums weichen. Yücel sieht in dem Protest gegen die Umgestaltung von Platz und Park eine basisdemokratische Bewegung gegen einen autoritären Staat, der nach dem Willen seines Präsidenten bis zum Jubiläumsjahr 2023 unter den Top Ten der wirtschaftsstärksten Länder der Welt sein soll. Geplant sind ein dritter Flughafen für Istanbul, der größte der Welt, eine dritte Bosphorusbrücke und ein weiterer Kanal zwischen Marmarameer und Schwarzem Meer. Landesweit sind über 100 Shoppingmalls in Planung,

neue Trabantenstädte, Bürohochhäuser und U-Bahnen. Im Rahmen der Proteste gegen die von großen Teilen der Bevölkerung als rücksichtslos angesehene Modernisierungspolitik wurde der Gezi-Park durch ein Großaufgebot der Polizei gewaltsam geräumt. Mehrere Menschen kamen ums Leben, über 7.000 wurden verletzt, 3.700 festgenommen. Claudia Roth, die sich während der Räumung des Parks in einem Hotel am Taksim-Platz aufhielt, fühlte sich „wie im Krieg“. Die Niederlage der Gezi-Bewegung war ein entscheidender Schritt zur Etablierung des autokratischen Systems.

Das Buch „Taksim ist überall“ über die Gezi-Bewegung und die Zukunft der Türkei erschien 2014 in der Hamburger Edition *Nautilus* Flugschrift. Im April 2017 erschien eine Solidaritätsausgabe für Deniz Yücel mit einem aktuellen Vorwort von Doris Akrap (*taz*), Daniel-Dylan Böhmer (*DIE WELT*) und Özlem Topçu (*DIE ZEIT*).

mit dem Tucholsky-Preis ausgezeichnet wurde:

*„Das wichtigste aber ist, dass es mir in der Sache (...) um das geht, worum es Ihnen offenbar ebenfalls geht: um Respekt und Toleranz. Oder genauer: um Respekt und Toleranz innerhalb gewisser Grenzen und unter Wahrung gewisser Voraussetzungen.“*

Wer sein journalistisches Wirken verfolgt und ihn bei Lesungen erlebt hat, wird zustimmen, dass Yücel dem von ihm formulierten journalistischen Anspruch sehr wohl zu entsprechen versucht. Er hat keine Angst, „etwas zu sagen, was sonst niemand sagt“, bemüht sich um Wahrhaftigkeit, vermeidet dabei aber eine Sprache, „über die sich der Mehltau gelegt hat“. Kurt Tucholsky hätte an ihm seine Freude gehabt.

Polizei und Justiz werfen Yücel „Propaganda für eine terroristische Vereinigung und Aufwiegelung der Bevölkerung“ vor. Präsident Erdogan persönlich bezeichnete ihn als „Terroristen“ und „deutschen Agenten“ und schloss eine Freilassung oder Auslieferung nach Deutschland aus. Diese Vorverurteilung spricht unserem Rechtsverständnis Hohn. Die Untersuchungshaft kann unter den Bedingungen des Ausnahmezustands auf unbestimmte Zeit verlängert werden, ein Prozessbeginn ist nicht absehbar. Am 3. Mai 2017 übermittelte Yücel anlässlich eines Solidaritätskonzerts in Berlin über seine Anwälte folgende Botschaft:

*„Gut, dass ihr da seid: Den Wert eines Konzerts im Atatürk-Kulturzentrum oder am Brandenburger Tor, den Wert von Raki und Fisch in einer heruntergekommenen Taverne am Goldenen Horn, die kühle Einsamkeit des Pontosgebirges, die dunklen Gassen der Altstadt von Diyarbakır, diese Werte wissen sie nicht zu schätzen. Das Einzige, was sie zu schätzen wissen, ist der Preis dieser Grundstücke. Sie haben über 150 Journalisten und Tausende andere mit absonderlichen Vorwürfen belegt und verhaftet. Aber sie haben uns eigentlich nicht verhaftet. Sie haben uns als Geiseln genommen. Ihr Ziel war, über uns die Gesellschaft einzuschüchtern. Doch in den letzten Wochen haben wir gesehen: Es ist ihnen nicht gelungen. Wir haben keine Angst. Und hundertausende Menschen in diesem Land haben ebenfalls keine. Ich grüße und umarme euch.“*

Diese Botschaft aus einer Einzelzelle des türkischen Gefängnisses verdeutlicht den Mut des Journalisten Yücel und seinen kritischen Blick auf Wirkungszusammenhänge, den er sich auch in der Haft bewahrt. Wer sein Buch „Taksim ist überall“ über die Ge-



Ilkay Yücel (Bildmitte) ist wie ihr Bruder Deniz in Flörsheim am Main geboren und aufgewachsen. (Foto: Peter Jülich)

zi-Bewegung und die Zukunft der Türkei gelesen hat, begreift, warum die türkische Exekutive an Deniz Yücel ein Exempel statuieren will (siehe Kasten). Die Gezi-Bewegung, an der nach Polizeiangaben im November 2013 3,6 Millionen Menschen beteiligt waren, charakterisiert Yücel als „solidarisch, friedlich, pluralistisch, mutig, frei“ (S. 210). Es habe ein spezielles Gezi-Gefühl gegeben, das er als weiblich, humorvoll, jung, politisch, freundlich, romantisch und als ein Resultat der Politik des Präsidenten beschreibt, der die Bewegung zu kriminalisieren versuchte. Yücel's Fazit: Die Menschen hätten ihr Ziel zwar nicht erreicht, „aber sie haben gezeigt, dass sie es können. Das war erst der Anfang.“

Yücel ist einer von über 150 Journalisten, die in der Türkei nach dem „Putschversuch“ des letzten Jahres im Gefängnis sitzen. Außerdem wurden Richter, Staatsanwälte, Hochschullehrer und Lehrerinnen und Lehrer entlassen, viele befinden sich ebenfalls in Haft.

In seinem letzten Artikel als taz-Redakteur schilderte Deniz Yücel im März 2015 seine Anfänge als Journalist:

*„Es ist ein Vierteljahrhundert her, dass ich bei der Main-Spitze, dem Rüsselsheimer Lokalteil der Mainzer Allgemeinen, ein Praktikum in einer Redaktion absolvierte. Als ich dem betreuenden Redakteur meinen ersten Artikel vorlegte – es ging um die Lesung einer Kinderbuchau-*

*torin – wollte er wissen, warum ich Journalist werden wolle. ‚Ich will die Leute informieren‘, antwortete ich, ‚ich will über Missstände aufklären, die Welt verändern‘: Was man mit 16 halt so sagt, wenn man 16 ist und glauben darf, die Lösung für die großen Fragen der Menschheit gefunden zu haben. (...) Das ist nämlich das Wunderbare an diesem Beruf: Weil man dabei helfen kann, die Dinge zu ordnen und zu verstehen. Weil man immer wieder in fremde Welten eintauchen und seine Leser dorthin mitführen kann. (...) Eine gute Zeitung (...) macht man mit Neugier, mit Leidenschaft und mit Lust.“*

Im Resümee der 25 Jahre journalistischer Tätigkeit, die ihn von der Main-Spitze zu renommierten Zeitungen der Republik führten, fallen ihm einige wenige Texte ein, von denen er wünscht, er hätte sie geschrieben, „und es gibt einige Texte und Formulierungen, die ich besser nicht geschrieben hätte“. Es bleibt zu hoffen, dass Deniz Yücel bald wieder frei entscheiden kann, welche journalistischen (und privaten) Texte er schreiben will. Gewiss hat er viel zu berichten!

Thomas Adamczak

(1) Deniz Yücel, Und morgen die ganze Türkei, in: Kursbuch 188, 2016 und (Kurzfassung) FAZ vom 22.2.2017

(2) Bei Hate Poetry wirken Mely Kiyak, Yasmin Musharbash, Özlem Topçu, Özlem Gezer, Hasnain Kazim, Doris Akrap und Ebru Taşdemir mit.

# Kasseler Initiative fragt nach

## Temme arbeitet weiter in der Personalabteilung des RP Kassel

Durch die Strafanzeige der Linksfraktion im hessischen Landtag vom 22. März sieht sich die Kasseler Initiative „Nachgefragt“ in ihrer Arbeit bestätigt. Die Initiative befasst sich seit einigen Monaten mit Ungereimtheiten bei der Aufklärung des Mordes an *Halit Yozgat* und der Rolle des Verfassungsschützers *Andreas Temme*. Die Initiative fordert, wie in der HLZ berichtet, ein Ende der Beschäftigung Temmes in der Pensionsregelungsbehörde des Regierungspräsidiums Kassel (RP), wo er Personalakten von Beamtinnen und Beamten in Schulen, Gerichten und wohl auch bei der Polizei bearbeitet.

Die Kasseler Initiative „Nachgefragt“ entstand aus dem Engagement einzelner Kasseler Bürgerinnen und Bürger, nachdem sie durch Zufall von der Versetzung des Verfassungsschützers Temme an das RP erfahren hatten. Einen Bericht über die gut besuchte Auftaktveranstaltung am 22. Februar 2017 und das Eingangsreferat von *Sonja Brasch* (NSU-Watch) findet man auf der Homepage der GEW ([www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Ältere Nachrichten).

Die mehr als 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer forderten den Regierungspräsidenten *Dr. Walter Lübcke* in einer fast einstimmig verabschiedeten Resolution auf, die Beschäftigung

Temmes in seiner Behörde zu beenden. Die Resolution, die auch an die Kasseler Stadtverordneten, an den Kasseler Oberbürgermeister und an die Fraktionen des Landtages ging, fand ein umfangreiches Echo in der Bevölkerung, in Gewerkschaften, Kirchen, politischen Kreisen und in der Presse.

Auch der Bericht der Hessenschau vom 22. März über die Anzeige der Linken gegen Temme wegen uneidlicher Falschaussage vor dem Berliner NSU-Untersuchungsausschuss trug dazu bei, das Kartell des Schweigens um den Fall Temme anzukratzen.

Die Zweifel an den Aussagen Temmes wurden zuletzt durch eine Expertise des Londoner Instituts „Forensic Architecture“ verstärkt. Das international angesehene und unabhängige Wissenschaftlerteam hat die Räumlichkeiten des Internetcafés nachgebaut und die Ereignisse nachgestellt. Danach müsste Temme die Schüsse gehört und auch den erschossenen Halit Yozgat gesehen haben, der auf dem Boden hinter der 80 Zentimeter hohen blutbespritzten Theke lag, auf die der 1,90 Meter große Andreas Temme beim Verlassen des Cafés sein Geld gelegt hat.

Ein Blick auf die Internetseite des RP belegt, dass Temme weiterhin als Sach-

bearbeiter mit Personalakten befasst ist. Die Initiative fragt den Regierungspräsidenten *Dr. Lübcke*, ob ein Mensch als Personalsachbearbeiter tragbar ist,

- der nach Aussagen von Vorgesetzten im Verfassungsschutz untragbar geworden ist,
- der von Zeugen und Ausschussmitgliedern der Untersuchungsausschüsse in Berlin und Wiesbaden als persönlich und charakterlich unzuverlässig eingeschätzt wird und
- dessen Aussagen immer unglaublich unwürdiger werden.

Aus den Reihen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer kam der Wunsch nach einer Folgeveranstaltung in einem nochmals erweiterten Kreis, da auch die Akten von Beamtinnen und Beamten im Polizeidienst und von Richterinnen und Richtern von Temme bearbeitet werden könnten. Im Herbst soll der bis dahin erzielte Informationsstand in einer Veranstaltung vorgestellt werden.

Im Vorfeld der letzten Sitzung des NSU-Untersuchungsausschusses des hessischen Landtags wurde die Initiative von verschiedenen Seiten um die Zusendung ihres Fragekataloges gebeten, der dann auch Eingang in die Vorbereitung der Sitzungen fand. Die Initiative wurde von den Obleuten der Grünen, Sozialdemokraten und Linken zu Sitzungen und Gesprächen eingeladen.

Wir haben viel Zuspruch, Anerkennung und Unterstützung bekommen. Viele Fragen und Ungereimtheiten liegen zurzeit klarer und deutlicher auf dem Tisch als noch vor ein paar Wochen. Spots vor den aktuellen Filmvorführungen in Kasseler Kinos thematisieren diese Ungereimtheiten und auch auf der *documenta* in Athen und Kassel wird es einen Beitrag geben.

Die Bevölkerung erwartet eine transparente Aufklärung und entsprechende Konsequenzen. Eine Konsequenz wäre die Entfernung von Andreas Temme aus der Pensionsregelungsbehörde im RP Kassel. Wir bleiben am Ball!

Inge Eckhardt-Trinogga und Thomas Jansen, Kasseler Initiative „Nachgefragt“

Bei einer Demonstration zum elften Jahrestag der Ermordung von Halit Yozgat erneuerte sein Vater am 6. April 2017 die Forderung, eine Straße nach seinem Sohn zu benennen. (Foto: protestfotografie)



## Wir gratulieren im Juni ...

### ... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Klaus Bregler, Heidelberg  
 Karin Brüggemann, Frankfurt  
 Karin Deußing-Parsch, Lollar  
 Ingeborg Feldner, Hofheim  
 Hilde-Julia Fletcher, Frankfurt  
 Karl Fritz, Hirschberg  
 Karla Haenisch, Baunatal  
 Ulrike Hoyer-Schützhofer, Offenbach  
 Siegfried Lotze, Reinhardshagen  
 Dieter Radke, Dietzenbach  
 Kurt Ritter, Baunatal  
 Gudrun Schefski-Heidelberg,  
 Wiesbaden  
 Dr. Walter Schnitzspan, Weiterstadt  
 Ursula Senftleben, Kassel  
 Hubert Wiesenbach, Hungen  
 Reinhard Ziegler, Hanau

### ... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Ilse Abe, Bad Dürkheim  
 Hans-Rainer Fuhrmann, Kassel  
 Günther Kollar, Feldatal  
 Helwig Kuhl, Frankfurt  
 Ingeborg Salatzkat, Glauburg  
 Peter Schweikart, Weilrod  
 Frauke Stille-Zimmer, Reiskirchen  
 Diethard Störmer, Neu-Anspach  
 Siegrid Trommershäuser, Frankfurt

### ... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Prof. Dr. Wilma Aden-Grossmann,  
 Kronberg  
 Karl-Werner Althans, Lohfelden  
 Friedrich-Karl Baas, Immenhausen  
 Bernhard Debus, Biedenkopf  
 Karlheinz Frank, Fritzlar  
 Robert Hahn, Bad Hersfeld  
 Edda Krull, Wiesbaden  
 Ingrid Kuning, Oberursel  
 Helmut Lowin, Taunusstein  
 Horst Schindler, Braunfels  
 Brigitte Trautwein-Koch,  
 Neu-Isenburg  
 Hartmut Uhlig, Merenberg

### ... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Kurt Borger, Reinheim  
 Gisela Brousek-Fischer, Ortenberg  
 Rudolf Heil, Bad König  
 Gerhard Wieke, Frankfurt

### ... zum 75. Geburtstag:

Peter Babel, Kassel  
 Dr. Hans-Joachim Bauer, Homberg  
 Volker Betz, Wetzlar  
 Heide Decker, Seeheim-Jugenheim  
 Barbara Euler, Lohfelden  
 Elke Frommelt, Hofheim  
 Reiner Hofmann, Gründau  
 Gerhard Kern, Hofheim  
 Hans-Friedrich Kopp, Lollar

Hans-Wilfried Kuhlen, Wettenberg  
 Willi Lauer, Neu-Isenburg  
 Horst May, Korbach  
 Herbert Schmelz, Alheim  
 Hildegard Vogt, Offenbach  
 Oskar Walter, Nidderau  
 Gerhard Herr, Wetzlar

### ... zum 80. Geburtstag:

Ruthard Baranowski, Korbach  
 Klemens Borkowski, Frankfurt  
 Günther Leukel, Heuchelheim  
 Wolfgang Schlüter, Lemgow

### ... zum 85. Geburtstag:

Rose-Marie Becke, Bad Homburg  
 Gerhard Wieke, Frankfurt

### ... zum 90. Geburtstag:

Klaus Jahn, Karben  
 Olga Stariat, Bad Sooden-Allendorf

### ... zum 91. Geburtstag:

Elisabeth Kommallein, Wolfhagen

### ... zum 93. Geburtstag:

Frieda Blum, Kassel

### ... zum 95. Geburtstag:

Ludwig Mück, Schwalmstadt

## Die GEW sucht Kolleginnen und Kollegen zur Mitarbeit in einer AG Bildungsfinanzierung der GEW Hessen (AG BiFi)



„Dafür ist kein Geld da!“ Diesen Satz hören wir immer wieder von politisch Verantwortlichen, wenn wir Verbesserungen im Bildungswesen und eine bessere personelle, räumliche oder sächliche Ausstattung einfordern. Dass unter den aktuellen Umständen eine gute Bildungspolitik und gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten nicht möglich sind und dass dieses Vorgehen gesellschaftlich kurzsichtig ist, nehmen sie dabei in Kauf. Wir wollen daran etwas ändern. Wir wollen auf allen Ebenen (Bund, Land, Kreise, Kommunen) mehr Geld für Bildung mobilisieren. Dazu müssen wir uns mit den Daten zur Finanzierung der Bildung (international, national, in Hessen und in den hessischen Kommunen) und mit den gängigen Argumenten der Mehrheit in Politik und Wissenschaft auseinandersetzen, um so einen Beitrag dazu zu leisten, die vielfach vorhandene kurzsichtige Denkweise der politisch Verantwortlichen zu durchbrechen.

### Was kannst du konkret tun?

- an den Sitzungen der AG BiFi teilnehmen
- an der Entwicklung von Argumentationshilfen mitwirken
- dich an Fachtagungen und Fachgesprächen beteiligen
- Ideen einbringen und Knowhow zur Verfügung stellen

### Was kannst du GEWinnen?

- Kenntnisse über bildungsökonomische Fragestellungen
- Einsichten in Haushaltspläne oder Landtagsanfragen
- Erfahrungen bei der Gestaltung des Themas
- Kontakte innerhalb der GEW im Land und im Bund
- Kontakte zu Parteien, Abgeordneten und Wissenschaft

### Wieviel Zeit kostet es dich?

- zwei bis drei zwei- bis dreistündige Sitzungen im Jahr
- Zeit für die An- und Abreise
- Zeit für die Entwicklung von Ideen und für „Hausaufgaben“

### Was bieten wir dir?

- Einfluss auf die Gestaltung der Arbeit der AG BiFi Hessen
- Einfluss auf Meinungsbildung und Entscheidungen der GEW
- Erstattung der Reisekosten für die Fahrt zu den Sitzungen

*Hast du Lust, an diesem interessanten Thema mitzuwirken? Dann melde dich per E-Mail bei Jochen Nagel, dem Vorsitzenden der GEW Hessen ([jnagel@gew.hessen.de](mailto:jnagel@gew.hessen.de)). Gerne steht er auch für erläuternde Gespräche zur Verfügung.*



### GEW-Kreisverband Ziegenhain

Bei der Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbands Ziegenhain gab *Andrea Michel* vom GEW-Bezirksvorstand Nordhessen einen Überblick über den Stand der inklusiven Beschulung im Schulamtsbezirk Kassel-Stadt. In der „Modellregion“ sei die personelle Ausstattung trotz gegenteiliger Versprechungen des Kultusministeriums nicht besser als im übrigen Land. Förderstunden für lernbehinderte Kinder seien rar, da die „gedeckelten“ Ressourcen für andere Förderbedarfe erschöpft seien. *Wolfgang Schwanz* vom GEW-Kreisvorstand wies darauf hin, dass sich die Unterrichtsstunden pro

anspruchsberechtigtem Kind seit 2012 um 12 Prozent verringert haben. Um die gesteckten anspruchsvollen Ziele zu erreichen, müsse wesentlich mehr in den Bildungsbereich investiert werden.

Vor der Neuwahl des Kreisvorstands bedankte sich die GEW bei *Hans Gerstmann* und *Günter Brandt* für ihre langjährige Mitarbeit.

*Der neue Vorstand des GEW-Kreisverbands Ziegenhain (von links): Jochen Helwig, Barbara Berg, Kerstin Ester, Michael Zachel-Göbert, Dr. Stefanie Sievers, Ines Göbert, Christian Schier-Zulauf, Gabriele Kehl, Ottmar Ginzler und Wolfgang Schwanz (nicht auf dem Bild: Gerhard Hosemann)*



### GEW-Kreisverband Alsfeld

*Im Rahmen der Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbandes Alsfeld wurden zahlreiche Mitglieder für langjährige Mitgliedschaft geehrt. Das Foto zeigt (von links): Landesvorsitzender Jochen Nagel, Kreisgeschäftsführer Ralf Fei, Christoph Fellner von Feldegg (40 Jahre), Kreisvorsitzende Sigrid Krause, Dr. Erich Falk (25 Jahre), Renate Schmidt (40 Jahre), Rechtsberater Karl-Heinz Battenberg und Norbert Weinig (40 Jahre)*

### Documenta 2017: Athen auch in Kassel

Am 10. Juni 2017 öffnet die 14. *documenta* in Kassel ihre Pforten, begonnen hat sie am 8. April in Athen. Der künstlerische Leiter *Adam Szymczyk* will „von Athen lernen“, weil es die „globale Situation und die ökonomischen, politischen, sozialen Dilemmata Europas verkörpert“. Der 10. Juni ist in Griechenland der wichtigste Gedenktag an die Opfer der Naziherrschaft. Am 10. Juni 1944 ermordeten SS-Männer 218 Bewohner der Ortschaft Distomo und brannten das Dorf nieder. Der Arbeitskreis Distomo aus Ham-

burg, die Gruppe „Deutschlands unbeglichene Schulden“ aus Berlin und die Griechenland-Solidaritätsgruppe Kassel zeigen deshalb am 9. Juni den Film „Ein Lied für Argyris“ über das Leben und den Kampf von *Argyris Sfountouris*, der das Massaker im Distomo am 10. Juni 1944 als knapp Vierjähriger überlebte und heute seinen Entschädigungsanspruch vollstreckt. Vor dem „Parthenon“ auf dem Friedrichsplatz will das Theaterprojekt Distomo am 10. Juni sein Theaterstück über das Massaker von Distomo vorführen.

### Fachtag: Unterricht in heterogenen Lerngruppen

Die Arbeitsstelle für Diversität und Unterrichtsentwicklung der Goethe-Universität Frankfurt lädt am Dienstag, dem 8. August, zu ihrem diesjährigen Fachtag mit 22 Workshops zum Unterricht in heterogenen Lerngruppen ein. Nach der Begrüßung durch *Birgid Oertel* vom Hessischen Kultusministerium referiert *Professor Victor Müller-Oppliger* von der Pädagogischen Hochschule der Nordwestschweiz über Begabungsförderung als „Grundrecht und Zukunftsversprechen“. Die Themenpalette umfasst Angebote für alle Schulstufen.

- *Das gesamte Programm „aus der Praxis für die Praxis“ findet man unter [www.uni-frankfurt.de/50784119/B\\_Programm](http://www.uni-frankfurt.de/50784119/B_Programm).*

### Fachtagung zur Arbeit von Produktionsschulen

Der Bundesverband Produktionsschulen e.V. lädt zu einer bundesweiten Fachtagung und Mitgliederversammlung vom 26. bis 28. September in die Bildungs- und Arbeitswerkstatt Südtondern in Niebüll ein. Wie bei der Gründung des Vereins vor zehn Jahren stehen die Erfahrungen der dänischen Produktionsschulen im Mittelpunkt. Bei Exkursionen können drei Produktionsschulen in Dänemark erkundet werden.

Im Rahmen der Novellierung des Hessischen Schulgesetzes (HLZ S.26) wurde die Produktionsschule endlich auch in Hessen rechtlich in § 60 als eine Option zur Erfüllung der Vollzeiterschulpflicht verankert.

- *Informationen und Anmeldung: [www.bv-produktionsschulen.de](http://www.bv-produktionsschulen.de)*

### Dossier Flucht und Migration

Obwohl Flucht und Migration im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, werden die Fluchtursachen kaum thematisiert. Deutsche Waffenexporte, westliche Rohstoffpolitik, globale Umweltzerstörung; Europa trägt Mitverantwortung, dass Menschen in Afrika ihre Länder verlassen. Um afrikanische Sichtweisen auf Fluchtursachen geht es in dem von *AfricAvenir* und *Südlink* erstellten Dossier „Flucht und Migration“, das man per Mail ([k.schroeder@afriacavenir.org](mailto:k.schroeder@afriacavenir.org)) oder online bestellen kann ([www.afriacavenir.org/de](http://www.afriacavenir.org/de)).

**Beamendarlehen 10.000 € - 120.000 €**  
 Vorteilszins für den öffentl. Dienst  
 Umschuldung: Raten bis 50% senken  
 Baufinanzierungen echt günstig  
**0800 - 1000 500** Free Call  
 Wer vergleicht, kommt zu uns,  
 Seit über 40 Jahren.



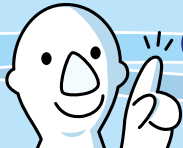
**Deutschlands günstigster Autokredit**  
 effektiver Jahreszins **2,77%**  
 5.000 € bis 50.000 €  
 Laufzeit 48 bis 120 Monate  
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

**AK FINANZ**  
 Kapitalvermittlungs-GmbH  
 E3, 11 Planken  
 68159 Mannheim  
 Tel.: (0621) 178180-0  
 Info@AK-Finanz.de  
 www.AK-Finanz.de

**Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D., Berufssoldaten / Akademiker**  
 Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldentwurf, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.



**Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!**  
**www.1a-Beamendarlehen.de**  
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



**0800-040 40 41**  
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren  
**NÜRNBERGER** Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
 Andreas Wendholt · Prölat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

**Dienst- und Schulrecht für Hessen**

Ob klassisch auf Papier, digital auf CD oder als USB-Stick:  
 Das DuS-Standardwerk ist die große Hilfe für die Arbeit im Schulbereich!

**Ich bestelle:**

- \_\_\_ **Expl. DuS-Gesamtwerk in 2 Spezialordnern**
- zum Preis von EUR 38,-
- GEW-Mitgl.-Preis EUR 28,-
  
- \_\_\_ **Expl. DuS auf CD-ROM**
- zum Preis von EUR 38,-
- GEW-Mitgl.-Preis EUR 28,-
  
- \_\_\_ **Expl. DuS auf USB-Stick**
- zum Preis von EUR 38,-
- GEW-Mitgl.-Preis EUR 28,-

Preise zzgl. Versandkosten.

Name/Vorname \_\_\_\_\_  
 ggf. GEW-Mitgliedsnr. \_\_\_\_\_  
 Straße \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_

**Mensch & Leben Verlagsgesellschaft**  
 Postfach 1944,  
 61289 Bad Homburg v.d.H.  
 Tel.: 06172-9583-0,  
 Fax: 06172-958321  
 Email: mlverlag@wsth.de



**Von hier an geht es aufwärts!**  
 Eine kleine, wunderschön gelegene private Klinik für psychotherapeutisch-psychiatrische Indikationen erwartet Sie! Sehr engagierte Mitarbeiter nehmen sich Zeit, um mit Ihnen in Kontakt zu kommen und um Sie auf Ihrem persönlichen Weg in Richtung Gesundheit zu begleiten und zu unterstützen!  
**Indikationen:** Belastungs- und Erschöpfungsreaktionen (Burn-Out), Depressionen, Ängste und Panik, Essstörungen, Schmerzen und psychosomatische Erkrankungen, Schlafstörungen, Zwänge  
**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen, Beihilfe

**Info-Telefon: 07221/39 39 30**  
 Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden  
 www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de



Das nächste Heft erscheint als Doppelausgabe am 8. Juli 2017.  
 Bitte beachten Sie den Anzeigenschluss am 16.6.17



**Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!**  
 Wir bieten in einem großartigen und heilungsförderlichem Ambiente einen persönlichen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, individuell auf Ihre Bedürfnisse ausgelegt.  
**Indikationen:** Depressionen, Angst und Panik, Essstörungen, Erschöpfungs- und Belastungsreaktionen (Burn-Out), Tinnitus, Zwänge, Schlafstörungen, Schmerzen  
**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen und Beihilfe

**Infos unter Telefon 02861/80000**  
 Pröbstinger Allee 14 • 46325 Borken (Münsterland)  
 www.schlossklinik.de • E-Mail: info@schlossklinik.de



# Gute Bildung ist (k)eine Kunst

**GEMEINSAM  
MIT KUNST UND MUSIK  
FÜR BESSERE BILDUNG  
PROTESTAKTION**

**Alte Hauptpost  
F.-Ebert-Straße  
09. Juni 15.30 Uhr**



**HESSENWEITE AKTIONSTAGE**

**BEZIRK NORDHESSEN UND KREISVERBÄNDE KASSEL STADT U. LAND  
V.i.S.d.P.: Carsten Leimbach, Friedrich-Engels-Straße, 34117 Kassel**